

// AMTLICHE BEKANNTMACHUNG //

Am **Donnerstag, 03.02.2022, 19:30 Uhr**

findet in Airport Garden Loft, Am Messeplatz

eine öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

Tagesordnung

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021
2. Bericht des Magistrats
3. 2022-158 8. Zwischenbericht zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau
4. 2022-166 1. Sachstandsbericht Verkehrsanalyse nach Öffnung des Anschlusses West
2. Prüfung eines Anschlusses West „Light plus“ an die Bundesstraße 43
3. Vorgezogene Einrichtung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Mainzer und Frankfurter Straße
5. 2022-167 Volksbegehren „Verkehrswende in Hessen“
6. 2022-157 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Netzwerk Untermain GmbH
7. 2022-171 Beschluss des Wirtschaftsplans der Netzwerk Untermain GmbH 2022
8. 2022-170 Unvermutete Kassenprüfung 2021 Eigenbetrieb Stadtentwicklung gem. §131 HGO i. V .m. § 39 Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau
Hier: Bericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau
9. 2022-172 Unvermutete Kassenprüfung 2021 Eigenbetrieb Stadtwerke gem. §131 HGO i. V .m. § 39 Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau
Hier: Bericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau
10. 2022-173 Aktualisierung der finanziellen Grundlagen des Eigenbetriebs Stadtwerke
Umsetzung der Neukalkulation der Wassergebühren -
Festlegung einer Konzessionsabgabe

Stadtverordnetenversammlung
Stadtverordnetenvorsteherin:
David Rendel

Postanschrift
Postfach 1152
65479 Raunheim

25. Januar 2022

E/7

- 11. 2022-168 Bebauungsplan 61.23.42 „Am gemeinen Damm“
hier: Antrag zur erneuten Änderung des Regionalplans /
Regionalen Flächennutzungsplans
- 12. FA/2020-898 Wiederaufruf
SPD-Antrag;
Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und
Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof
- 13. FA/2021-128 Wiederaufruf
B90/Die Grünen Antrag;
Erstellung einer Prioritätenliste bei der Straßensanierung
- 13.1 2022-165 Prioritätenliste für Straßensanierungsmaßnahmen
- 14. 2021-133 Wiederaufruf
Einrichtung von Kommissionen, hier;
Festlegung der Zusammensetzung und Struktur einer
Kommission zur Pflege und Weiterentwicklung von
Städtepartnerschaften sowie dem internationalen
Städtenetzwerk (KomSiS)
- 14.1 FA/2022-175 Ergänzungsantrag zur Drucksache 2021-133 Einrichtung von
Kommissionen
hier: Festlegung der Zusammensetzung und Struktur einer
Jungen Kommission zur Pflege und Weiterentwicklung von
Städtepartnerschaften, sowie dem Internationalen
Städtenetzwerk (JKomSiS)
- 14.2 FA/2022-176 Änderungsantrag zur Drucksache 2021-133 bei Annahme des
Ergänzungsantrags 2022-175 zur Drucksache 2021-133
- 15. FA/2022-169 B90/Die Grünen-Antrag
Rechtliche Grundlagen einer Registrierung aller Katzen in
Raunheimer Haushalten durch die Stadt Raunheim
- 16. Verschiedenes

David Rendel
Stadtverordnetenvorsteher

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 07.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Stabsstelle Interkommunale Zusammenarbeit
Fachdienst	IKZ

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	11.01.2022	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	17.03.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	27.04.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	02.06.2022	zur Kenntnis

Übergeordnete Themen

Themenziele

Betreff:

8. Zwischenbericht zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

Beschlussvorschlag:

Der 8. Zwischenbericht zum kreisweiten Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau, Stand Oktober 2021, wird zur Kenntnis genommen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Die 14 Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich im Jahr 2013 in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht, um ihre interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nachhaltig auszubauen. Über die Inhalte und Ergebnisse der zahlreichen Projekte sowie die Arbeitsmethodik und die Steuerung des Prozesses wurden Gremien und Öffentlichkeit seitdem in regelmäßigen Zwischenberichten jährlich informiert. Die Berichte sind auf der IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de im Bereich „Informationen“ als Downloads abrufbar.

Der vorliegende 8. Zwischenbericht enthält die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse im 8. Jahr des kreisweiten IKZ-Prozesses in der Zeit von November 2020 bis Oktober 2021.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Wählen Sie ein Element aus.	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

Jühe
Bürgermeister

Götz
Stabsstellenleitung IKZ

Anlage(n):

(1) 2022-158 ANLAGE Stst IKZ_8. Zwischenbericht IKZ-Prozess Stand Herbst 2021



8. Zwischenbericht zum Sachstand des kreisweiten Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau (Stand: Oktober 2021)

Die 14 Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich im Jahr 2013 in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht, ihre interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nachhaltig auszubauen. Über die Inhalte und Ergebnisse der Projekte sowie die Arbeitsmethodik und die Steuerung des Prozesses wurden Gremien und Öffentlichkeit seitdem in regelmäßigen Zwischenberichten jährlich informiert. Die Berichte sind auf der IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de im Bereich „Informationen“ als Download abrufbar.

IKZ Interkommunale Zusammenarbeit
im Kreis Groß-Gerau

15 Kreiskommunen
weniger Verwaltungsaufwand
günstigere Kosten
einheitliches Vertragsmanagement

Downloads
Berichte und weitere Informationsmaterialien

- 7. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2020)
- 6. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2019)
- Magazin Perform Frankfurt/RheinMain (Dezember 2018)
- 5. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2018)
- Interkommunales Vergabezentrum - KOINNO-Praxisbeispiel (2018)
- 4. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2017)
- Info-Broschüre des Landes Hessen "Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Lösungen" (2017)
- 3. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2016)
- 2. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2015)
- 1. Zwischenbericht zum IKZ-Prozess im Kreis GG (Stand: Oktober 2014)

Präsentationen und Projektaufträge

- Präsentation "Informationsveranstaltung für Mandatsträger" (23.6.2018)
- Projektauftrag "E-Rechnungsworkflow/E-Rechnung" (März 2018)
- Präsentation „Informationsveranstaltung für Mandatsträger“ (25.6.2016)

Presse

- Mainspitze 4.3.2021
- Rüsselsheimer Echo 26.9.2020
- Pressemittteilung 25.9.2020
- Pressemittteilung 5.6.2020

Haben Sie Fragen? Rufen Sie uns an: 06142 / 402-216.

Der vorliegende 8. Zwischenbericht enthält die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse im achten Jahr des kreisweiten IKZ-Prozesses in der Zeit von November 2020 bis Oktober 2021. Aus Gründen der Vollständigkeit der Darstellung werden auch einige Informationen aus früheren Berichten nachfolgend – in aktualisierter und erweiterter Form – aufgenommen.






Für Rückfragen zum Bericht oder zu einzelnen IKZ-Projekten und -Umsetzungsmaßnahmen steht als Ansprechpartnerin der IKZ-Lenkungsgruppe gerne zur Verfügung:

Marion Götz - c/o Stadt Raunheim
Stabsstelle Interkommunale Zusammenarbeit
m.goetz@raunheim.de - 06142 / 402-216

Weitere Informationen unter www.ikz.imkreisgg.de

Inhalt

1.	Überblick über die kreisweiten IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen	3
1.1	Sachstand der IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen	5

<p style="color: red; font-weight: bold; font-size: small;">Überwachung Geldspielgeräte, Kontrolle Einhaltung Gaststättenrecht</p> 	<p style="color: red; font-weight: bold; font-size: small;">Modulare Kita-Bauweise</p> 	<p style="color: red; font-weight: bold; font-size: small;">Einführung der e-Akte/DMS</p> 
<p style="color: red; font-weight: bold; font-size: small;">Aufbau Fördermittelmanagement</p> 	<p style="color: red; font-weight: bold; font-size: small;">Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung</p> 	

1.2	Beispiel für standardisierten Projektablauf	10
-----	---	----

2.	IKZ-unterstützende Maßnahmen	13
2.1	Steuerung des IKZ-Prozesses	13
2.2	Organisation von Fortbildungen für Projektmanagement	13
2.3	Kontinuierliche IKZ-Arbeitsgruppen	14
2.4	Informationsmanagement	14
2.5	Weitere IKZ-fördernde Aktivitäten	17
2.6	Ausblick	18

1. Überblick über die kreisweiten IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen

Folgende IKZ-Projekte wurden **im Berichtszeitraum neu gestartet** bzw. befinden sich **in Bearbeitung**:

- Modulare Kita-Bauweise (Prüfprojekt)
- Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems (DMS)
- Aufbau eines Fördermittelmanagements (Prüfprojekt)
- Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung

Das folgende IKZ-Projekt wurde **im Berichtszeitraum (November 2020 – Oktober 2021) abgeschlossen**:

- Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung von Gaststättenrecht, Abrechnung der Spielapparatesteuer (Prüfprojekt)

Die folgenden IKZ-Projekte wurden seit dem Start des kreisweiten IKZ-Prozesses **2013 – 2020 erfolgreich umgesetzt**:

- Strom- und Gaseinkauf
- Prüfung elektrischer Anlagen
- Beschaffungswesen
- Gründung des kommunalen Vergabebezentrums
- E-Government
- Klärschlamm Entsorgung
- Ausbau der Elektromobilität
- Einführung der E-Rechnung / Elektronischer Rechnungsworkflow
- Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
- Gründung eines Landschaftspflegeverbands

Über diese Projekte und Umsetzungsmaßnahmen sind in den IKZ-Jahresberichten 2013 – 2020 detailliertere Informationen enthalten.

Aus den folgenden IKZ-Prüfprojekten sind **bislang noch keine neuen Kooperationen hervorgegangen** bzw. die **IKZ-Realisierung steht noch bevor**:

- Bezügeabrechnung
- Standesamtswesen
- Streusalzmanagement (IKZ erfolgt durch gemeinsamen Einkauf des Streusalzes bei nächstfälliger Bestellung)
- Aktivierung von Wohnraumpotenzial


Der Start neuer IKZ-Projekte erfolgt stets in Abhängigkeit vom Abschluss vorheriger Projekte. Ziel ist die jeweils **gleichzeitige Bearbeitung von fünf Aufgabenfeldern**. Dies gewährleistet einerseits eine hinreichende Breite der IKZ-Bewegung und damit sichtbare Fortschritte im Gesamtprozess der kreisweiten interkommunalen Zusammenarbeit, zum anderen ermöglicht es mit den bestehenden Ressourcen die gebotene Steuerungsintensität und –qualität, um den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Projekte und Maßnahmen zu sichern.

Ein erwünschter Begleiteffekt des kreisweiten IKZ-Prozesses ist die Anregung zusätzlicher **örtlicher IKZ-Initiativen** im Kreisgebiet. So haben sich seit 2013 neben dem zentral organisierten kreisweiten IKZ-Geschehen und eingebettet in dieses teilweise umfangreiche örtliche

IKZ-Aktivitäten entwickelt. Beispielhaft hierfür ist die Zusammenarbeit der Städte Kelsterbach, Raunheim und Rüsselsheim unter dem Motto „Drei gewinnt“ zu nennen. Auf Basis des kreisweiten IKZ-Grundsatzbeschlusses begannen die drei Städte im Jahr 2013, in einem örtlichen IKZ-Prozess mit gleicher Arbeitsmethodik vielfältige Aufgabenfelder der Verwaltung bezüglich der Potenziale einer Zusammenarbeit in Projekten zu analysieren und anschließend Kooperationen dort, wo sie vorteilhaft waren, in die Tat umzusetzen. Ergebnis war u.a. 2015 die Einrichtung einer gemeinsamen **Friedhofsverwaltung** (landesweites Pilotprojekt), 2016 wurden die **Baubetriebshöfe** von Raunheim und Rüsselsheim in einer Anstalt öffentlichen Rechts zusammengeführt und 2017 folgte u.a. die Gründung einer **Forstbetriebsgemeinschaft**, der neben Rüsselsheim und Raunheim auch die Kreisstadt Groß-Gerau und die Gemeinde Büttelborn sowie zwischenzeitlich die Städte und Gemeinden Riedstadt, Flörsheim und Bischofsheim beigetreten sind. Die Städte Kelsterbach und Raunheim kooperieren seit 2019 darüber hinaus auf dem Gebiet des **Datenschutzes** durch Bestellung eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten und bereiten aktuell eine künftig verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der **Finanzverwaltung** vor.

Viele Aktivitäten zur Anbahnung und Umsetzung interkommunaler Projekte standen im Berichtszeitraum unter dem **Einfluss der Corona-Pandemie**. Diese hatte aufgrund der zusätzlichen Arbeitsbeanspruchung der Verwaltungen die Verschiebung von Projektstarts und die Verzögerung geplanter Projektbearbeitungen zur Folge.

Die **Beteiligung der 15 Kreiskommunen** (14 Städte und Gemeinden und Kreis Groß-Gerau) an den kreisweiten IKZ-Projekten und -Umsetzungsmaßnahmen im Jahr 2021 ist der folgenden Übersicht zu entnehmen:

 Kreisweiter IKZ-Prozess (15 Kreiskommunen)					
Beteiligung an IKZ-Projekten und –Umsetzungsmaßnahmen 2021 (Stand 31.10.2021)					
	Überwachung Geldspiel- geräte u.a.	Modularer Kita-Bau	Einführung e-Akte/DMS	Aufbau Fördermittel- management	Beschaffung Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung
Biebesheim	X	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Bischofsheim	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X	X (PG)
Büttelborn	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Gernsheim	X (PG)		X (PG)	X (PG)	X (PG)
Ginsheim- Gustavsburg	X (PG)		X (PG)	X	X (PG)
Groß-Gerau	X	X	X (PG)	X (PG)	
Kelsterbach	X			X	X (PG)
Mörfelden- Walldorf	X (PG)	X (PL)	X (PL)	X (PG)	X (PG)
Nauheim	X (PL)	X	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Raunheim	X (LKG)	X (PG, LKG)	X (PG, LKG)	X (PL, LKG)	X (PG, LKG)
Riedstadt	X (PG)	X (PG)	X (PL)	X (PG)	X (PL)
Rüsselsheim	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Stockstadt	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X	X
Trebur	X (PG)		X (PG)	X (PG)	X (PG)
Kreis Groß-Gerau	X (PL)	X (PL)		X (PG)	X (PL)
SUMME	15	11	13	15	14

X Projektbeteiligung der Kommune UND personelle Vertretung in der Projektgruppe / Arbeitsgruppe:
(PL) = Projektleitung
(PG) = Projektgruppe
(AG) = Arbeitsgruppe
(LKG) = Lenkungsgruppe

X Projektbeteiligung der Kommune OHNE personelle Vertretung in der Projektgruppe / Arbeitsgruppe

□ keine Projektbeteiligung

1.1 Sachstand der IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen

a) Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung des Gaststättenrechts, Abrechnung der Spielapparatesteuer



Die Gewerbeordnung, die Spielverordnung und das Hessische Gaststättengesetz regeln die Voraussetzungen für die rechtmäßige Aufstellung und den rechtmäßigen Betrieb von Geldspielgeräten. Zunehmend werden jedoch in Gaststätten illegale Automaten aufgestellt. Die Geräte bieten für Spieler ein hohes Verlustpotenzial. Darüber hinaus wird häufig die höchstzulässige Zahl der Spielgeräte pro Gaststätte überschritten. Die Missstände

haben für die betroffenen Kommunen u.a. **erhebliche Einnahmeausfälle bei der Spielapparatesteuer** zur Folge. Auch Abgabehinterziehung und Geldwäsche werden hierdurch gefördert. Zudem steigt das Risiko der Entstehung oder Verstärkung einer Spielsucht.

14 der 15 Kreiskommunen haben daher im September 2019 das Projekt „Prüfung einer IKZ zur Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung des Gaststättenrechts und Abrechnung der Spielapparatesteuer“ gestartet, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die verbliebene 15. Kommune hat sich im Projektverlauf der Bearbeitung angeschlossen.

Ziel des Projekts war die **leistungsfähige und wirtschaftliche Organisation der Aufgabenerfüllung**, d.h.

- die Spezialisierung und Bündelung von Fachwissen
- eine einheitliche Aufgabenwahrnehmung
- die Erhöhung der Wirksamkeit des Verwaltungshandelns bei der Missbrauchsbekämpfung
- die Vermeidung des Aufbaus unwirtschaftlicher und wenig leistungsfähiger Splitter-Ressourcen zur Aufgabenwahrnehmung in allen Kreiskommunen (Erfordernis dauerhafter Vorhaltung dezentralen Spezialwissens, Vertretungsproblematik u.a.)

Nach einer vergleichenden Gegenüberstellung der Aufgabenorganisation in den beteiligten Kommunen im Rahmen der **IST-Analyse** hatte die Projektgruppe die Frage der Vorteilhaftigkeit einer künftig gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zu prüfen. Folgende **Optimierungspotenziale** wurden dabei u.a. betrachtet:

- Leistungsverbesserung durch spezialisierte Mitarbeiter/innen, d.h. Sicherstellung der Aufgabenerfüllung für die Kommunen, wirksame Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Reduzierung der Häufigkeit von Fehlverhalten durch Bußgeld-Erhebung
- Reduzierung von Einnahmeverlusten bei Spielapparatesteuer und Verwaltungsgebühren
- Kosteneinsparung z.B. durch Bündelung spezialisierten Personals und Fachwissens (Vermeidung des Aufbaus und der Vorhaltung dezentraler Ressourcen in allen Kommunen)
- personalwirtschaftliche Vorteile (z.B. Personalentwicklungsmöglichkeiten durch Spezialisierung, Vertretungsmöglichkeiten)
- Sicherung des kreisweiten Informationsaustauschs zum Thema

Im Ergebnis hat die Projektgruppe die Vorteilhaftigkeit einer künftigen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung festgestellt. Nach Prüfung verschiedener Modelle der Zusammenarbeit hat sie die **Bildung eines Verwaltungsbehördenbezirks gemäß § 82 HSOG** empfohlen. Acht

Städte und Gemeinden haben daraufhin vorbehaltlich der noch zu erarbeitenden Details ihr grundsätzliches Teilnahmeinteresse an dem Verwaltungsbehördenbezirk bekundet. Die rechtlichen, organisatorischen, personellen und finanziellen Details werden im Jahr 2022 in einem Umsetzungsprojekt durch diese Kommunen gemeinsam mit der IKZ-Lenkungsgruppe erarbeitet werden und anschließend den kommunalen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

b) Modulare Kita-Bauweise



Im Kreis Groß-Gerau besteht ein **hoher Ausbaubedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen**. Im Sommer 2020 fehlten im Kreisgebiet ca. 1.000 Plätze für die Kindertagesbetreuung im Alter von 1 – 6 Jahren. Der Kreis ist zudem eine Zuwanderungsregion. Dadurch ist ein überdurchschnittlicher Zuzug an Kindern zu verzeichnen. Dem hohen Ausbaubedarf stehen sowohl ein begrenzter Ausbaubereich als auch deutlich unzureichende Fördermittel von

Land und Bund gegenüber. Individuelle Lösungen im Kita-Bau in den Städten und Gemeinden vor Ort verlangen gleichzeitig einen hohen Einsatz an Zeit und Ressourcen (personell, materiell und finanziell) und bieten kaum Optimierungsmöglichkeiten, da jeder Bau einmalig ist und somit ein wechselseitiges Profitieren von den Erfahrungen der „Insellösungen“ kaum möglich ist. Es ist daher geboten, effektive, kostensparende und an den vorhandenen Ausbaubereich angepasste Lösungen zu entwickeln.

Zehn Kreiskommunen haben sich daher im September 2020 im **IKZ-Projekt „Modulare Kita-Bauweise“** zusammengeschlossen, um sich der o.g. Aufgabe gemeinsam anzunehmen. Eine weitere Kommune hat sich im Projektverlauf angeschlossen. Im Rahmen des IKZ-Projekts sollte geprüft werden,

- ob eine Modulbauweise zu einer ressourcenschonenden (personell, materiell, finanziell) und zügigeren Lösung des massiven Ausbaubedarfs in der Kindertagesbetreuung der Kreiskommunen beitragen kann und
- wie sich eine Modulbauweise für Kindertagesbetreuungseinrichtungen einschließlich der Funktionsräume (z.B. Küchen, Bewegungsräume) nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Gesundheitsamts, des Brandschutzes etc. gestalten kann, die für die individuellen Bedarfe der Kreiskommunen geeignet ist (Baukastensystem).

Folgende **Ziele** werden mit dem Projekt verfolgt:

- Beschleunigung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung im Kreis Groß-Gerau
- wirtschaftliches Verwaltungshandeln bei Erfüllung des Rechtsanspruchs der Eltern auf einen Kindertagesbetreuungsplatz ab dem vollendeten 1. Lebensjahr
- effizientes Verwaltungshandeln durch Reduktion des mit dem Ausbau an Kindertagesbetreuungsplätzen verbundenen personellen und finanziellen Aufwands der Kreiskommunen:
- Verbesserung der Reaktionsfähigkeit im Kreis durch Flexibilität der Modulbauweise (grundsätzlich auch für andere Zwecke einsetzbar)
- Bündelung von Fachwissen, Lernen aus Erfolgen und Fehlern des Pilotmodells, dadurch Qualitätsverbesserung, stete Verbesserung des Standards (Optimierung, Perfektionierung, Lernen durch Erfahrung)

Im Projekt sollen auch mögliche **Synergieeffekte der Ergebnisse für andere Aufgabenfelder** betrachtet werden. Mit einem innovativen Konzept könnten Räumlichkeiten ggfs. so ge-

staltet werden, dass sie grundsätzlich auch für andere Zwecke eingesetzt werden können (z.B. Angebote für Senioren, Jugendarbeit, Vereine). Dies sichert ihre bedarfsgerechte, multifunktionale und damit dauerhafte Einsetzbarkeit und ist vor allem dort sinnvoll, wo zu einem Zeitpunkt Kinderbetreuung sichergestellt werden muss (bspw. Neubaugebiete mit Eigenheimen), perspektivisch im Laufe der Zeit jedoch ggf. ein anderer Schwerpunktbedarf entsteht. Dies spart langfristig teure und aufwändige Umbaumaßnahmen.

Zum Start des Projekts, der pandemiebedingt erst im Januar 2021 stattfinden konnte, erfolgte zunächst eine Bestandsaufnahme zur Organisation, zum Bedarf und den örtlichen Möglichkeiten des Kita-Baus in allen beteiligten Kommunen. Im weiteren Verlauf wurden bundesweite Best-Practice-Beispiele für den modularen/seriellen Kita-Bau untersucht. Nach Auswertung aller Ergebnisse sind von der Projektgruppe im Projektzwischenbericht die **Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für einen kostensparenden modularen Kita-Bau** dargestellt worden und es wurde u.a. empfohlen, einen **interkommunalen Leitfaden** für den Kita-Bau zu erarbeiten. Dieser könnte den Kommunen bei ihren örtlichen Projekten mit stets aktuellen Empfehlungen zu allen Handlungs- und Themenbereichen zur Verfügung stehen und so zu einem optimierten Ressourceneinsatz beitragen.

Voraussetzung für die **praktische Umsetzung eines modularen/seriellen Kita-Baus** ist das Umsetzungsinteresse einer ausreichenden Anzahl von Kreiskommunen. Dieses wurde im Herbst 2021 abgefragt. Fünf Städte und Gemeinden haben daraufhin ihr grundsätzliches Interesse angemeldet und mitgeteilt, verfügbare Baugrundstücke zu besitzen. Auf dieser Grundlage findet derzeit eine Detail-Erhebung der für die Umsetzung relevanten örtlichen Gegebenheiten dieser fünf Kommunen statt (u.a. Zahl der zu errichtenden Kindertagesstätten, Zahl und Art der Gruppen, angestrebter Zeitpunkt der Realisierung, Grundstückslagepläne und -tauglichkeit etc.).

Über die weiteren Schritte zur Realisierung eines modularen/seriellen Kita-Baus im Kreis Groß-Gerau wird der IKZ-Jahresbericht 2022 berichten.

c) Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems



Das **Onlinezugangsgesetz (OZG)** verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis zum 31. Dezember 2022 alle Verwaltungsleistungen flächendeckend über Online-Verwaltungsportale anzubieten. Vorteile für Bürger und Verwaltung ergeben sich aus dieser Entwicklung jedoch insbesondere dann, wenn die online beantragten Dienstleistungen auch innerhalb der Verwaltungen digital weiterverarbeitet werden. Die rechtlichen Vorgaben zum Empfang/Versand von elektronischen Rechnungen ab April 2020

beinhalten zudem die Verpflichtung zur unveränderbaren Langzeitspeicherung dieser elektronischen Dokumente. Die Einführung der e-Akte bzw. eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) ist hierfür eine zentrale Voraussetzung.

Die elektronische Akte / ein Dokumentenmanagementsystem bietet folgende **Vorteile**:

- Dokumente stehen personen-, orts- und organisationsunabhängig zur Verfügung
- Mitarbeiter/innen können im Rahmen des Berechtigungskonzepts jederzeit und gleichzeitig auf Dokumente und Akten zugreifen, Such- und Liegezeiten entfallen

- Verwaltungsabläufe können optimiert und medienbruchfrei gestaltet werden, Workflows können eingerichtet und gemeinsam bearbeitet werden, Verwaltung wird hierdurch effizienter und leistungsfähiger
- mobile Arbeitsmöglichkeiten werden unterstützt (z.B. Homeoffice)
- die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung wird für die Kommunen erleichtert (vgl. z.B. Anforderungen der beschränkten Informationsnutzung, der Dokumentation sowie der Einhaltung von Löschfristen / Löschung auf Anforderung)

Um die Anforderungen der Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems bestmöglich zu bewältigen, haben 13 Kreiskommunen im August 2020 das **IKZ-Projekt „Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems“** gestartet.

Folgende strategische **Ziele** werden mit dem Projekt verfolgt:

- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung durch effektiveres und effizienteres Arbeiten
- Bereitstellung zeitgemäßer Arbeitsplätze (technische Arbeitsplatzausstattung) und Ermöglichung flexiblerer Arbeitsformen (z.B. Homeoffice) für die Beschäftigten
- Optimierung des Wissensmanagements durch elektronische Datenverarbeitung und –archivierung
- Kompensierung der Folgen des demografischen Wandels (Anforderungen von Bürgern und Unternehmen an Verwaltung steigen, weniger Verwaltungspersonal und Expertenwissen für bestimmte Aufgabenbereiche stehen zur Verfügung)
- Umsetzung der Vorgaben des Gesetzgebers

Die projektbeteiligten Kommunen sollen durch das IKZ-Projekt in den Stand versetzt werden, ihre örtlichen Handlungsbedarfe und –chancen in Bezug auf die Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems zu identifizieren und die sich daraus ergebenden **vor Ort erforderlichen Handlungsschritte abzuleiten**. Hierfür sollen sie im Projekt die Erfolgsfaktoren und notwendigen Arbeitsschritte für die erfolgreiche Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems kennenlernen und konkrete Informationen und Arbeitshilfen zur Verfügung erhalten, um vor Ort – allein oder mit anderen Kommunen in gemeinsamen Projekten – wirksame Schritte zur Einführung der e-Akte / eines DMS initiieren und vollziehen zu können.

U.a. folgende **Materialien** wurden im Projekt **als „Blaupausen“** zur Nutzung durch die Städte und Gemeinden und den Kreis erarbeitet:

- ein Muster-Projektauftrag zur Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems in den Stadt-/Gemeindeverwaltungen vor Ort
- ein Muster-Ablaufplanung für einen idealtypischen Projektverlauf
- Empfehlungen für die verwaltungsinterne Rollenverteilung zur erfolgreichen Durchführung des Projekts (welche Ämter und Funktionsträger/innen sollten wann und wie mitwirken ?)
- Empfehlungen für eine verwaltungsinterne Ablagestruktur (Aktenplan) nach Einführung der e-Akte / eines DMS

Darüber hinaus wurden Best-Practice-Beispiele ausgewertet, die Voraussetzungen (organisatorisch, finanziell, technisch und personell) für die Einführung der e-Akte / eines DMS in einer Verwaltung analysiert und dokumentiert sowie Kooperationsmöglichkeiten der Kommunen bei der praktischen Umsetzung ihrer Projekte erörtert.

Nach Vorliegen des Projektzwischenberichts bis Jahresende 2021 ist vorgesehen, im Jahr 2022 eine Teil-Gruppe von drei Kommunen bei ihrem örtlichen **Umsetzungsprojekt** zur Einführung der e-Akte / eines DMS zu begleiten und die dortigen Erfahrungen für die Gemeinschaft aller projektbeteiligten Kommunen nutzbar machen.

d) Aufbau Fördermittelmanagement



Eine Vielzahl von Zuwendungsgebern auf allen staatlichen Ebenen fördert Kommunen, ihre Einrichtungen und Beteiligungen durch finanzielle Mittel bei der Umsetzung von Projekten und Maßnahmen. Neben der Vielzahl an Fördermittelgebern mit jeweils eigenen und oft komplexen Anforderungen existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Förderarten, z.B. Förderungen für Einzelmaßnahmen, Förderungen auf Basis von Jahresprogrammen oder mehrjährigen Programmen sowie pauschale Förderungen.

Diese unterscheiden sich wiederum in einer Vielzahl von Rahmenbedingungen und Voraussetzungen (z.B. Antragsstruktur, Antragsverfahren, wichtige Antragsdokumente, Bewertungskriterien im Auswahlprozess).

Die Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln ist dementsprechend geprägt von **vielfältigen Anforderungen an die Antragsteller und Fördermittelempfänger** z.B. hinsichtlich

- der Qualität des Fördermittelantrags (fachlich, rechtlich, sprachlich (geeignetes „Wording“))
- der Beachtung zahlreicher Voraussetzungen und Nebenbestimmungen bei der Umsetzung der geförderten Maßnahme (Vergaberecht, Haushaltsrecht usw.)
- der Finanzierungsplanung für die geförderte Maßnahme
- umfangreicher Dokumentations- und Mitteilungspflichten an die fördermittelgewährenden Stellen sowie die Führung von Verwendungsnachweisen.

Diesen Anforderungen gerecht zu werden, stellt für jede Kommune eine hohe Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund haben sich 14 der 15 Kreiskommunen im Dezember 2020 zusammengeschlossen, um in einem gemeinsamen Projekt die **Voraussetzungen und Möglichkeiten für ein gemeinsames Fördermittelmanagement** zu prüfen und ggfs. in der Zukunft eine interkommunale Zusammenarbeit auf diesem Feld zu realisieren. Die verbliebene 15. Kommune hat sich im Projektverlauf der Projektgruppe angeschlossen. **Ziel des Projekts** ist die optimale Ausschöpfung von Fördermitteln der EU, des Bundes, des Landes und anderer Finanzierungsquellen mit dem Ziel der bestmöglichen kommunalen Aufgabenerfüllung.

Die Projektgruppe hat zunächst Informationen zur aktuellen Organisation des Fördermittelmanagements in den teilnehmenden Kommunen erhoben und vergleichend betrachtet sowie die Bedarfslage vor Ort in Bezug auf das Fördermittelmanagement festgestellt. Darüber hinaus wurden Best-Practice-Beispiele im Hinblick auf die Projektziele ausgewertet. Schließlich ist die Frage der Vorteilhaftigkeit einer möglichen künftigen Zusammenarbeit der projektbeteiligten Kommunen geprüft worden. Hierbei wurden als **mögliche Chancen** u.a. erkannt:

- die verlässliche Sicherstellung der Aufgabenerfüllung für jede Kommune durch spezialisierte Mitarbeiter/innen unabhängig von der örtlichen Personallage
- die Erhöhung der Einnahmen aus Fördermitteln
- Kosteneinsparungen in den Verwaltungen

- die Vermeidung des Aufbaus unwirtschaftlicher und wenig leistungsfähiger Splitter-Ressourcen in allen Kreiskommunen zur Aufgabenwahrnehmung.

Die Zwischenergebnisse der Projektgruppe werden im Dezember 2021 der IKZ-Lenkungsgruppe vorgelegt. Auf dieser Grundlage ist im 1. Halbjahr 2022 die **Erarbeitung eines organisatorischen Vorschlags** für eine mögliche künftige interkommunale Aufgabenwahrnehmung vorgesehen. Weitere Informationen hierzu folgen im IKZ-Jahresbericht 2022.

e) Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung



Wie bereits andere gemeinsame Vergabeverfahren im Kreis Groß-Gerau in den vergangenen Jahren, so kann auch die interkommunale Beschaffung von Feuerwehrbedarf und die gemeinsame Organisation der Instandhaltung von Feuerwehrgerät für die Städte und Gemeinden als Aufgabenträger vorteilhaft sein. Die Vorteile können sich u.a. aus der **Einsparung von Verwaltungsaufwand** in den einzelnen Kommunen im Fall einer zentralen Durchführung der Beschaffung und aus **günstigeren Preisen** aufgrund höherer Beschaffungsmengen ergeben.

14 der 15 Kreiskommunen haben zur Prüfung der Vorteilhaftigkeit einer interkommunalen Kooperation auf diesem Aufgabenfeld im September 2021 das IKZ-Projekt „Gemeinsame Beschaffung von Feuerwehrbedarf und Organisation der Instandhaltung“ gestartet. Die **Ziele des Projekts** sind:

- eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Beschaffung und Instandhaltung von Feuerwehrbedarf für die projektbeteiligten Städte und Gemeinden sowie den Kreis Groß-Gerau
- eine effiziente Organisation der Beschaffungsverfahren und der nachhaltigen Instandhaltung jetzt und in der Zukunft
- eine Bündelung sowie kontinuierliche Vorhaltung und Fortentwicklung des Fach- und Verfahrenswissens zur Erreichung der o.g. Ziele.

Unter „Feuerwehrbedarf“ werden im Projekt alle für die Aufgabenwahrnehmung der Feuerwehr erforderlichen Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände verstanden. Ein Beschaffungsverfahren umfasst den gesamten Prozess der Beschaffung von der Bedarfserhebung über die Abstimmung des Leistungsverzeichnisses und die Durchführung des Vergabeverfahrens bis zur Auslieferung der Güter und Dienstleistungen an die Auftraggeber. Die Organisation der Instandhaltung hat die Prüfung, Wartung und Pflege der feuerwehrtechnischen Ausrüstung zum Gegenstand.

Die Projektgruppe hat im November 2021 ihre Arbeit aufgenommen. Über die Ergebnisse der weiteren Arbeit wird im IKZ-Jahresbericht 2022 berichtet.

1.2 Beispiel für standardisierten Projektablauf

Alle in Abschnitt 1.1 aufgeführten Projekte werden von Projektgruppen bearbeitet, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Kommunen sowie der Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe zusammensetzen. Die Projektarbeit wird von allen Akteurinnen und Akteuren zusätzlich zu ihrer laufenden Tagesarbeit wahrgenommen. Soweit projektbeteiligte Kommunen

kein Personal in eine Projektgruppe entsenden können oder möchten, werden deren Dienststellenleitungen durch die IKZ-Lenkungsgruppe (siehe Abschnitt 2.1) regelmäßig über den Projektverlauf informiert und in Entscheidungen über Projekt-Meilensteine einbezogen. Letzteres sind z.B. Entscheidungen über den Zeitrahmen des Projekts oder zum weiteren Vorgehen nach der Vorlage von Zwischen- und Abschlussberichten durch die Projektgruppe.

Grundlage der Projektarbeit ist jeweils ein **schriftlicher Projektauftrag**. Die Entwicklung der Projektaufträge erfolgt stets vor dem Start eines Projekts unter Federführung der Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe in Zusammenarbeit mit hieran interessierten Mitarbeiter/innen der Kommunen, die in ihren Dienststellen in den jeweiligen Aufgabenfeldern eingesetzt sind. Nach Erarbeitung des Entwurfs wird der Projektauftrag **allen Dienststellenleitungen zur Abstimmung vorgelegt**. So können die örtlich bestehenden Bedürfnisse und Erwartungen an das Projekt umfassend eingebracht werden und bestmöglich Berücksichtigung finden. Nach inhaltlicher Abstimmung mit allen am Projekt teilnahmeinteressierten Kommunen wird der Projektauftrag von den betreffenden Dienststellenleitungen unterzeichnet und das Projekt kann beginnen.

Nach dem Start eines Projekts erarbeitet die Projektgruppe zunächst den Entwurf des **Projekt-ablaufplans**. Dieser wird über die IKZ-Lenkungsgruppe mit den Auftraggebern (Dienststellenleitungen, die den Projektauftrag unterzeichnet haben) abgestimmt und stellt danach die verbindliche Grundlage für die weitere Projektsteuerung dar.

Die **Regeldauer eines IKZ-Prüfprojekts** beträgt rund ein Jahr. Ziel eines Prüfprojekts ist die Klärung der grundsätzlichen Vorteilhaftigkeit interkommunaler Zusammenarbeit für eine bestimmte Aufgabe und – falls diese festgestellt wird - die Entwicklung von Handlungsvorschlägen für ihre organisatorische Umsetzung. Alle IKZ-Prüfprojekte gliedern sich in folgende Arbeitsabschnitte:

I. Erteilung des **Projektauftrags** durch die Dienststellenleitungen der beteiligten Kommunen

1. Erstellung des Entwurfs des **Projekt-ablaufplans** durch die Projektgruppe, Abstimmung mit den Auftraggebern
2. Durchführung der **Ist-Analyse**, d.h. vergleichende Gegenüberstellung der seitherigen Organisation der Aufgabenwahrnehmung in den projektbeteiligten Kommunen; Voraussetzung hierfür ist jeweils eine örtliche Erhebung (Fragebogen und Interviews) ...
 - der örtlichen Aufbau- und Ablauforganisation zur Erfüllung der Aufgabe
 - des örtlichen Leistungsspektrums
 - des örtlichen Ressourceneinsatzes für die Aufgabenerfüllung
 - sonstiger steuerungsrelevanter örtlicher Kennzahlen und Rahmenbedingungen
 - der örtlichen Bedarfe und Besonderheiten in Bezug auf die Aufgabe
3. Prüfung der **Vorteilhaftigkeit einer möglichen IKZ** für die Wahrnehmung der Aufgabe, die Projektgegenstand ist
4. **Fazit, ob IKZ empfohlen wird / nicht empfohlen wird / teilweise empfohlen wird**, mit Begründung

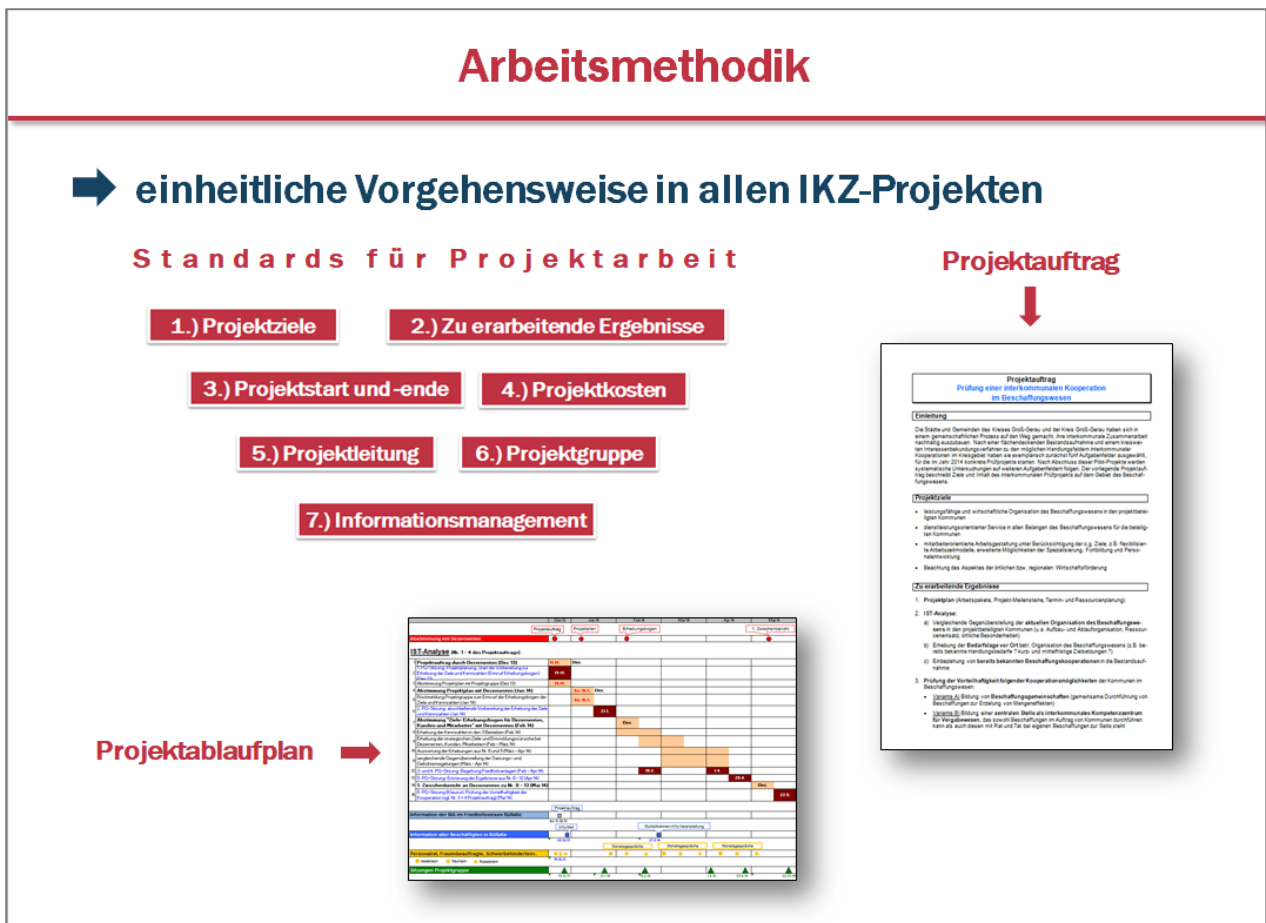
II. **Zwischenbericht** der Projektgruppe an die Auftraggeber (Dienststellenleitungen)

Soweit im Zwischenbericht der Projektgruppe die IKZ-Vorteilhaftigkeit festgestellt wird und die Auftraggeber auf dieser Basis den Auftrag zur Fortsetzung des Projektes erteilen:

5. **Soll-Konzeption**, d.h. Vorschlag für die optimale Organisations- und Rechtsform der interkommunalen Aufgabenwahrnehmung, Benennung der erforderlichen Arbeitsschritte zur Umsetzung
6. Klärung der Möglichkeit der **Fördermittelakquise** für eine Kooperation
7. regelmäßige Vorbereitung von **Informationen über wesentliche Entwicklungen** im Projektverlauf für die Dienststellenleitungen zur Unterrichtung der Beschäftigten und der Interessenvertretungen (Personalräte, Frauenbeauftragte, Schwerbehindertenvertretungen)

III. Schlussbericht der Projektgruppe an die Auftraggeber (Dienststellenleitungen)

Die o.g. Standards jedes kreisweiten IKZ-Projekts illustriert auch folgende Abbildung:



Nach Abschluss jedes Prüfprojekts entscheiden die auftraggebenden Kommunen über die Umsetzung der von der Projektgruppe empfohlenen Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Beauftragung durch die Dienststellenleitungen in der Regel in einem nachfolgenden **IKZ-Umsetzungsprojekt** in intensiver Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ansprechpartnern der kooperationsinteressierten Kommunen vor Ort.

Die **Auswahlentscheidung für den Start eines neuen IKZ-Projekts** erfolgt auf Vorschlag der IKZ-Lenkungsgruppe durch die Dienststellenleitungen der 15 Kreiskommunen. Hierzu können aus allen Kommunen Themenvorschläge eingebracht werden.

2. IKZ-unterstützende Maßnahmen

2.1 Steuerung des IKZ-Prozesses

Zur Steuerung des kreisweiten IKZ-Prozesses mit seinem vielfältigen Projektgeschehen und sonstigen Anforderungen wurde von den Dienststellenleitungen der 15 Kreiskommunen im Jahr 2013 die **IKZ-Lenkungsgruppe** eingerichtet. Diese nimmt seitdem folgende Aufgaben wahr:

- **Priorisierung und Initiierung der Einzelprojekte der IKZ**
als Vorschlag für und in Abstimmung mit den Dienststellenleitungen der Kreiskommunen
- **Projektsteuerung**
Vorbereitung der Projektaufträge, Abnahme von Projektberichten, Entscheidung über Projekt-Meilensteine
- **Organisation von Unterstützung für IKZ-Projekte**
methodisch, fachlich, ggf. Vermittlung bei drohendem Scheitern, soweit vor Ort Bedarf
- **Informationsmanagement bzgl. IKZ-relevanter Entwicklungen**
für Politik und Verwaltungen der Kommunen im Kreis Groß-Gerau
- **Organisation von Wissensmanagement im Gesamtprozess**
Nutzbarmachung der Erfahrungen aus Einzelprojekten – fachlich, methodisch, Fördermitelakquise usw. – für alle Kommunen, gemeinsames Lernen aus Erfolgen/Misserfolgen, Organisation von Fortbildungen zum Projektmanagement usw.
- **Sonstige Lenkungsaufgaben**
z.B. Festlegung von Standards und Strukturen
- **Ansprechpartner für den Gesamtprozess**
- **Controlling/Evaluation des Gesamtprozesses**

Die IKZ-Lenkungsgruppe besteht aus fünf Mitgliedern, tagt in zweimonatlichem Turnus und setzt sich wie folgt zusammen:

– 3 Ober-/Bürgermeister als Vertreter von Süd-, Mittel- und Nordkreis sowie der Sonderstatusstadt:	– Thomas Schell, Biebesheim am Rhein – Jan Fischer, Nauheim – Udo Bausch, Rüsselsheim am Main
– Landrat des Kreises Groß-Gerau:	– Thomas Will, Kreis Groß-Gerau
– Leitung:	– Marion Götz, Stadt Raunheim

2.2 Organisation von Fortbildungen für Projektmanagement

Erfolgreiche Projektarbeit setzt neben weiteren Rahmenbedingungen auch geschulte Verwaltungsmitarbeiter/innen voraus, die die Grundzüge des Projektmanagements kennen und in der Praxis anwenden können. Diese Qualifikation gilt es in den Verwaltungen der Kreiskommunen aufzubauen, soweit sie noch nicht vorhanden ist. Mit diesem Ziel wurden von der IKZ-Geschäftsstelle im Rathaus Raunheim für die Beschäftigten der 15 Kreiskommunen **Fortbildungen zu den Grundlagen des Projektmanagements** angeboten. Alle Seminare haben zu

einem besonders günstigen Preis als zweitägiges Inhouse-Seminar stattgefunden. 52 Mitarbeiter/innen aus 13 Kommunen des Kreises Groß-Gerau haben an den Schulungen teilgenommen. Die dort erworbenen theoretischen und praktischen Kenntnisse sind sowohl für IKZ-Projekte als auch in der sonstigen Tagesarbeit in den Kommunen nutzbringend einsetzbar.

2.3 Kontinuierliche IKZ-Arbeitsgruppen

Zur kontinuierlichen Begleitung des kreisweiten IKZ-Prozesses auf der „Arbeitsebene“ sowie als Plattform für einen regelmäßigen Wissensaustausch zwischen den Verwaltungen wurde 2013 die „**Arbeitsgruppe IKZ-interessierter Amtsleitungen**“ eingerichtet. Diese besteht aus je 1 – 2 Mitarbeiter/innen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie der Kreisverwaltung Groß-Gerau, die von ihren Dienststellenleitungen entsandt werden. Hierbei handelt es sich in der Regel um die Hauptamtsleitungen und/oder die „IKZ-Beauftragten“ der Kommunen.

Die Organisation und Koordination der Arbeitsgruppe und ihre Verzahnung mit den Arbeitsinhalten der IKZ-Lenkungsgruppe sowie dem IKZ-Geschehen insgesamt erfolgt durch die Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe. Die „Arbeitsgruppe IKZ“ trifft sich in ca. vierteljährlichem Turnus und nach Bedarf. Regelmäßiger Bestandteil der Sitzungen sind aktuelle Informationen über die laufenden IKZ-Projekte und sonstige IKZ-relevante Entwicklungen, der Austausch über örtlich bestehende Unterstützungswünsche und -bedarfe sowie die Einbringung interessierender Fragen und Themen der Verwaltungsorganisation und –steuerung zur gemeinsamen Bearbeitung.

Ein kontinuierlicher Austausch über wesentliche Entwicklungen und die Organisation von Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltungsdigitalisierung erfolgt seit 2018 zudem in der **E-Government-Stammgruppe**. Die Einrichtung der Stammgruppe ist ein Resultat aus dem im Jahr 2018 abgeschlossenen IKZ-Projekt „E-Government“. Aktuelles Schwerpunktthema in der E-Government-Stammgruppe ist neben laufenden E-Government-Projekten der Kreiskommunen die Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG).

2.4 Informationsmanagement

Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit ist das zielgerichtete und verzahnte Zusammenwirken aller Ebenen und Beteiligten in Verwaltung und Politik. Um dieses zu unterstützen, erfolgt durch die Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe seit 2013 eine **kontinuierliche und einheitliche Information aller Dienststellenleitungen** über IKZ-relevante Entwicklungen im und für das Kreisgebiet.

Darüber hinaus ist eine **regelmäßige Information der ehrenamtlichen Mandatsträger/innen** in den Städten und Gemeinden sowie im Kreis über die wesentlichen Entwicklungen der IKZ für den Erfolg des Prozesses unabdingbar. Sie ist auch Voraussetzung, um erforderliche Entscheidungen der politischen Gremien auf einer qualifizierten Informationsbasis treffen zu können.

Zur Unterrichtung der politischen Gremien sowie von Presse und Öffentlichkeit über die Entwicklungen im kreisweiten IKZ-Prozess wird daher seit 2014 **jährlich ein schriftlicher IKZ-Zwischenbericht** herausgegeben. Dieser wird regelmäßig im 4. Quartal zum Zeitpunkt der

Haushaltsberatungen vorgelegt. Alle seitherigen Jahresberichte sind auf der kreisweiten IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de im Bereich „Informationen“ als Download abrufbar.



Darüber hinaus organisiert die IKZ-Lenkungsgruppe regelmäßige **Informationsveranstaltungen für ehrenamtliche Mandatsträger/innen** zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreisgebiet. Zielgruppe dieser Veranstaltungen sind die Vorsitzenden der Vertretungskörperschaften, die Fraktionsvorsitzenden und die Dienststellenleitungen der 15 Kreiskommunen als „Multiplikatoren“ für ihre örtlichen Gremien. Pandemiebedingt konnte im Jahr 2021 keine Informationsveranstaltung stattfinden. Die nächste Veranstaltung ist im Jahr 2022 vorgesehen.

Als jederzeit nutzbare aktuelle Informationsplattform steht seit 2017 zudem eine **Website der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau** zur Verfügung. Unter www.ikz.imkreisgg.de können im Bereich „Informationen“ alle IKZ-Jahresberichte, Pressemitteilungen, Präsentationen, ausgewählte Beschlussvorlagen und weitere Materialien als Download abgerufen werden. Der Bereich „Intern“ dient zum digitalen Informationsaustausch innerhalb der zahlreichen IKZ-Projekt- und Arbeitsgruppen. Die dortigen Dokumente und Materialien sind kennwortgeschützt und nur für die Mitglieder der jeweiligen Projekt- und Arbeitsgruppen zugänglich. Externen Besucherinnen und Besuchern der Website vermittelt die Ansicht „Intern“ jedoch eine bildhafte Übersicht über die seit 2013 bearbeiteten Projektfelder im kreisweiten IKZ-Prozess.

Die Website hat sich seit ihrer Betriebsaufnahme als sehr hilfreich erwiesen, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Mitgliedern kommunaler Gremien sowie IKZ-interessierten Vertreter/innen und Mitarbeiter/innen von Behörden und Institutionen jederzeit alle wesentlichen Informationen über das kreisweite IKZ-Geschehen gebündelt und „auf Knopfdruck“ verfügbar zu machen.

Die aktuelle Information von Presse und Öffentlichkeit über neue IKZ-Entwicklungen erfolgt darüber hinaus durch **Pressemitteilungen** und **projektbezogene Informationen** auf Anfrage örtlicher und überörtlicher Presseredaktionen, interessierter Organisationen und Institutionen. Exemplarisch für die Presseberichterstattung im Berichtszeitraum ist nachfolgender Ausschnitt aus der Tagespresse abgebildet (Download weiterer Beispiele auch unter www.ikz.imkreisgg.de / Informationen / Downloads - Presse):

Mainspitze 4.3.2021

IKZ startet neues Projekt

Bündnis Interkommunale Zusammenarbeit
plant Aufbau eines Fördermittelmanagements

Von Michael Kapp

RAUNHEIM. Die seit dem Jahr 2013 von Raunheim ausgehende Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) findet mittlerweile auch ein breites Echo weit über die Grenzen des Kreisgebietes hinaus. Sie erhalte inzwischen regelmäßig Anfragen aus allen Teilen der Bundesrepublik und unterschiedlicher Gebietskörperschaften und Behörden, die sich daran interessiert zeigten, wie dabei vorgegangen werde. An einer Hochschule gebe es mittlerweile sogar einen Studiengang „Interkommunale Zusammenarbeit“, sagt Marion Götz. Die frühere Fachbereichsleiterin im Rathaus der Stadt Raunheim ist zwar mittlerweile als hauptamtliche Beigeordnete in ihrer Heimatstadt Friedberg beschäftigt. Das IKZ-Projekt wird von ihr aber weiter geleitet.

Auch die renommierte Hertie School in Berlin soll bereits angeklopft haben. Dort wurde ein EU-weites Verwaltungswissenschaftliches Forschungsprojekt aus der Taufe gehoben. Als einziges Beispiel in Deutschland sei das IKZ-Projekt im Kreis Gerau-Geraus ausgesucht und sie

dazu auch schon interviewt wurde, sagt Götz.

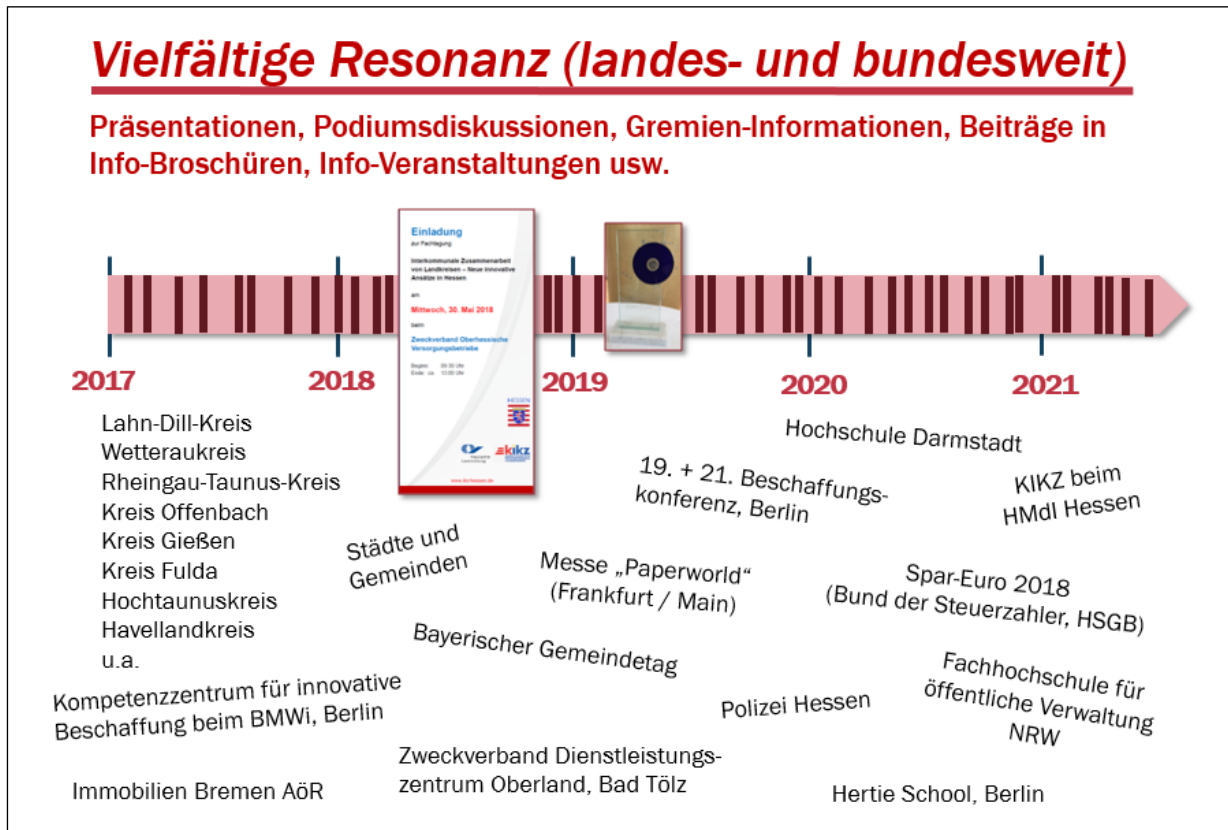
Neuste Initiative ist der Aufbau eines Fördermittelmanagements, an dem auch bereits alle 15 Kreiskommunen Interesse bekundet haben sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei von Bund und Ländern wie auch von der Europäischen Union bereitgestellte Fördertöpfe zu „allen denkbaren Themenfeldern“. Wegen unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, sagt Götz, sei es teilweise sehr schwierig in der Antragsstellung. „Da muss man quasi eine Fachsprache sprechen, um Chance zu haben Anträge zu stellen“. Die Projektleitung dafür übernimmt die bei der Stadt beschäftigte Fachbereichsleiterin Soziales und Kultur, Kerstin Mohr. Diese habe durch das Projekt „Soziale Stadt“ und andere bereits Erfahrungen sammeln können. Von daher könne die Projektleiterin „aus dem Vollen“ schöpfen.

Der Start für das IKZ-Projekt „Aufbau eines Fördermittelmanagements“ war bereits für das vergangene Jahr vorgesehen, musste aber wegen der Coronapandemie in den Februar 2021 verschoben werden.

Über die obigen Medien hinaus war der kreisweite IKZ-Prozess, seine Steuerung und Arbeitsmethodik sowie die daraus resultierenden vielfältigen Ergebnisse im Kreis Groß-Gerau im Herbst 2020 Gegenstand eines verwaltungswissenschaftlichen **Forschungsprojekts der Hertie School, Berlin**. Im Rahmen des **EU-Projekts TROPICO** wurde die Zusammenarbeit in und zwischen öffentlichen Verwaltungen in einem europäischen Vergleich analysiert. Das TROPICO-Konsortium setzt sich aus 12 führenden Universitäten aus 10 europäischen Län-

dern zusammen. Das IKZ-Modell im Kreis Groß-Gerau wurde im Rahmen eines der Arbeitspakete als einziges Beispiel Deutschlands ausgewählt.

Darüber hinaus war im Berichtszeitraum von November 2020 - Oktober 2021 weiterhin ein **hohes Interesse an den IKZ-Aktivitäten im Kreis Groß-Gerau** von Kommunen, Behörden, öffentlichen und privaten Institutionen, der Presse sowie Bürgerinnen und Bürgern zu verzeichnen. Dies kommt beispielhaft in folgender Übersicht zum Ausdruck:



2.5 Weitere IKZ-fördernde Aktivitäten

Über die oben dargestellten Maßnahmen hinaus haben von Seiten der IKZ-Geschäftsstelle (= Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe) im Berichtszeitraum folgende weitere Aktivitäten zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit stattgefunden:

- Unterstützung kreisangehöriger und sonstiger Kommunen bei **Fragen in Zusammenhang mit örtlichen IKZ-Projekten oder sonstigen Projekten** durch Zur-Verfügung-Stellung von Information und Kommunikation
- Unterstützung kreisangehöriger Kommunen bei der **Beantwortung von Fragen der überörtlichen Rechnungsprüfung** zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ in Bezug auf die jeweilige Kommune
- Unterstützung kreisangehöriger und sonstiger Kommunen bei der **Beantragung von Fördermitteln für IKZ-Maßnahmen**
- Unterstützung kreisangehöriger und sonstiger Kommunen in Verfahrensfragen bei **Anzeigen interkommunaler Kooperationen** an die Aufsichtsbehörde gemäß § 127 a HGO

- **Unterstützung von Studierenden hessischer Hochschulen** bei Studienarbeiten und Fragen rund um das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“
- **Präsentationen und Informationen** über Verlauf und Ergebnisse des kreisweiten IKZ-Prozesses und einzelner Projekte an anfragende Kommunen und Institutionen (regional und bundesweit)

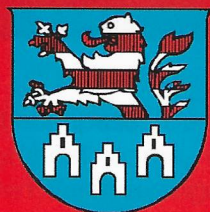
2.6 Ausblick

Nach Beendigung der aktuell laufenden Projekte werden **im Jahr 2022 weitere kreisweite IKZ-Projekte** nach Abstimmung der priorisierten Handlungsfelder in der Gemeinschaft der Kreiskommunen folgen.

Zunehmende Bedeutung gewinnt in der interkommunalen Zusammenarbeit auch der **kreisgrenzen-übergreifende Austausch**. So sind nach dem Vorbild des Kreises Groß-Gerau zwischenzeitlich auch in anderen Teilen Hessens gleichartige IKZ-Projekte und –Maßnahmen zur Umsetzung gekommen. Immer wieder sind zudem Anfragen aus anderen Landkreisen und Kommunen zu verzeichnen, die an der Organisationsstruktur der IKZ im Kreis Groß-Gerau teilhaben und/oder an einzelnen IKZ-Projekten teilnehmen möchten. Diesen Wünschen wird auch weiterhin im möglichen Rahmen entsprochen und so der Know-how-Austausch auch überregional vorangebracht.



Marion Götz



ISSN 0171-9610

Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung

MIT RECHTSPRECHUNGSTEIL

Aus dem Inhalt

Seite

125 Jahre Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau Dr. Uwe Wenzel	110
--	-----

HSGB im Gespräch mit ... Marion Götz IKZ: Gemeinsam gestalten – Zukunft gewinnen	114
---	-----

Verbandsmitteilungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Europa

30. Rat der Gemeinden und Regionen Europas verabschiedet Kommunalen Friedensappell	118
---	-----

Hinweise

31. Öffentliches Bauen mit Holz – Online-Seminare am 14.06., 22.09., 15.11.2022 ...	119
32. Fachseminar „Infrastruktur moderner Sportplätze“	119
33. vhw-Fortbildungsangebote im September 2022 in Hessen und online	119

Wettbewerbe

34. Hessischer Familienpreis 2022: Familienbildung unter Pandemie-Bedingungen ...	120
---	-----

Personelle Nachrichten

35. Wiederwahlen / Neuwahlen / Jubiläen	121
---	-----

Literatur	123
------------------------	-----

Rechtsprechung

Kommunalrecht

Öffentlichkeit von Ratssitzungen	125
Begründung von Anträgen zur Tagesordnung	128

Bauplanungsrecht

Eilrechtsschutz gegen Veränderungssperre	130
--	-----

Obdachlosenrecht

Fehlende Bemühungen eines Obdachlosen um die Anmietung von Dauerwohnraum ..	133
---	-----

Firmenwegweiser / Branchenregister	135
---	-----

5

72. Jahrgang
Mai 2022

Herausgeber,
Verlag und Redaktion:
Hessischer Städte-
und Gemeindebund,
63165 Mühlheim/Main



HSGB im Gespräch mit ... Marion Götz

IKZ: Gemeinsam gestalten – Zukunft gewinnen

In dieser Rubrik veröffentlichen wir diesmal ein Gespräch mit Marion Götz, Erste Stadträtin der Kreisstadt Friedberg. Frau Götz gilt als eine ausgewiesene Expertin kommunaler Kooperation und wirkt ehrenamtlich als Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe im Kreis Groß-Gerau. Die Fragen stellte Dr. David Rauber.

Die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau sind in der Regel eher größer als in anderen Landkreisen und haben oft eine beachtliche eigene Verwaltungskraft. Trotzdem haben sich Städte, Gemeinden und Kreis schon vor Jahren systematisch auf den Weg gemacht, quer durch alle Aufgabenbereiche geeignete Kooperationsfelder zu identifizieren. Wo kam der Anstoß für diesen besonderen Weg her?

Der Prozess des systematischen Ausbaus der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) im Kreis Groß-Gerau hat 2013 begonnen. Ausgangspunkt war der zuvor über die Jahre immer wieder einmal aufgekommene Wunsch einiger Bürgermeister und des Landrats, auf dem Feld der IKZ „mehr zu tun“. Zu dieser Zeit war ich als Leiterin des Fachbereichs Zentrale Dienste und Finanzen, also Hauptamtsleiterin bei der Stadt Raunheim, einer der 14 kreisangehörigen Städte und Gemeinden, tätig. In einer der genannten Runden meldete sich mein Bürgermeister Thomas Jühe und teilte mit, er wisse jemanden, der sich „darum kümmern könnte“ – so sein Bericht. Schon lange hatte mich damals das Handlungsfeld der IKZ, seine fachliche Vielfalt, seine interdisziplinären Anforderungen und die Herausforderungen im Bereich der Kommunikation, Koordination und Organisation gereizt und interessiert. So erhielt ich 2013 die Möglichkeit, zunächst Landrat

Thomas Will und anschließend der Bürgermeisterdienstversammlung meinen Konzeptvorschlag für eine gemeinsame strukturierte Vorgehensweise zum Ausbau der IKZ im Kreis Groß-Gerau vorzustellen. Der Vorschlag beinhaltete nicht nur einzelne IKZ-Projekte, sondern einen zentral gesteuerten, ebenenübergreifenden (d.h. Gemeinde- und Kreisebene umfassenden) und langfristig angelegten flächendeckenden IKZ-Prozess. Dieses Konzept und die zu seiner Umsetzung vorgeschlagenen einheitlichen Arbeitsstandards des Projektmanagements und der Prozesssteuerung trafen bei Bürgermeistern und Landrat ebenso auf ein positives Echo wie die vorgeschlagenen Arbeitsgremien (IKZ-Lenkungsgruppe, IKZ-Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene). So konnte unsere Arbeit beginnen.



Marion Götz

Welche Kooperationsfelder wurden identifiziert und nach welchen Prioritäten zur Umsetzung gebracht?

Die Prioritäten der Umsetzung ergeben sich aus unserem methodischen Vorgehen. Begonnen hat der IKZ-Prozess mit einer systematischen Bestandsaufnahme. In einem Fragebogen und in Interviews mit allen Bürgermeistern und dem Landrat habe ich 2013 zunächst alle bestehenden interkommunalen Kooperationen erfasst und für alle Kommunen übersichtlich dargestellt. Auch gescheiterte Kooperationen waren dabei mit

erfasst, denn aus Misserfolgen lassen sich ebenso wertvolle Erkenntnisse ziehen wie aus Erfolgen. In einem Interessenbekundungsverfahren waren die 14 Bürgermeister und der Landrat gleichzeitig gebeten, ihre kurz-, mittel- und langfristigen Kooperationswünsche, -ideen und -bedarfe auf allen kommunalen Aufgabenfeldern von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zentrale Angelegenheiten mitzuteilen. Darüber hinaus erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 14 Rathäuser und der Kreisverwaltung die Möglichkeit, ihre Unterstützungswünsche und -bedarfe rund um das Handlungsfeld „Interkommunale Zusammenarbeit“ anzugeben.

Bei der sehr interessanten Auswertung der Antworten haben sich erwartungsgemäß verschiedene Prioritäten herauskristallisiert, die von einer großen Anzahl der Kreiskommunen als Interessenfelder genannt wurden. Mit diesen Aufgabenfeldern haben wir dann begonnen. Bis heute haben wir seitdem 19 kommunale Aufgabenfelder hinsichtlich ihrer IKZ-Potenziale geprüft und in den vergangenen Jahren zahlreiche Kooperationen umgesetzt. Hierzu gehört z.B. die Bildung eines kommunalen Vergabezentrums, die gemeinsame Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows, der gemeinsame Strom- und Gaseinkauf, die gemeinsame Organisation der Prüfung elektrischer Anlagen, die Gründung eines Landschaftspflegeverbands und weitere Kooperationen mehr. Aktuell arbeiten wir in unseren IKZ-Projekten u.a. an den Themen „Aufbau eines Fördermittelmanagements“, „Beschaffung von Feuerwehrbedarf und Organisation der Instandhaltung“, „Einführung der e-Akte / eines DMS“ sowie „Überwachung von Geldspielgeräten und Kontrolle der Einhaltung des Gaststättenrechts“. Weitere Themenfelder werden in den nächsten Jahren folgen. Eine aktuelle Übersicht aller IKZ-Projekte und viele weitere Informationen zu unserem kreisweiten IKZ-Prozess finden sich auf unserer IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de.

Wie gehen Sie bei der Bearbeitung der sehr unterschiedlichen kommunalen Aufgabenfelder vor?

Die Bearbeitung aller Aufgabenfelder läuft bei uns methodisch gleich ab. Dies ermöglicht den zahlreichen Beteiligten aller Ebenen und Bereiche in den Verwaltungen und der Politik die Entwicklung von Routine in der Zusammenarbeit und schafft Vertrauen in den Prozess. Wir bearbeiten stets fünf Themenfelder in Form von IKZ-Projekten gleichzeitig. Dies gewährleistet einerseits eine hinreichende Breite und damit spürbare Fortschritte unserer IKZ-Bewegung. Zum anderen er-

möglicht es mit unseren Ressourcen die gebotene Steuerungsintensität und -qualität, um den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Projekte und Maßnahmen zu sichern.

Die Auswahl der Themenfelder erfolgt in der Bürgermeisterdienstversammlung. Nach der Auswahl eines Themenfelds werden zunächst in einem IKZ-Prüfprojekt mit Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller interessierten Kommunen die Möglichkeiten, Voraussetzungen sowie Vor- und Nachteile der IKZ für dieses Themenfeld analysiert. Falls die IKZ-Vorteilhaftigkeit grundsätzlich festgestellt wird, folgt danach ein Umsetzungsprojekt zur Realisierung einer konkreten Kooperation. Unsere verbindlichen Arbeitsstandards gewährleisten dabei themenübergreifend transparente, einheitliche Verfahrensabläufe in allen Projekten. Hierzu gehören z.B. schriftliche Projektaufträge und verbindliche Projektablaufpläne als Grundlage der Projektsteuerung. Am Ende eines Projekts erfolgt die Abnahme seiner Ergebnisse durch die Bürgermeister und den Landrat, die den Projektauftrag unterzeichnet und das Projekt beauftragt haben.

Wer hatte oder wer hat „den Hut auf“? Gab es eine Federführung für den Gesamtprozess und – ggfls. zusätzlich – auch für einzelne Aufgabenbereiche?

Für die Begleitung und Steuerung des IKZ-Prozesses haben wir 2013 eine IKZ-Lenkungsgruppe gebildet, der drei Bürgermeister stellvertretend für alle Städte und Gemeinden, der Landrat und meine Person als Leitung angehören. Die Lenkungsgruppe ist u.a. dafür zuständig, Vorschläge zur Priorisierung der Projekte für die Bürgermeisterdienstversammlung zu erarbeiten, die Projekte methodisch und fachlich zu unterstützen, zusammen mit den jeweils auftraggebenden Kommunen die Projektzwischen- und -abschlussberichte abzunehmen und über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Sie ist verantwortlich für das projektübergreifende Wissensmanagement im IKZ-Prozess und die regelmäßige Information über den Fortgang des IKZ-Prozesses an Verwaltungen, Politik, Presse und Öffentlichkeit. Hierzu dient auch unser IKZ-Jahresbericht, der zur Information der kommunalen Gremien und der Öffentlichkeit einmal jährlich herausgegeben wird. Die Leitung der Lenkungsgruppe erstellt zum Start neuer IKZ-Projekte unter Einbeziehung von ein bis zwei Freiwilligen der Arbeitsebene der Verwaltungen den Projektauftrag und den Entwurf des Projektablaufplans, der dann mit der Projektgruppe, den Bürgermeistern und dem Landrat abgestimmt wird, und begleitet und unterstützt die



Projektleitungen während des Projektverlaufs. Die IKZ-Lenkungsgruppe ist somit der zentrale Ansprechpartner für den Gesamtprozess der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau.

Gab oder gibt es eine externe Begleitung, etwa durch Beratungsbüros?

Nein. Wir organisieren unseren Prozess von Beginn an aus eigener Kraft und mit unseren Bordmitteln.

Was sind nach den bisherigen Erfahrungen die wesentlichen Erfolgsfaktoren?

Wesentliche Erfolgsfaktoren sind die zentrale Organisation des Prozesses, eine klare und kontinuierliche verbindliche Arbeitsstruktur und -methodik sowie projektübergreifend einheitliche Arbeitsstandards; des Weiteren die Einbindung aller Beteiligten in den Verwaltungen (Führungskräfte, Mitarbeiter/innen, Interessenvertretungen) und der Politik – d.h. Betroffene werden zu Beteiligten –, die Transparenz des Prozesses und seiner Projekte durch ein verlässliches, adressatengerechtes Informationsmanagement sowie last not least unsere ebenenübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden und dem Landkreis als quasi 15. Kreiskommune Hand in Hand.

Gab es Fälle, in denen einzelne oder mehrere Städte und Gemeinden aus eingegangenen Kooperationen wieder ausgeschieden sind?

Nein.

Die Erfahrungen aus dem Kreis Groß-Gerau sind ja jetzt auch in mindestens einem anderen Landkreis aufgegriffen worden. Klappt die Übertragung der Erfahrungen eins zu eins oder wo sind vielleicht Anpassungen nötig?

Die Übertragung klappt sehr gut, es sind nur kleine Anpassungen nötig. Seit Juli 2018 bin ich hauptamtliche Erste Stadträtin meiner Heimatstadt Friedberg (Hessen) und hatte so die Gelegenheit, die Arbeitsmethodik und Inhalte aus unserem IKZ-Prozess im Kreis Groß-Gerau in den Wetteraukreis mit seinen 25 Städten und Gemeinden zu transferieren. Mein diesbezüglicher Vorschlag traf bei Landrat Jan Weckler und meinen Kolleginnen und Kollegen in der Bürgermeisterdienstversammlung auf offene Ohren. So konnte ich zum Auftakt des IKZ-Prozesses auch in der Wetterau – wie seinerzeit 2013 im Kreis Groß-Gerau – mit einer systematischen Bestandsaufnahme zur interkommunalen Zusammenarbeit starten, um erst einmal Transparenz zum Status quo für alle Akteurinnen und Akteure

herzustellen. Die Bestandsaufnahme habe ich auch hier mit einem Interessenbekundungsverfahren verbunden, in dem ich die dringendsten Handlungswünsche und -bedarfe der Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie der Kreisverwaltung rund um das Thema „IKZ“ erfragt habe. In der erneut sehr interessanten Auswertung der Antworten haben sich dann erwartungsgemäß – ebenso wie im Kreis Groß-Gerau – Schwerpunktthemen zur weiteren Bearbeitung herauskristallisiert.

Als erstes Projekt im Wetterauer IKZ-Prozess haben wir dann die Beschaffung von Feuerwehrbedarf und die Organisation der Instandhaltung ausgewählt. Dieses Projekt sollte neben der Bearbeitung der Aufgabenstellung selbst auch dazu dienen, die hilfreiche IKZ-Arbeitsmethodik nach dem „Muster Groß-Gerau“ einzusetzen und kennenzulernen, um sie später auf beliebige weitere Aufgabenfelder übertragen zu können, deren IKZ-Potenziale untersucht und realisiert werden sollen. Wir sind in unserem Projekt, das im Herbst 2020 begonnen hat und pandemiebedingt nahezu komplett online stattfinden musste, seitdem gut vorangekommen, konnten bereits erste positive Ergebnisse und finanzielle Einsparungen für unsere Städte und Gemeinden erzielen und werden das Projekt mit weiteren konkreten Ergebnissen im Spätsommer 2022 abschließen. Danach wird die Bearbeitung weiterer Themenfelder folgen.

Seit meinem Amtsantritt in Friedberg (Hessen) im Juli 2018 nehme ich die Koordination des IKZ-Prozesses im Kreis Groß-Gerau ehrenamtlich wahr. Die Möglichkeit der IKZ-Tätigkeit in zwei Landkreisen bringt für beide Seiten den Vorteil mit sich, dass Methoden, Inhalte und Ergebnisse kreisübergreifend nutzbar werden, also neue Synergien entstehen. Wenn ich z.B. im Kreis Groß-Gerau einen interkommunalen Projektauftrag zur Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows schreibe, ist dieser auch für die Wetterau oder für meine Heimatstadt Friedberg nutzbar – Letzteres so geschehen. Gleiches gilt für viele anderen Themenfelder, aktuell z.B. für den Aufbau eines Fördermittelmanagements. Nach Erarbeitung eines Konzepts für Friedberg konnte ich themenbezogene Erkenntnisse von dort im vergangenen Jahr für einen interkommunalen Projektvorschlag und die Erstellung eines Projektauftrags im Kreis Groß-Gerau nutzen. Ergebnisse des IKZ-Projekts dort, das 2021 begonnen hat und im Sommer 2022 seinen Abschluss finden wird, können wiederum auch für die Städte und Gemeinden in der Wetterau von Nutzen sein. Der bereits erwähnte IKZ-Projektauftrag zur interkommunalen Beschaffung von Feuerwehr-

bedarf in der Wetterau ist zwischenzeitlich wortgleich Grundlage eines gleichgerichteten IKZ-Projekts im Kreis Groß-Gerau, das wir dort im November 2021 gestartet haben. Zwischen beiden Projekten kann jetzt sogar noch während des Projektverlaufs ein nützlicher fachlicher Austausch stattfinden. Gleichzeitig sind Herangehensweise und Ergebnisse weiterer Projekte dort für die kommunale Gemeinschaft hier von Interesse.

In der kreisübergreifenden Verknüpfung der IKZ-Arbeit steckt also richtig Musik. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Die gemeinsame Nutzung von Ergebnissen und Erkenntnissen kann uns viel Zeit, Kraft und Res-

sourcen sparen. Sowohl Organisation und Arbeitsmethodik unseres IKZ-Prozesses als auch die Inhalte unserer Projekte sind zudem leicht auch auf jeden anderen Landkreis übertragbar. Wir wissen, dass seit Neuerem unsere Vorgehensweise sogar schon von einem privatwirtschaftlichen Beratungsunternehmen kopiert und für gutes Geld im kommunalen Raum angeboten wird. Das ehrt uns und wir leisten natürlich gerne in dieser Weise auch einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Noch lieber stehen wir jedoch im Fall eines Interesses allen Städten, Gemeinden und Landkreisen für weitere Informationen unentgeltlich zur Verfügung und profitieren wechselseitig vom Austausch in der kommunalen Familie.

INFOBOX

Stichwort Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) hat in den vergangenen Jahren einen neuen wichtigen Stellenwert für die Kommunen bekommen. Dabei hat IKZ in Hessen eine lange Tradition in unterschiedlichsten Aufgabenbereichen der Kommunen, wie der Abwasserbehandlung, der Trinkwasserversorgung, der Abfallbeseitigung oder bei gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirken.

In den zurückliegenden Jahren sind neue Herausforderungen auf die Kommunen zugekommen, als deren folgenreichste

- die meist knappen Kommunalfinanzen
- Fachkräftemangel
- Digitalisierung

zu nennen sind. Diese Herausforderungen erfordern aktives Gestalten. Die Interkommunale Zu-

sammenarbeit der Kommunen ist hierzu ein Baustein von mehreren möglichen, aber ein sehr wichtiger und dazu sehr erfolgversprechender.



Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Raunheim am 2.6.2022

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT IM KREIS GROSS-GERAU



8. IKZ-Jahresbericht (Express-Version)

WAS JETZT FOLGT ...

- 1. Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013**
- 2. IKZ-Projekte 2021**
- 3. Ausblick**

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

Das Ziel

Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der 15 Kreiskommunen (14 Städte und Gemeinden + Kreis) bei Erfüllung ihrer Aufgaben



Die Ausgangslage

demografischer Wandel

Fachkräftemangel

Haushaltsdefizite

Know-how-Bedarf

stetig neue Aufgaben

höhere Standards

rechtliche Anforderungen

Methodenwandel

Die Idee

IKZ

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

Mögliche Vorteile interkommunaler Zusammenarbeit sind z.B. ...

- **Reduzierung laufender Fixkosten** (z.B. nur einmalige Vorhaltung von Infrastruktur, IT-Hard- und Software usw. für mehrere Kommunen)
- **Kosteneinsparung durch Mengenvorteile** (z.B. Beschaffungswesen)
- Erhöhung der **Wirtschaftlichkeit kostenintensiver Investitionen**
- **Reduzierung von Verwaltungsaufwand**
- **Synergien eines gemeinsamen Personaleinsatzes**
(bessere Möglichkeit von Vertretungsregelungen, effizienterer Personaleinsatz, Auslastung teurer Spezialistinnen/Spezialisten)
- gemeinsame **Teilhabe an spezialisiertem Know-how**
- bessere **Personalentwicklungsmöglichkeiten** in größerem Verbund, höhere **Entfaltungsmöglichkeit für Spezialistinnen/Spezialisten**

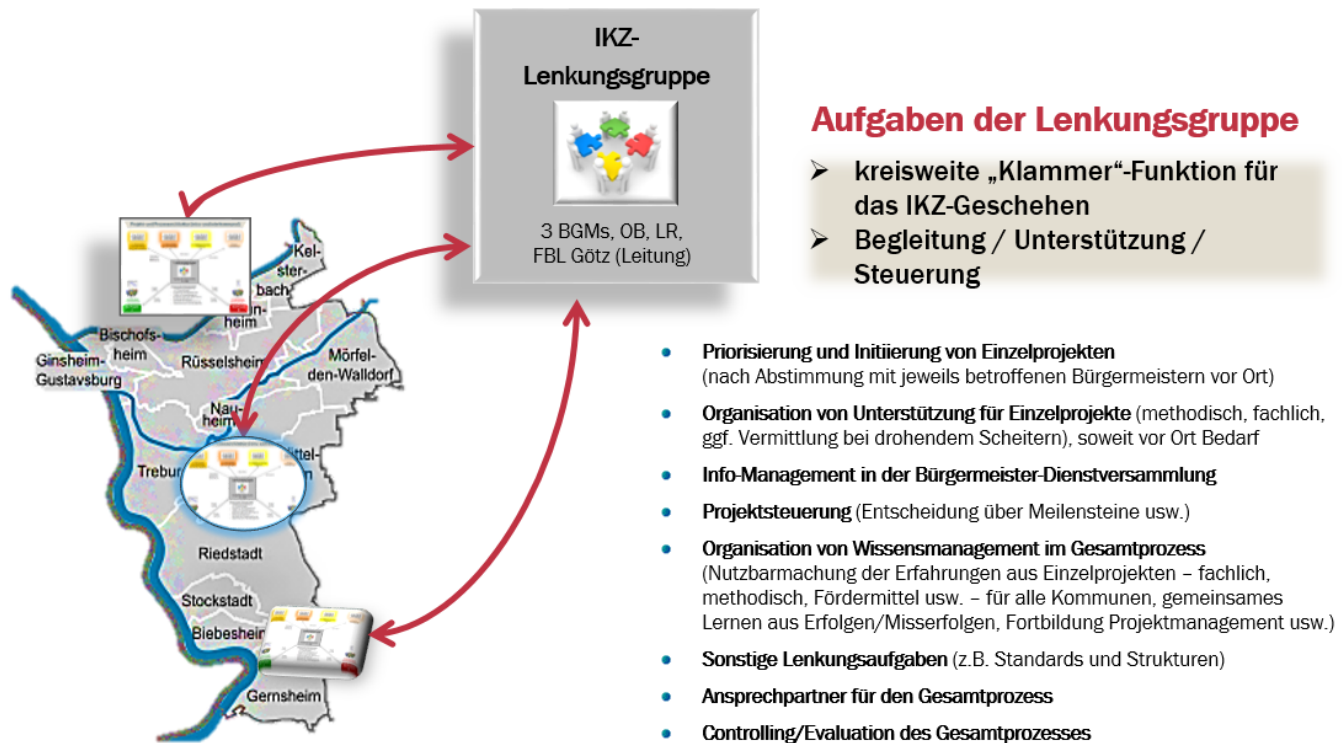


A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013



Start eines zentral gesteuerten, Ebenen übergreifenden (d.h. die Gemeinde- und Kreisebene umfassenden) und langfristig angelegten flächendeckenden IKZ-Prozesses im Kreis GG

➔ a) Zentrale Steuerung des Prozesses eingerichtet



A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

➔ b) Einheitliche Arbeitsstandards festgelegt

Standards des Projektmanagements

1.) Projektziele

2.) Zu erarbeitende Ergebnisse

3.) Projektstart und -ende

4.) Projektkosten

5.) Projektleitung

6.) Projektgruppe

7.) Informationsmanagement

Projektauftrag



Projektauftrag
Prüfung einer interkommunalen Kooperation
im Beschaffungswesen

Einleitung

Die Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht, ihre interkommunale Zusammenarbeit nachhaltig auszubauen. Nach einer flächendeckenden Bestandsaufnahme und einem kreisweiten Interessentkennzeichnungsverfahren zu den möglichen Handlungsfeldern interkommunaler Kooperationen im Kreisgebiet haben sie exemplarisch zunächst fünf Aufgabenfelder ausgewählt, für die im Jahr 2014 konkrete Pilotprojekte starten. Nach Abschluss dieser Pilot-Projekte werden systematische Untersuchungen auf weiteren Aufgabenfeldern folgen. Der vorliegende Projektauftrag beschreibt Ziele und Inhalt des interkommunalen Pilotprojekts auf dem Gebiet des Beschaffungswesens.

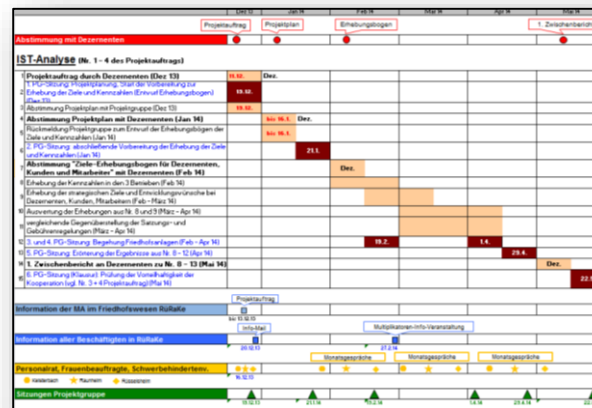
Projektziele

- leistungsfähige und wirtschaftliche Organisation des Beschaffungswesens in den projektbeteiligten Kommunen
- dienstleistungsorientierter Service in allen Belangen des Beschaffungswesens für die beteiligten Kommunen
- mitarbeiterorientierte Arbeitsgestaltung unter Berücksichtigung der o.g. Ziele, z.B. flexibilisierte Arbeitszeitmodelle, erweiterte Möglichkeiten der Spezialisierung, Fortbildung und Personalentwicklung
- Beachtung des Aspektes der örtlichen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung

Zu erarbeitende Ergebnisse

1. **Projektplan** (Arbeitspakete, Projekt-Meilensteine, Termin- und Ressourcenplanung)
2. **IST-Analyse:**
 - a) Vergleichende Gegenüberstellung der aktuellen Organisation des Beschaffungswesens in den projektbeteiligten Kommunen (z. a. Aufbau- und Ablauforganisation, Ressourceneinsatz, örtliche Besonderheiten)
 - b) Erhebung der Bedarfslage vor Ort bzw. Organisation des Beschaffungswesens (z. B. bereits bekannte Handlungsbedarfe "Kurz- und mittelfristige Zielsetzungen")
 - c) Einbeziehung von bereits bekannten Beschaffungskooperationen in die Bestandsaufnahme
3. **Prüfung der Vorteilhaftigkeit folgender Kooperationsmöglichkeiten** der Kommunen im Beschaffungswesen:
 - Variante A) Bildung von Beschaffungsgemeinschaften (gemeinsame Durchführung von Beschaffungen zur Erzielung von Mengeneffekten)
 - Variante B) Bildung einer zentralen Stelle als Interkommunales Kompetenzzentrum für Vergabewesen, das sowohl Beschaffungen im Auftrag von Kommunen durchführen kann als auch diesen mit Rat und Tat bei eigenen Beschaffungen zur Seite steht

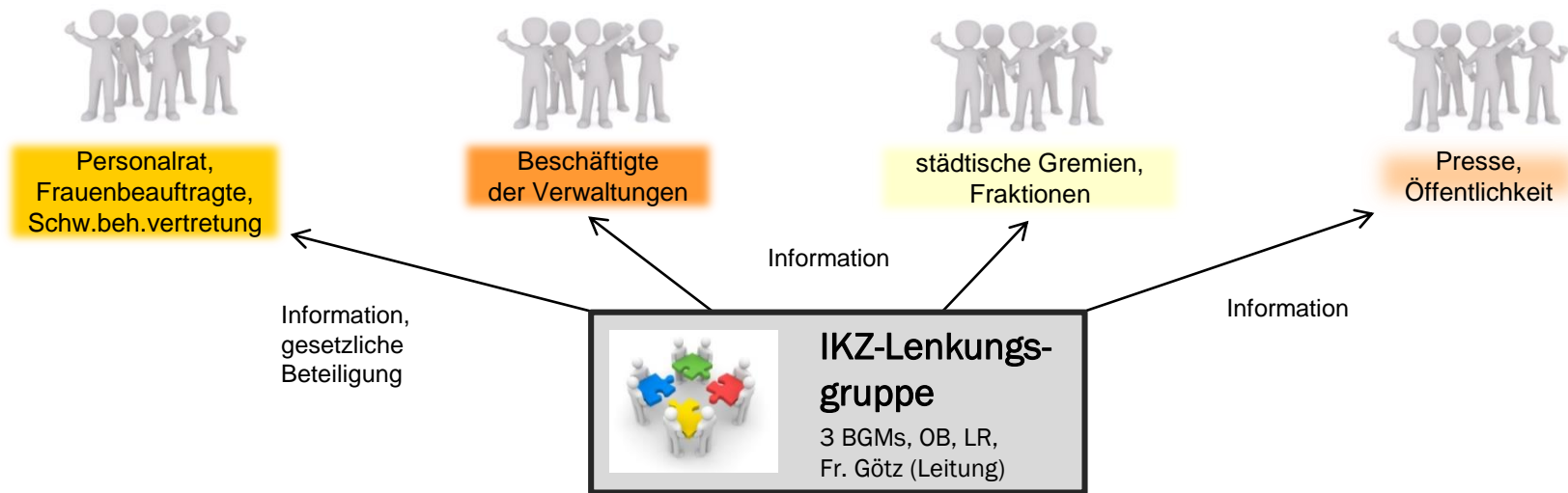
Projektablaufplan



A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013

➔ c) Kontinuierliches Informationsmanagement organisiert

seit IKZ-Start 2013 regelmäßige und einheitliche, mit allen projektbeteiligten Kommunen zeitlich und inhaltlich abgestimmte Kommunikation der Projektinhalte und -ergebnisse vor Ort



z.B. IKZ-Jahresberichte



IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de



IKZ-Info-Veranstaltung für Mandatsträger/innen



für eilige Leser/innen

A) Kreisweiter IKZ-Prozess seit 2013



2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022



Abgeschlossene IKZ-Projekte und *derzeit in Bearbeitung*

- ✓ Strom- und Gaseinkauf
- ✓ Prüfung elektrischer Anlagen
- ✓ Streusalzmanagement
- ✓ Standesamtswesen
- ✓ Beschaffungsgemeinschaft Papier + Büromaterial
- ✓ Kommunales Vergabezentrum
- ✓ E-Government
- ✓ Klärschlammverwertung
- ✓ Einführung elektronischer Rechnungsworkflow / E-Rechnung
- ✓ Elektromobilität
- ✓ Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
- ✓ Landschaftspflege
- *Einführung der E-Akte/DMS*
- *Aufbau eines Fördermittelmanagements*
- *Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung*





















u.a.m.

B) IKZ-Projekte 2021

Kreisweite IKZ-Projekte

IKZ Interkommunale Zusammenarbeit
im Kreis Groß-Gerau

IKZ-Projektgruppen und Arbeitsgruppen

E-Government 	Strom- und Gaseinkauf 	Vergabezentrum 	E-Mobilität 
Streusalzmanagement 	Bezügeabrechnung 	Klärschlammstorgung 	Aktivierung von Wohnraumpotenzial 
Standesamtwesen 	Prüfung elektrischer Anlagen 	E-Rechnung / Elektronischer Rechnungsworkflow 	Umsetzung ProsSchG 
Landschaftspflege 	Überwachung Spielapparate, Gaststättenrecht, Abrechnung Spielapparatesteuer 	Einführung e-Akte/DMS 	Modulare Kita-Bauweise 
Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung 	Fördermittelmanagement 		

8. IKZ-Jahresbericht

Überwachung Spielapparate, Gaststättenrecht, Abrechnung Spielapparatesteuer



Einführung e-Akte/DMS



Modulare Kita-Bauweise



Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung



Fördermittelmanagement



Auszug aus: www.ikz.imkreisgg.de

B) IKZ-Projekte 2021



Kreisweiter IKZ-Prozess (15 Kreiskommunen)

Beteiligung an IKZ-Projekten und –Umsetzungsmaßnahmen 2021

	Überwachung Geldspiel- geräte u.a.	Modularer Kita-Bau	Einführung e-Akte/DMS	Aufbau Fördermittel- management	Beschaffung Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung
Biebesheim	X	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Bischofsheim	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X	X (PG)
Büttelborn	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Gernsheim	X (PG)		X (PG)	X (PG)	X (PG)
Ginsheim- Gustavsburg	X (PG)		X (PG)	X	X (PG)
Groß-Gerau	X	X	X (PG)	X (PG)	
Kelsterbach	X			X	X (PG)
Mörfelden- Walldorf	X (PG)	X (PL)	X (PL)	X (PG)	X (PG)
Nauheim	X (PL)	X	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Raunheim	X (LKG)	X (PG, LKG)	X (PG, LKG)	X (PL, LKG)	X (PG, LKG)
Riedstadt	X (PG)	X (PG)	X (PL)	X (PG)	X (PL)
Rüsselsheim	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)
Stockstadt	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X	X
Trebur	X (PG)		X (PG)	X (PG)	X (PG)
Kreis Groß-Gerau	X (PL)	X (PL)	X	X (PG)	X (PL)
SUMME	15	11	14	15	14

X Projektbeteiligung der
Kommune UND
personelle Vertretung
in der Projektgruppe /
Arbeitsgruppe:

(PL) = Projektleitung
(PG) = Projektgruppe
(AG) = Arbeitsgruppe
(LKG) = Lenkungsgruppe

X Projektbeteiligung der
Kommune OHNE
personelle Vertretung
in der Projektgruppe /
Arbeitsgruppe

keine Projektbeteiligung

IKZ-Projekt: Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung von Gaststättenrecht

IKZ-Prüfprojekt 2019 - 2021 => IKZ vorteilhaft !

Unterbrechungen wg. Corona-Pandemie



- **Bündelung von Fachwissen** (Vermeidung des Aufbaus und der Vorhaltung von Ressourcen in allen Kommunen)
- **Spezialisierung der Mitarbeiter/innen**
- **einheitliche Standards der Aufgabenwahrnehmung**
- **Kosteneinsparungen**
- **Vertretungsmöglichkeiten** bei Krankheit, Urlaub usw.



Empfehlung der Projektgruppe:

Bildung Verwaltungsbehördenbezirk (§ 82 HSOG)

IKZ-Umsetzungsprojekt 2022

IKZ-Projekt: Einführung e-Akte / DMS



Die Einführung der e-Akte ist u.a. Voraussetzung für

- eine **medienbruchfreie Weiterverarbeitung** online beantragter Dienstleistungen,
- die **effiziente Gestaltung verwaltungsinterner Prozesse** (Einrichtung von Workflows),
- **mobiles Arbeiten**.

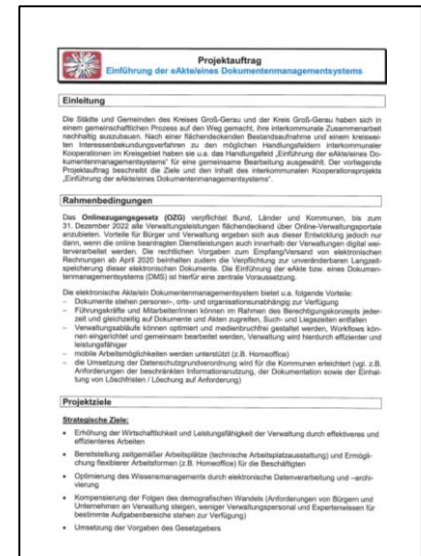


IKZ-Projekt e-Akte/DMS 2020 - 2022

Unterbrechung wg. Corona-Pandemie

Projektziel:

- **Kommunen in den Stand versetzen, die e-Akte / DMS vor Ort einzuführen** - hierzu ...
- **Informationen und Arbeitshilfen** erarbeiten und zur Verfügung stellen, um vor Ort die erforderlichen Schritte initiieren und vollziehen zu können



Ergebnisse (Beispiele):

Klärung der Voraussetzungen für die Einführung der e-Akte / eines DMS
(organisatorisch, finanziell, technisch, personell, verwaltungskulturell)

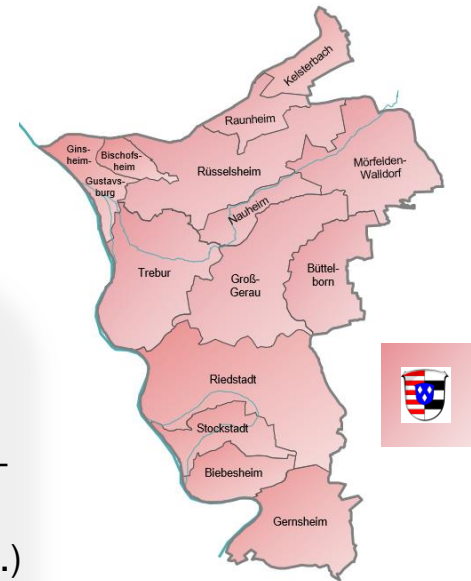
Auswertung von Best-Practice-Beispielen

Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten bei Einführung der e-Akte/eines DMS

Klärung der Möglichkeit der Fördermittelakquise

Erarbeitung von Bausteinen („Blaupausen“) zur Unterstützung der Kommunen bei der e-Akten-/DMS-Einführung, z.B.

- **Ablaufplan** für sinnvolle Vorgehensweise
- **Empfehlung zur verwaltungsinternen Rollenverteilung** (Orga-Projekt, kein IT-Projekt! - Zusammenarbeit mit IT und Fachbereichen, Führungsaufgabe, etc.)
- **Mustermaterialien** für die Anwendung vor Ort, z.B.:
 - Muster-Projektauftrag
 - Empfehlungen für die Ablagestruktur (Aktenplan)
 - Pflichtenheft Softwarebeschaffung
 - Dienstanweisung



Projektabschluss:
3. Quartal
2022

IKZ-Projekt: Modulare Kita-Bauweise



Ausgangslage:

- **hoher Ausbaubedarf an Kita-Plätzen** im Kreis Groß-Gerau
- **hohe Kosten, unzureichende Fördermittel** von Land + Bund
- **individuelle Lösungen** im Kita-Bau = **hoher Aufwand an Ressourcen** (personell, materiell, finanziell, Zeitbedarf)



IKZ-Prüfprojekt 2021/22

- ? Kann Modulbauweise zu **ressourcenschonender, schnellerer Lösung** beitragen ?
- ? Wie kann geeignete Modulbauweise nach geltenden Bestimmungen (Bauamt, Gesundheitsamt, Brandschutz, Kita-Aufsicht etc.) aussehen ? (**Baukastensystem**)

Ergebnis: IKZ kann (nur) unter geeigneten Voraussetzungen vorteilhaft sein

z.B.

baureife
Grundstücke

geeignete Größe
+ Zuschnitt der
Grundstücke

gleichartige Zahl
der benötigten
Kita-Gruppen

einheitliche
Zeitschiene

geklärte
Finanzierung

IKZ-Projekt: Fördermittelmanagement



Ausgangslage:

- **Vielzahl an Fördermittelgebern** mit jeweils eigenen komplexen Anforderungen
- **Vielzahl unterschiedlicher Förderarten** (z.B. Einzelmaßnahmen, Rahmenprogramme, Pauschalen)
- **hohe Anforderungen an Antragsverfahren und Fördermittelabwicklung**



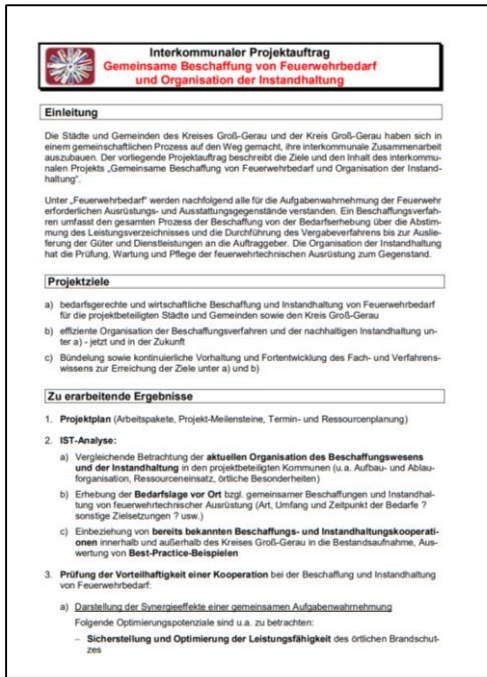
IKZ-Prüfprojekt 2021/22

- **Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen für ein gemeinsames Fördermittelmanagement** – Ziel: optimale Ausschöpfung von Fördermittelquellen für die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau und den Kreis Groß-Gerau
- Erarbeitung **Realisierungsvorschlag** (Organisation, Standort, Finanzierung etc.)

Ergebnis: IKZ ist vorteilhaft

➔ aktuell: Erarbeitung eines Umsetzungsvorschlags

IKZ-Projekt: Feuerwehrbedarf – Beschaffung und Instandhaltung



● IKZ-Projekt ab 11/2021

Projektziel:

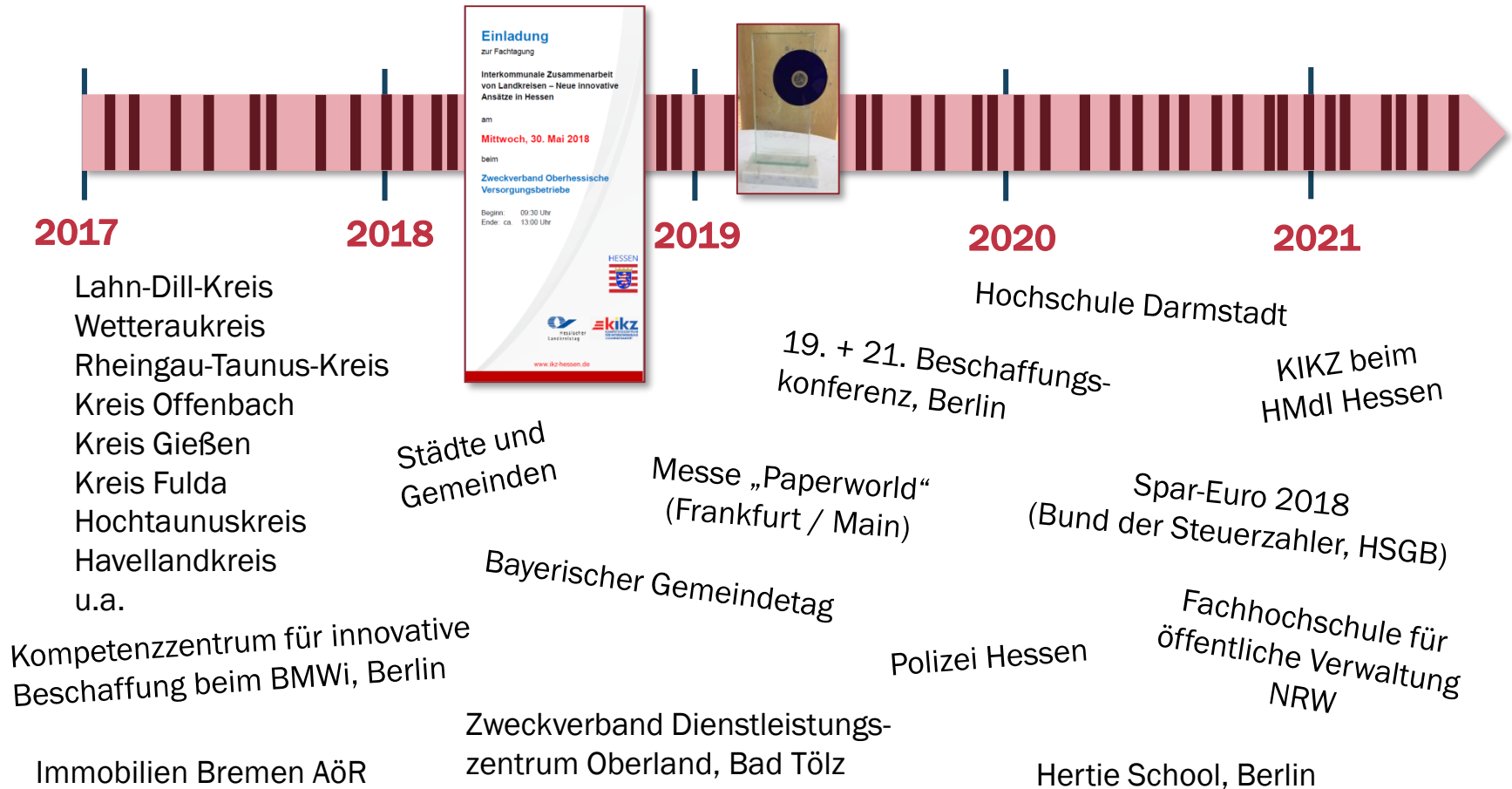
- **bedarfsgerechte und wirtschaftliche Beschaffung und Instandhaltung** von Feuerwehrbedarf
- **effiziente Organisation** der Beschaffungsverfahren und der nachhaltigen Instandhaltung jetzt und in Zukunft
- **Bündelung, kontinuierliche Vorhaltung und Fortentwicklung des Fach- und Verfahrenswissens**



C) Ausblick

Vielfältige Resonanz (landes- und bundesweit)

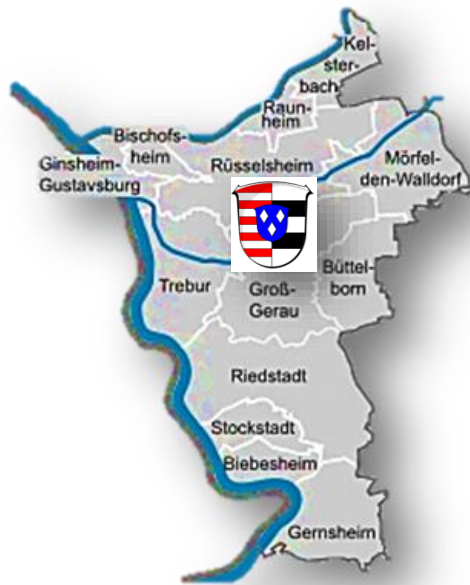
Präsentationen, Podiumsdiskussionen, Gremien-Informationen, Beiträge in Info-Broschüren, Info-Veranstaltungen usw.



C) Ausblick



**zusätzliche Synergien durch kreisübergreifenden Transfer
seit 2022**



Weitere Projekte folgen 2022 ff. !

**VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!**

**Für Rückfragen steht Ihnen
gerne zur Verfügung:**

Marion Götz

**IKZ-Lenkungsgruppe im
Kreis Groß-Gerau**

www.ikz.imkreisgg.de

c/o Stadt Raunheim

m.goetz@raunheim.de

Tel. 06142 / 402-216

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 14.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich III
Fachdienst	FD III.1

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	18.01.2022	vorberatend
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	31.01.2022	vorberatend
Verkehrsausschuss	31.01.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:

- 1. Sachstandsbericht Verkehrsanalyse nach Öffnung des Anschlusses West**
- 2. Prüfung eines Anschlusses West „Light plus“ an die Bundesstraße 43**
- 3. Vorgezogene Einrichtung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Mainzer und Frankfurter Straße**

Beschlussvorschlag:

1. Der Sachstandsbericht zur Verkehrsanalyse nach Öffnung des Anschlusses West wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die verkehrlichen Auswirkungen, die Realisierbarkeit sowie die Kosten eines Anschlusses West „Light plus“ an die Bundesstraße 43 zu prüfen.
3. Die vorgezogene Einrichtung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Mainzer und Frankfurter Straße wird beschlossen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

0. Allgemeines

In den zurückliegenden Jahren wurde mit sehr viel Engagement die Planung und Inbetriebnahme der Anschlüsse „Ost“ und „West“ betrieben, die wesentliche Bestandteile des städt. Projekts zur Umlenkung vermeidbarer Innenstadtverkehre darstellen. Mit diesem Projekt wurden direkte Anbindungen an die überregionale Bundesstraße 43 erstellt, die im Zusammenwirken mit einer an der Peripherie Raunheims gelegenen Verkehrsachse (Flörsheimer Straße - Schnelser Weg - Ludwig-Buxbaum-Allee – Aschaffener Straße – Geschwister-Scholl-Straße) die Innenstadt maßgeblich von vermeidbaren Verkehren entlasten.

Mit Inbetriebnahme der Anschlüsse war erwartbar, dass sich prognostizierte Entlastungswirkungen nicht zeitlich unmittelbar, sondern vielmehr in einem mehrjährigen Entwicklungsprozess ergeben werden. Zudem wurde mit dem beschlossenen Verkehrs- und Mobilitätskonzept der Auftrag verbunden, durch verkehrlenkende Maßnahmen die Nutzungsquoten der neuen Anschlüsse weiter zu erhöhen.

Zur Sicherstellung eines hinreichenden Erkenntnisstandes über die Entwicklung der Nutzung der neu geschaffenen Anschlüsse ist vorgesehen, die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat über entsprechende Verkehrszählungen zu unterrichten.

1. Sachstandsbericht zur Verkehrsanalyse nach Öffnung des Anschlusses West

Um den Einfluss des Anschlusses West und der peripheren Verkehrsachse auf den Innenstadverkehr feststellen zu können, wurden im September 2021 Verkehrsstromzählungen im Stadtgebiet durchgeführt und mit den Daten vorangegangener Zählungen verglichen. So wurden zur Erfassung des aktuellen Verkehrsgeschehens am 28.09.2021 an den maßgeblichen Verkehrsknotenpunkten

- Mainzer Straße/Flörsheimer Straße/Schnelser Weg
- Anschluss West
- Anschluss Ost

Verkehrszählungen im Zeitraum von 06:00 – 10:00 Uhr sowie von 15:00 – 19:00 Uhr mittels Videotechnik durchgeführt und anschließend ausgewertet.

Feststellungen zum allgemeinen Verkehrsaufkommen

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Quell- und Zielverkehr an den o.g. Zählstellen zwischen 2012 (also vor Inbetriebnahme der Anschlüsse Ost und West) und 2019 (nach Inbetriebnahme der beiden Anschlüsse) um knapp 12 %, das entspricht ca. 2.250 KFZ/8 h, zugenommen hat. Dabei sind im Osten keine nennenswerten Veränderungen zu verzeichnen. Im Westen hat hingegen die Verkehrsbelastung auf der Mainzer Straße zwischen Rüsselsheim und Raunheim um über 5 %, das entspricht ca. 500 KFZ/8 h, zugenommen.

Die o.a. Verkehrszunahme ist vermutlich auf Strukturveränderungen zurückzuführen. So hat z.B. die Bevölkerung Raunheims zwischen 2012 und 2018 um über 8 %, von rund 15.700 Einwohnern auf ca. 17.000, zugenommen.

Querschnitt	Zählung 2012 (KFZ/8h)	Zählung 2019 (KFZ/8h)	Zählung 2021 (KFZ/8h)
Mainzer Straße West	8.955	9.457 (+5,6 %)	9.499 (+0,4 %)
Kelsterbacher Str. Ost	10.274	10.240 (-0,3 %)	9.520 (-7,0 %)
Anschluss West	-	1.776	2.077 (+17 %)
Summe	19.229	21.473 (+11,7 %)	21.096 (-1,8 %)

Tabelle 1: Entwicklung des Quell- und Zielverkehrs (KFZ/8 h) und Aufteilung auf Erschließungsstraßen

Entlastungswirkungen nach Realisierung der Anschlüsse Ost und West

Im Innenstadtbereich im Zuge der Mainzer Straße sowie der Bahnhof- und Ludwigstraße hat die Verkehrsbelastung zwischen 2012 und 2019 deutlich abgenommen. Insbesondere in der westlichen Frankfurter Straße und in der Ludwigstraße ist der KFZ-Verkehr in den Erhebungszeiträumen um über 20 % zurückgegangen.

In der nördlichen Bahnhofstraße ist ein Rückgang der Verkehrsbelastung um rund 15 % zu verzeichnen, während in der Mainzer Straße westlich der Ludwigstraße knapp 9 % weniger Fahrzeuge gezählt wurden. Vor dem Hintergrund einer deutlichen Zunahme des Quell- und Zielverkehrs seit 2012 ist damit festzustellen, dass durch die Herstellung der Anschlüsse nicht nur relevante Mehrverkehre verhindert, sondern das Verkehrsaufkommen insgesamt deutlich reduziert werden konnte. Dies wirkt sich auf die Wohnquartiere dahingehend aus, dass sich durch die Minderung der Belastungen durch Lärm, Abgase und Gefährdungssituationen die Wohnqualität verbessern ließ.

Im nördlichen Schnelser Weg und in der Mainzer Straße, östlich der Einmündung in den Schnelser Weg, hat hingegen die Verkehrsbelastung zwischen 2012 und 2019 deutlich zugenommen. Hier scheinen sich die o.g. Strukturveränderungen und Wirkungen aus Änderungen im Straßennetz zu überlagern. So ist beispielsweise nach der Zählung im Jahr 2012 eine direkte Erschließung der Einkaufsmärkte in der Mainzer Straße über den Dietrich-Bonhoeffer-Kreisel entstanden. Dadurch verlagern sich Verkehrsströme aus/nach Rüsselsheim von der Flörsheimer Straße auf die Mainzer Straße. Diese Entwicklung war ausdrücklich gewollt, weil damit Verkehre, die bislang maßgeblich über die Ringstraße und Moselstraße stattfanden, aus diesem Wohnquartiersbereich an den unbewohnten Stadtrand verlagert werden konnten.

Querschnitt	2012 (KFZ/8 h)	2019 (KFZ/8 h)	Veränderung in %
Mainzer Straße westl. Einmündung Ludwigstraße	4.133	3.769	- 8,8 %
Frankfurter Straße West	4.470	3.537	-20,9 %
Ludwigstraße Nord	984	754	-23,4 %
Bahnhofstraße Nord	893	761	-14,8 %
Schnelser Weg Nord	3.778	5.313	+40,6 %
Flörsheimer Straße Süd	4.081	2.963	-27,4 %

Mainzer Straße östl. Schnelser Weg bis Dietrich-Bonhoeffer- Kreisel	3.602	5.393	+49,7 %
--	-------	-------	---------

Tabelle 2: Entwicklung der Verkehrsbelastung im weiteren innerstädtischen Bereich (KFZ/8 h)

Durch die Verlagerung von insbesondere kurzen KFZ-Fahrten auf Verkehrsmittel des Umweltverbunds (Fuß- und Radverkehr, ÖPNV) in Kombination mit Verlagerungen des Quell- und Zielverkehrs auf die für die jeweilige KFZ-Fahrt kürzeste Verbindung zur B 43, bestehen weitere Potentiale zur Entlastung des alten Stadtkerns. Eine Verbesserung der Radinfrastruktur, des ÖPNV-Angebots und Maßnahmen zur Erhöhung des Widerstands für den KFZ-Verkehr auf sensiblen Streckenabschnitten im Bereich des alten Ortskerns können zu weiteren Entlastungen führen.

Eine weitere wesentliche Entlastung auf der Achse Kelsterbacher Straße, Frankfurter Straße, Mainzer Straße würde entstehen, wenn dem Kfz-Verkehr eine attraktivere Alternative zur Verfügung stünde. Dies gilt insbesondere für Verkehre, die aus Richtung Kelsterbach auf die westlich gelegenen Wohnquartiere (Ringstraßensiedlung) gerichtet sind.

Hierzu wird auf eine Planungsidee verwiesen, die vor und 15 Jahren entstanden ist, der sog. Anschluss West „Light plus“.

2. Anschluss West „Light plus“

Während der Anschluss Ost einen sog. Vollanschluss darstellt, der alle Verkehrsbeziehungen und Fahrtrichtungen bedient, handelt es sich beim Anschluss West um einen Teilanschluss. Über diesen können lediglich die aus Rüsselsheim über die B 43 kommenden Verkehre sowie die in Richtung Kelsterbach auffahrenden Verkehre abgewickelt werden. Eine Ausfahrt aus Fahrtrichtung Kelsterbach kommend sowie eine Auffahrt nach Rüsselsheim führend, existiert nicht.

Ein Vollanschluss, wie er noch in den 90er Jahren planerisch beabsichtigt war, ist unter den, sich in den letzten 20 Jahren konsequent weiter entwickelten Genehmigungsvoraussetzungen nicht mehr realisierbar. Ein so weitreichender baulicher Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainau“ (Mainvorland), das auch eine relevante Hochwasserretentionsfunktion übernimmt, ist mit den bestehenden naturschutzrechtlichen Vorgaben nicht zu vereinbaren. Frühere Bestrebungen der Stadt Raunheim zur Genehmigung eines Vollanschlusses wurden folglich durch den Straßenbaulastträger, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie die Naturschutzbehörden abgelehnt.

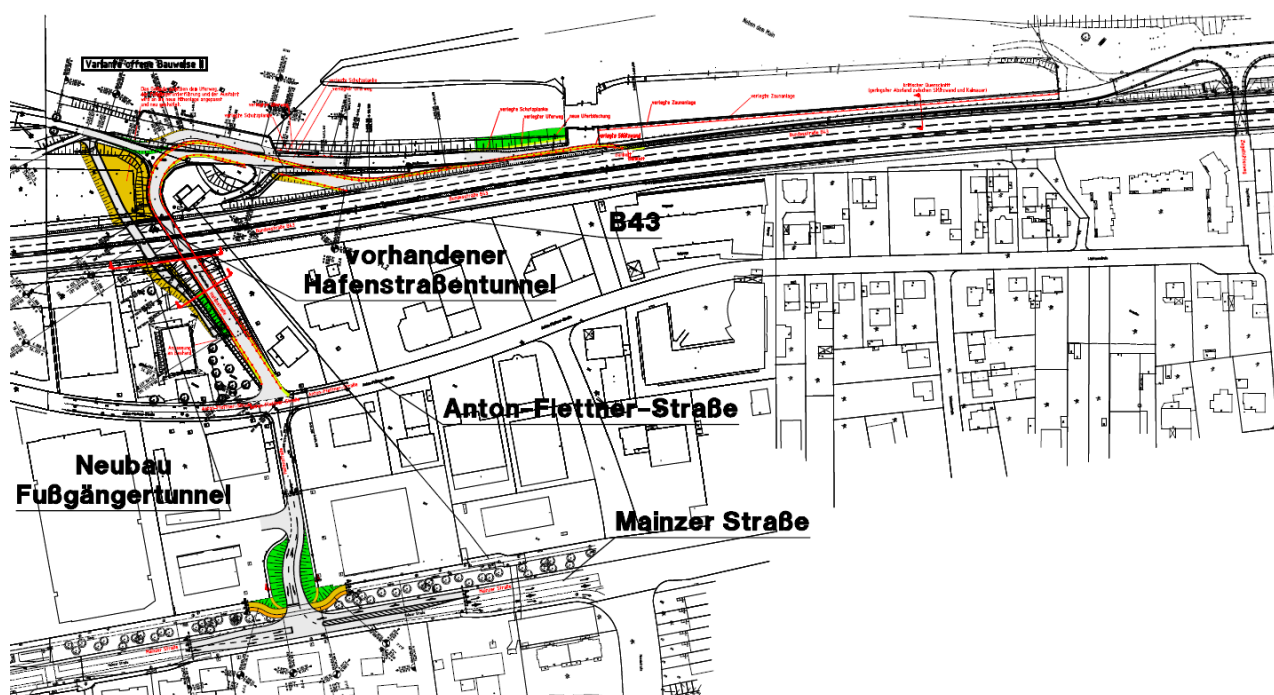
Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten sowie gleichzeitig dem Erfordernis, in noch wirksamerer Weise Verkehre aus belasteten Wohnquartieren auf die Mainuferstraße zu verlagern, wurde vor rund 15 Jahren die Überlegung entwickelt, für die gewünschte Ableitung der Verkehre ein bestehendes, bereits asphaltiertes Wegesystem zwischen der Unterführung in der Hafenstraße und dem Hafengelände des Yachtclubs Untermain e.V. als Abfahrt von der B 43, aus Kelsterbach kommend, zu nutzen. Diese Abfahrt würde durch die Unterführung in der Hafenstraße und über die Anton-Flettner-Straßen führen und bis zur Mainzer Straße durchgebunden. Diese mit dem Arbeitstitel Anschlussstelle West „Light plus“ bezeichnete Anbindung hätte

den Vorteil, dass auf den Bau eines neuen Unterführungsbauwerks unter der B 43 verzichtet werden könnte, da die Unterführung Hafenstraße für diese Zwecke genutzt würde. Mittels einer einfachen Rampenanlage, die von der B 43 auf die bestehende, asphaltierte Wegeführung zwischen der Unterführung Hafenstraße und dem Hafengelände führen würde, könnte eine Abfahrt für die Fahrtrichtung Kelsterbach – Rüsselsheim geschaffen werden. Somit verfügten Autofahrer über die Möglichkeit, am bestehenden Anschluss West in Fahrtrichtung Kelsterbach auf die B 43 aufzufahren und am Anschluss West „Light plus“ in umgekehrter Fahrtrichtung wieder abfahren zu können.

Durch den bestehenden Anschluss West besteht derzeit lediglich eine Auffahrtsmöglichkeit in Fahrtrichtung Kelsterbach. Verkehre in Gegenrichtung benutzen daher die Anschlussstelle Ost und fahren durch die Innenstadt, um z.B. ein Ziel in der Ringstraße anzusteuern. Mit Realisierung eines Anschlusses West „Light plus“ besteht folglich die Möglichkeit, vermeidbare Innenstadtverkehre in nennenswertem Umfang weiter zu reduzieren.

Da mit der ausschließlichen Nutzung dieses Bauwerks für den Fahrverkehr die fußläufige Verbindung in das Mainvorland unterbrochen würde, müsste daher ein neues, einfaches Querungsbauwerk für den Fußgänger- und Radverkehr erstellt werden. Dieses würde nicht zuletzt für die Aufrechterhaltung des Sportbetriebs im Kanuclub Wanderfahrer e.V. erforderlich werden, um die Ruderboote auch weiterhin zur vereinseigenen Steganlage im Mainvorland tragen zu können.

Für die Anschlusslösung West „Light Plus“ wurden bereits Vorentwürfe erstellt, auf denen weitere Planungen aufgebaut werden können. Die Planungsidee stellt sich wie folgt dar:



Die aktuelle finanzielle Lage erschwert den zeitlich unmittelbaren Einstieg in Ausführungsplannungen oder gar eine Realisierung. Die Verwaltung sollte jedoch zur Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen damit beauftragt werden, mit den zuständigen Stellen in einen Dialog zur Erkundung der Möglichkeit einer Genehmigungsfähigkeit einzutreten. Teil dieses Prüfauftrages sollte zudem sein, die erwartbaren Kosten einer solchen Variante für einen verbesserten Anschluss zu ermitteln.

3. Vorgezogene Einrichtung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Mainzer und Frankfurter Straße

Die städt. Gremien beschlossen im Jahr 2019 ein Verkehrs- und Mobilitätskonzept, das u.a. bauliche Maßnahmen in der Mainzer, Frankfurter und Kelsterbacher Straße zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt vorsieht.

In diesem Zusammenhang nahm die Stadtverordnetenversammlung den Prüfantrag 2021-44 der FDP-Fraktion vom 05.07.2021 zur vorgezogenen Umsetzung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in o.g. Straßenzügen an.

Die unter 2. vorgestellte Verkehrsanalyse weist die Wirksamkeit der Anschlüsse Ost und West für eine Verkehrsberuhigung der Innenstadt nach. Gleichzeitig empfiehlt sie weitere Maßnahmen, um die bereits erzielte Verkehrsentslastung weiter zu steigern. So wird u.a. auch eine Erhöhung des Widerstands für den KFZ-Verkehr in der Kernstadt empfohlen, der Gegenstand des Antrags 2021-44 vom 05.07.2021 ist und durch die Verwaltung geprüft wurde.

Die Verkehrsplaner Heinz + Feier GmbH aus Wiesbaden erstellten ein Konzept zur vorgezogenen Umsetzung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Mainzer und Frankfurter Straße.

Der anliegende Entwurf identifiziert und verortet Maßnahmen, die zu einer Unterbrechung des gewohnten, nahezu ungehinderten Verkehrsflusses in der Mainzer und Frankfurter Straße führen. Neben einfachen Farbmarkierungen, die Stellplätze auf der Fahrbahn ausweisen, werden Kunststoffrecycling-Elemente eingesetzt, um bauliche Hindernisse im Verkehrsraum zu schaffen. Diese Elemente sind genormt und verfügen über eine BAST-Zulassung (Bundesanstalt für Straßenwesen).

An der westlichen und östlichen Einfahrt in die Kernstadt werden jeweils bepflanzte Mittelinseln vorgesehen, die den geradlinigen Straßenverlauf der Mainzer und Kelsterbacher Straße unterbrechen. Neben einer veränderten Linienführung, die zu reduzierten Fahrgeschwindigkeiten führt, bieten die beiden bepflanzten Mittelinseln zudem einen positiven stadtgestalterischen Aspekt.

Die Verwaltung empfiehlt eine Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen, die nach einer Erprobungsphase jederzeit nachjustiert werden können.

Finanzielle Auswirkungen:

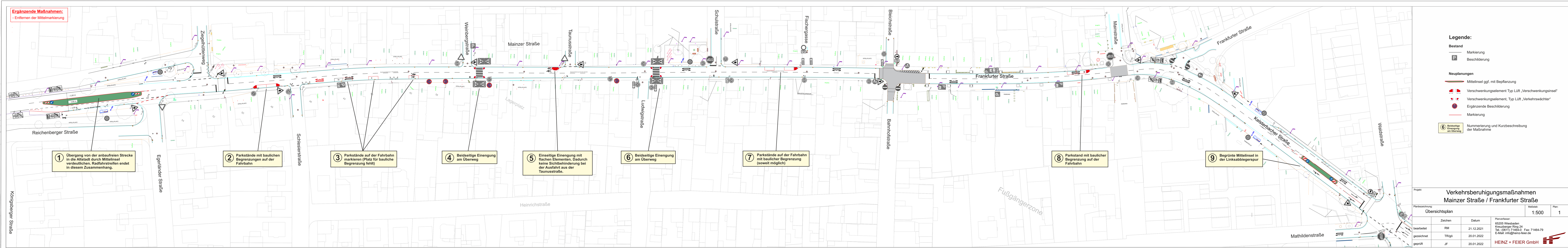
**Drucksache
2022-166**



Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
Fachbereich III

Brune
Fachdienst Infrastruktur



Ergänzende Maßnahmen:
- Entfernen der Mittelmarkierung

1 Übergang von der anbaufreien Strecke in die Altstadt durch Mittelinsel verdeutlichen. Radfahrstreifen endet in diesem Zusammenhang.

2 Parkstände mit baulichen Begrenzungen auf der Fahrbahn

3 Parkstände auf der Fahrbahn markieren (Platz für bauliche Begrenzung fehlt)

4 Beidseitige Einengung am Überweg

5 Einseitige Einengung mit flachen Elementen. Dadurch keine Sichtbehinderung bei der Ausfahrt aus der Taunusstraße.

6 Beidseitige Einengung am Überweg

7 Parkstände auf der Fahrbahn mit baulicher Begrenzung (soweit möglich)

8 Parkstand mit baulicher Begrenzung auf der Fahrbahn

9 Begrünte Mittelinsel in der Linksabbiegerspur

- Legende:**
- Bestand**
 - Markierung
 - Beschilderung
 - Neuplanungen**
 - Mittelinsel ggf. mit Bepflanzung
 - Verschwenkungselement Typ Lüft „Verschwenkungsinsel“
 - Verschwenkungselement, Typ Lüft „Verkehrswächter“
 - Ergänzende Beschilderung
 - Markierung
 - Beidseitige Einengung am Überweg
 - Numerierung und Kurzbeschreibung der Maßnahme

Projekt:		Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Mainzer Straße / Frankfurter Straße	
Planbezeichnung:		Übersichtsplan	Maßstab: 1:500
Plan:		1	
Zeichen	Datum	Planverfasser:	
bearbeitet	RM	65205 Wiesbaden	
gezeichnet	TR/gö	Kreuzberger Ring 24	
geprüft	JF	Tel.: (0611) 71464-0 Fax: 71464-79	
		E-Mail: info@heinz-feier.de	
		HEINZ + FEIER GmbH	

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 14.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich III
Fachdienst	FD III.1

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	18.01.2022	vorberatend
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	31.01.2022	vorberatend
Verkehrsausschuss	31.01.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:

Volksbegehren „Verkehrswende in Hessen“

Beschlussvorschlag:

Das Bemühen des ADFC Hessen, des VCD Hessen und des Fachverbands Fußverkehr e.V. zur Einführung eines Verkehrswendegesetzes wird begrüßt.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Die Stadt Raunheim hat in den letzten Jahrzehnten konsequent daran gearbeitet, die auf die Wohnquartiere in der Stadtmitte einwirkenden Belastungen durch Verkehrslärm, Abgase und Unfallgefahren zu minimieren.

Mit dem beschlossenen Verkehrs- und Mobilitätskonzept hat sich die Stadt für die Zukunft das Ziel gesetzt, alternative Verkehrsformen zu fördern und Radfahrern sowie Fußgängern mehr Raum zu geben.

Zur Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen wird die Stadt auf Fördermittel angewiesen sein, die seitens des Landes, des Bundes und ggf. auch der EU bereitzustellen sind.

In diesem Kontext erscheinen Initiativen wie die des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) Hessen, dem Alternativen Autoclub (VCD) Hessen sowie dem Fachverband Fußverkehr e.V. hilfreich, die gemeinsam mit den Radentscheidern Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel und Offenbach ein Verkehrswendegesetz für Hessen erarbeitet haben.

Das vorgelegte Verkehrswendegesetz soll die Verkehrsarten des Umweltverbunds – zu Fuß gehen, Radfahren, Nutzung von Bussen und Bahnen – so attraktiv machen, dass hierüber mindestens 65 Prozent des Personenverkehrs in Hessen abgewickelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Erhöhung des bisherigen Prozentsatzes um rund 20 Prozentpunkte erforderlich.

Nach Ansicht des o.a. Bündnisses ist ein Volksbegehren die beste Möglichkeit, die für eine Verkehrswende notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Ein wichtiges Ziel des Gesetzes ist die Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere auf Schulwegen. Hierzu soll es an allen Schulen für die Klassen 1 – 7 Schulwegpläne geben. Ferner soll der Fußverkehr durch breitere Gehwege und ein Hauptfußwegenetz eine deutliche Aufwertung erfahren. Ein hessenweites Radnetz soll die Verbindung zwischen Städten und Gemeinden für Radfahrer deutlich verbessern. Innerhalb der Ortschaften sollen bessere, breitere und durchgängigere Radwege die Verkehrswende in Hessen beschleunigen.

Um attraktive Alternativen zum Autoverkehr, insbesondere in ländlichen Räumen, zu bieten, soll der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) leistungsfähiger werden, mehr Orte bedienen und die Verbindungen so häufig anbieten, dass sich ein sog. „Hessentakt“ ergibt. So soll zwischen 05:00 Uhr früh und 23:00 Uhr abends von jedem hess. Ort aus das nächste Mittel- oder Oberzentrum einmal in der Stunde erreichbar sein.

Das angestrebte Verkehrswendegesetz kann im Volltext unter <https://verkehrswende-hessen.de/verkehrswendegesetz-volltext/> im Internet eingesehen werden.

Drucksache 2022-167



Da erwartet werden darf, dass derlei Initiativen im Ergebnis zu einer deutlichen Ausweitung von Fördertöpfen zur Umsetzung verkehrsberuhigender Maßnahmen führen können, empfiehlt die Verwaltung den städt. Gremien, die Aktion der genannten Verbände zu begrüßen und damit zu unterstützen.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Wählen Sie ein Element aus.	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
Fachbereich III

Brune
Fachdienst Infrastruktur

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 07.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Netzwerk Untermain
Fachdienst	NWU

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	11.01.2022	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:

Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Netzwerk Untermain GmbH

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2020 gemäß der Anlage festzustellen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2020 der Netzwerk Untermain GmbH wird wie folgt festgestellt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Bilanz zum 01.01.2020 | 21.023.793,12 € |
| 2. Bilanz zum 31.12.2020 | 20.996.694,06 € |
| 3. Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2020 | |
| In den Erträgen | 1.859.872,61 € |
| In den Aufwendungen | 2.168.311,80 € |
| Jahresfehlbetrag | -308.439,19 € |
| 4. Der Jahresfehlbetrag 2020 in Höhe von 308.438,19 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. | |
| 5. Der Geschäftsleitung wird gemäß dem Bericht der Wirtschaftsprüfer Entlastung erteilt. | |

Drucksache 2022-157



Sachdarstellung:

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 fand mit Unterbrechung in der Zeit von November bis Dezember 2021 statt.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Weitere Einzelheiten können dem als Anlage beigefügten Prüfbericht und der Stellungnahme der Betriebsleitung entnommen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Wählen Sie ein Element aus.	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung:		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.			

Anlage(n):

(1) NWU_1081367_JA_20_TIT_1261

SCHÜLLERMANN

SWS Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

**Netzwerk Untermain GmbH
Raunheim**

.....

**Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2020 und des
Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2020**

.....

Inhaltsverzeichnis

A. Prüfungsauftrag	1
B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes	3
C. Grundsätzliche Feststellungen	11
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	11
1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft	11
2. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	13
D. Prüfungsdurchführung	14
I. Gegenstand der Prüfung	14
II. Art und Umfang der Prüfung	16
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	17
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	17
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	17
2. Jahresabschluss	18
3. Lagebericht	19
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	19
1. Bewertungsgrundlagen	19
2. Zusammenfassende Beurteilung	20
F. Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem	21
G. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	21
H. Feststellungen zur Entflechtung in der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG	22
I. Schlussbemerkungen	23

Anlagenverzeichnis

Gesetzliche Pflichtanlagen

- Anlage 1: Bilanz zum 31. Dezember 2020
- Anlage 2: Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020
- Anlage 3: Anhang für das Geschäftsjahr 2020
- Anlage 4: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020
- Anlage 5: Tätigkeitsabschlüsse zum 31. Dezember 2020 gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Freiwillige Anlagen

- Anlage 6: Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses
 - a) Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)
 - b) Vermögenslage (Bilanz)
 - c) Finanzlage
- Anlage 7: Rechtliche Verhältnisse
- Anlage 8: Steuerliche Verhältnisse
- Anlage 9: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1261/21
NWU/Wis
1081367

Hinweis: Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungs-
differenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten,
Prozentangaben usw.) auftreten.

A. Prüfungsauftrag

Die Geschäftsführung der

**Netzwerk Untermain GmbH,
Raunheim**

– im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt – hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 der Gesellschaft nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung zugrunde, mit dem wir zum Abschlussprüfer gewählt wurden (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB).

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB. Die Prüfungspflicht ergibt sich aus § 19 des Gesellschaftsvertrages sowie aus § 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.

Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasst die Prüfung des Jahresabschlusses auch die Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung gemäß § 6b Abs. 3 EnWG. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt H.

Die Prüfungsarbeiten haben wir mit Unterbrechungen in der Zeit von November bis Dezember 2021 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Raunheim und in unseren Geschäftsräumen in Dreieich durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichtes.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 9. November 2020 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2019. Er wurde mit Gesellschafterbeschluss unverändert festgestellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) festgestellten "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" (IDW PS 450) den nachfolgenden Bericht, dem wir den geprüften Jahresabschluss (**Anlagen 1 bis 3**) und den Lagebericht (**Anlage 4**) sowie die Tätigkeitsabschlüsse zum 31. Dezember 2020 gemäß § 6b Abs. 3 EnWG (**Anlage 5**) beifügen.

Die freiwilligen (nicht gesetzlichen) Anlagen ergeben sich aus dem Anlagenverzeichnis ab **Anlage 6 ff.**

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde.

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an die Gesellschaft.

B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir in einem gesonderten Testats-exemplar folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der nachfolgend wiedergegeben wird:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Netzwerk Untermain GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Netzwerk Untermain GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Netzwerk Untermain GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.
- sind die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, eingehalten.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes" unseres Bestätigungsvermerkes weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhaltes

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr und in den Vorjahren Verluste erzielt. Sollte diese Entwicklung anhalten, könnte sich hieraus ein bestandsgefährdendes Risiko ergeben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten "Verpachtung Gasnetz" und "Verpachtung Stromnetz" nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie die Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

Nach unserer Beurteilung

- wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten und
- aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards "Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz" (IDW PS 610 n. F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG" weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards "Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis" (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung des Tätigkeitsabschlusses entspricht der im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Dreieich, 10. Dezember 2021

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Dipl.-Volksw. Rainer Reuhl
Wirtschaftsprüfer

gez.
Dipl.-Kfm. Sascha Gönninger
Wirtschaftsprüfer

C. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage 4) die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt und diese im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), insbesondere im Anhang, zum Bilanzstichtag dargestellt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Annahme des Fortbestandes und die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens ein.

Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben.

Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

- Die Netzwerk Untermain GmbH verfolgt seit ihrer Gründung am 25. Februar 2011 gemäß Gesellschaftsvertrag den Zweck, die dauerhafte Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden, bürgernahen, preiswerten und umweltverträglichen Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge, insbesondere der Energie, zu gewährleisten.
- Die Netzwerk Untermain GmbH hat am 10. Mai 2011 das Gasnetz im Bereich der Stadt Raunheim erworben. Zum 1. Januar 2012 erfolgte der Erwerb des Stromnetzes und zum 1. Januar 2013 der des Straßenbeleuchtungsnetzes. Seit 2014 wurde mit dem Bau eines Glasfasernetzes im Stadtgebiet und eines Nahwärmenetzes im Gewerbegebiet Airport Garden begonnen.
- Von der Stadt Raunheim erhielt die Netzwerk Untermain GmbH die Konzessionen für das Strom- und Gasnetz. Diese wurden in Form von Dienstleistungskonzessionen an die Netzpächter weitergegeben. In den Sparten Strom- und Gasnetz nimmt die Netzwerk Untermain GmbH somit hauptsächlich vermögensverwaltende Tätigkeiten wahr. Für die Straßenbeleuchtung gilt das gleiche Prinzip in leicht abgewandelter Form, da für die Kosten der Straßenbeleuchtung die Stadt Raunheim aufkommen muss.

- Zum Bilanzstichtag lag die Bilanzsumme bei TEUR 20.997. Das Sachanlagevermögen ist vor allem durch die Erstanschaffungen des Gasversorgungsnetzes (2011) und des Stromversorgungsnetzes (2012), den Kauf der Straßenbeleuchtung (2013) sowie den Bau des Glasfaser- und eines Nahwärmenetzes in Raunheim gekennzeichnet und beläuft sich auf insgesamt TEUR 20.452.
- Die Eigenkapitalquote beträgt 37,8 %.
- Im Geschäftsjahr 2020 erwirtschaftete die Netzwerk Untermain GmbH insgesamt einen Jahresfehlbetrag von TEUR 308.
- Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.834 bestehen im Wesentlichen aus der Pacht für das Gas- und Stromnetz sowie für das Nahwärme- und das Glasfasernetz. Darüber hinaus wurden Umsatzerlöse aus dem Betrieb und der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung sowie dem Aufbau und Betrieb einer Smart City-App erzielt.
- Der Betrieb von Strom- und Gasnetz ist in 2021 neu ausgeschrieben worden. Es wird damit gerechnet, dass sich das Ergebnis dieser Sparten zukünftig verbessert.
- Die Geschäftsführung rechnet gegenüber dem Berichtsjahr für 2021 mit einem geringeren Jahresfehlbetrag. Ab dem Geschäftsjahr 2023 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.
- Durch die Übernahme des Betriebes des Bürgernetzes durch die Netzwerk Untermain GmbH anstelle eines dritten Betreibers sind die Vermarktungschancen deutlich gestiegen und das Netz ist für weitere Anbieter deutlich interessanter geworden. Eine kostendeckende Vermarktung ist für 2023 geplant.
- Der nunmehr realisierte Ausbau Raunheims mit einem modernen Breitbandnetz und die Errichtung eines Nahwärmenetzes auf dem Gewerbegebiet Airport Garden sind zwei Wachstumsfelder für die GmbH. Die neuen Geschäftsfelder sind im Vergleich zu den bisherigen Tätigkeiten erfolgsabhängig. Somit tritt die Netzwerk Untermain GmbH hier in den Marktwettbewerb ein und trägt das unternehmerische Risiko.

Die vorstehend angeführten Hervorhebungen werden auftragsgemäß in Anlage 6 durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Nach unseren Feststellungen vermittelt diese Beurteilung der Geschäftsführung insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage, des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft. Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Tatsachen bekannt geworden, die diese Aussage in Frage stellen.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

2. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr und in den Vorjahren Verluste erzielt. Sollte diese Entwicklung anhalten, könnte sich hieraus ein bestandsgefährdendes Risiko ergeben hat im Lagebericht ausgeführt, dass die Gesellschaft auf Zuschüsse der Stadt angewiesen ist.

D. Prüfungsdurchführung

I. Gegenstand der Prüfung

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Dies entspricht den Vorgaben der kommunalrechtlichen Bestimmungen.

Im Rahmen des uns erteilten Auftrages haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 (Anlagen 1 bis 3) und den Lagebericht 2020 (Anlage 4) auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geprüft.

Den Lagebericht haben wir daraufhin überprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichtes beachtet worden sind (§ 317 Abs. 2 HGB).

Durch die Geschäftsführung wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 HGrG) erweitert (vgl. Anlage 9).

Durch § 7 des Gesellschaftsvertrages wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung erweitert.

Bei der Organisation der Buchführung und der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter zutreffend davon ausgegangen, dass die Regelungen des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) zur Anwendung kommen. Die Gesellschaft gehört zu den im Elektrizitäts- und Gasbereich tätigen Unternehmen. Gemäß § 6b Abs. 3 Satz 2 EnWG ist unter der Tätigkeit i. S. d. § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG auch jede sonstige wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechtes an Elektrizitäts- oder Gasversorgungsnetzen (z. B. Verpachtung) zu verstehen.

In Abhängigkeit von dem Gegenstand, der verpachtet wird, ist die Verpachtung der jeweiligen Tätigkeit nach § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 6 EnWG zuzuordnen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gemäß § 6b Abs. 5 EnWG umfasst gemäß § 6b Abs. 1 EnWG auch die Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung gemäß § 6b Abs. 3 EnWG.

Gegenstand der Prüfung ist auch die Richtigkeit der Angaben im Anhang über bestimmte Geschäfte gemäß § 6 Abs. 2 EnWG. Bei unserer Prüfung haben wir den Prüfungsstandard "Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz" (IDW PS 610) beachtet.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere, ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

II. Art und Umfang der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung erstreckt sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Grundlage unseres risiko- und prozessorientierten Prüfungsvorgehens ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Diese basiert auf der Beurteilung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeldes des Unternehmens, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, die wir anhand kritischer Erfolgsfaktoren beurteilen. Die Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und dessen Wirksamkeit ergänzen wir durch Prozessanalysen, die wir mit dem Ziel durchführen, deren Einfluss auf relevante Jahresabschlussposten zu ermitteln und so die Fehlerrisiken sowie unser Prüfungsrisiko einschätzen zu können.

Die Erkenntnisse aus der Prüfung der Prozesse und des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) und der Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise, des Ansatzes, des Ausweises und der Bewertung im Jahresabschluss berücksichtigt. Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet und daher unser Prüfungsurteil überwiegend auf der Basis von Stichproben getroffen.

Unser Prüfungsprogramm hat folgende Schwerpunkte umfasst:

- Umsatzerlöse
- Sachanlagevermögen
- Rückstellungen

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten (IDW PS 460).

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung stellen wir fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entsprechen.

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, geordnete und zeitgerechte Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die IT-gestützte Rechnungslegung gewährleistet die hinreichende Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten und damit eine Verarbeitung entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung gemäß § 238 HGB.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) der Gesellschaft erfolgt auf einer externen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms der Firma DATEV eG, Nürnberg, das durch die Sozietät Schwebel, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Rüsselsheim, zur Verfügung gestellt wird. Eingesetzt werden die Module ReWe und Kost sowie das von der o. g. Kanzlei geführte Modul Anlag. Die Softwarebescheinigung wurde von der Firma SCHITAG Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Programm DATEV erstellt.

Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt.

Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen der Gesellschaft angemessen.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften. Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Als zusammenfassendes Ergebnis unserer Prüfung, die sich auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Bestandteile des Abschlusses und deren Ableitung aus der Buchführung,
- die Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben,
- die Beachtung der Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften,
- die Beachtung aller für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen

erstreckt hat, haben wir den in Abschnitt B. wiedergegebenen Bestätigungsvermerk erteilt.

2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Dies entspricht den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages sowie den kommunalrechtlichen Bestimmungen.

Die Bilanz ist unter Beachtung der Vorschriften des § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2020 sind – ausgehend von den Zahlen der Vorjahresbilanz – ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind beachtet.

Die im Anhang gemachten Angaben sind vollständig und ordnungsgemäß. Die Erläuterungen und Begründungen entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.

3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Unsere Prüfung nach § 317 Abs. 2 HGB hat zu dem Ergebnis geführt, dass er mit dem Jahresabschluss und den im Verlauf unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt. Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt (IDW PS 350, DRS 20).

Die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sind vollständig und zutreffend.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach unseren Feststellungen vermittelt der Jahresabschluss – d. h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt –, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft (§ 264 Abs. 2 HGB).

Die Gesellschaft hat im Anhang die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angegeben. Bei unseren nachfolgenden Ausführungen gehen wir daher insbesondere auf die Sachverhalte ein, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie in ihrer Gesamtwirkung im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen und Sachverhalten von wesentlicher Bedeutung sind (IDW PS 250 n. F.).

1. Bewertungsgrundlagen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren einschließlich etwaiger Auswirkungen von Änderungen an diesen Methoden machen wir folgende Angaben:

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgen unter Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) und sind an den handelsrechtlichen Bestimmungen ausgerichtet. Sie werden unverändert zum Vorjahr angewendet.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

2. Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir zu der in unserem Bestätigungsvermerk getroffenen Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

F. Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem

Als Abschlussprüfer haben wir im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG auch darüber zu berichten, ob die Geschäftsführung ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet hat und ob dieses geeignet ist, seine Aufgaben zu erfüllen.

Nach IDW PS 720 ist die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems rechtsformunabhängig als Bestandteil einer nach § 53 HGrG durchzuführenden Geschäftsführungsprüfung anzusehen.

Ein Risikofrüherkennungssystem i. S. d. § 91 Abs. 2 AktG hat sicherzustellen, dass diejenigen Risiken, die den Fortbestand der Einrichtung gefährden können, früh erkannt werden. Es muss deshalb geeignet sein, den Eintritt und die Erhöhung derartiger Risiken rechtzeitig anzuzeigen und den Entscheidungsträgern mitzuteilen. Es muss ferner sicherstellen, dass eine Gesamtbeurteilung solcher Risiken, die im Zusammenwirken bestandsgefährdend werden können, erfolgt.

Ein geschlossenes Risikofrüherkennungssystem besteht nicht. Wir verweisen auf unsere Ausführung in der Anlage 9.

G. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 9 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

H. Feststellungen zur Entflechtung in der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die Prüfung des Jahresabschlusses umfasste gemäß § 6b Abs. 5 EnWG auch die buchhalterische Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung gemäß § 6 Abs. 3 EnWG. Dabei wurde neben dem Vorhandensein getrennter Konten auch geprüft, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Die Gesellschaft erstellt Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeitsbereiche "Verpachtung Gasnetz" und "Verpachtung Stromnetz".

Die Gesellschaft wendet hierbei – soweit keine direkte Zuordnung von Aktiva und Passiva sowie Erträgen und Aufwendungen zu den jeweiligen Tätigkeitsbereichen möglich ist – für die Zuordnung eine sachgerechte Schlüsselung an.

Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen bestehen nicht.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass die Vorschriften zur internen Rechnungslegung gemäß § 6b Abs. 3 EnWG nicht beachtet wurden.

I. Schlussbemerkungen

Eine Verwendung des unter Abschnitt B. wiedergegebenen Bestätigungsvermerkes außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 der Netzwerk Untermain GmbH erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf (IDW PS 450 n. F.).

Der Prüfungsbericht wird gemäß § 321 Abs. 5 HGB unter Berücksichtigung von § 32 WPO wie folgt unterzeichnet:

Dreieich, 10. Dezember 2021

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Volksw. Rainer Reuhl
Wirtschaftsprüfer

Dipl.-Kfm. Sascha Gönzheimer
Wirtschaftsprüfer

**Netzwerk Untermain GmbH,
Bilanz zum 31. Dezember 2020**

AKTIVA

	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2,00	2,00
		2,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	179.887,85	180.503,85
2. Technische Anlagen und Maschinen	19.596.434,62	19.831.354,39
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.224,00	19.519,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	672.093,73	597.298,11
	20.451.640,20	20.628.675,35
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	46.425,00	46.425,00
	46.425,00	46.425,00
	20.498.067,20	20.675.102,35
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	161.230,34	19.544,65
2. Forderungen gegen Gesellschafter	30,05	103.748,93
3. Sonstige Vermögensgegenstände	133.817,86	189.218,83
	295.078,25	312.512,41
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	200.008,60	32.456,65
	495.086,85	344.969,06
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.540,01	3.721,71
	<u>20.996.694,06</u>	<u>21.023.793,12</u>

PASSIVA

	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	8.016.300,55	8.016.300,55
III. Gewinn-/Verlustvortrag	212.766,60	653.873,04
IV. Jahresüberschuss-/fehlbetrag	-308.438,19	-441.106,44
	7.945.628,96	8.254.067,15
B. Sonderposten	417.400,10	423.669,41
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	6.705,87	6.850,00
	6.705,87	6.850,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.456.951,00	1.291.300,81
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	660.797,77	560.882,58
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.256.000,00	8.619.903,96
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.241.462,31	1.851.557,19
5. Sonstige Verbindlichkeiten	11.748,05	15.562,02
	12.626.959,13	12.339.206,56
	<u>20.996.694,06</u>	<u>21.023.793,12</u>

**Netzwerk Untermain GmbH,
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2020**

	2020 EUR	2019 EUR
1. Umsatzerlöse	1.834.029,57	1.665.659,42
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>25.843,04</u>	<u>21.760,87</u>
	1.859.872,61	1.687.420,29
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-263.036,89	-252.812,84
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-307.383,29</u>	<u>-308.928,72</u>
	-570.420,18	-561.741,56
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-140.803,08	-129.933,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-34.571,02</u>	<u>-29.376,74</u>
	-175.374,10	-159.309,85
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-982.976,41</u>	<u>-969.181,18</u>
	-982.976,41	-969.181,18
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-138.275,03</u>	<u>-132.638,13</u>
	-7.173,11	-135.450,43
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	581,00	7,52
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-301.650,31</u>	<u>-305.338,76</u>
	-301.069,31	-305.331,24
9. Ergebnis nach Steuern	-308.242,42	-440.781,67
10. Sonstige Steuern	<u>-195,77</u>	<u>-324,77</u>
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>-308.438,19</u>	<u>-441.106,44</u>

Netzwerk Untermain GmbH

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Anhang für das Geschäftsjahr 2020

Inhaltsverzeichnis des Anhangs

	<u>Blatt</u>
I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	2
II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	2
III. Angaben über die Zuordnungsregeln einschließlich Abschreibungsmethoden gemäß § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG	3
IV. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	3
V. Ergänzende Angaben	5

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Raunheim und ist beim Amtsgericht Darmstadt unter der Nummer HRB 89871 seit 28. März 2011 eingetragen.

Die Gesellschaft wurde am 25. Februar 2011 gegründet und ist nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß § 122 Abs. 4 HGO nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften vorgenommen.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft erfolgte auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG).

Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewandten Gliederungs- und Bewertungsgrundsätzen aufgestellt (§§ 265, 266 ff. HGB), soweit nicht neue Erkenntnisse eine abweichende Bewertungserfordernis bzw. sich durch den Ansatz der neuen HGB-Vorschriften nach BilRUG ergaben.

Der Ansatz und die Bewertung der Aktiva und Passiva erfolgen nach den für alle Kaufleute geltenden Grundsätzen der §§ 238 bis 256 HGB sowie den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften gemäß den §§ 264 bis 288 HGB.

Die Gegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten (Rechnungspreise zuzüglich Nebenkosten, abzüglich Skonti), vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen linear.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die flüssigen Mittel werden zu Nominalwerten angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

III. Angaben über die Zuordnungsregeln einschließlich Abschreibungsmethoden gemäß § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG

Die Gegenstände des Anlagevermögens werden linear abgeschrieben.

Soweit eine direkte Zuordnung von Aktiva und Passiva sowie Erträgen und Aufwendungen auf die jeweiligen Tätigkeitsbereiche möglich ist, erfolgt diese entsprechend.

Soweit die direkte Zuordnung von Konten nicht möglich ist oder mit unvertretbarem Aufwand verbunden wäre, erfolgt eine Zuordnung durch Schlüsselung in Form einer prozentualen Verteilung gemäß dem Arbeitsaufwand des Betriebszweiges.

Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen bestehen nicht.

IV. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Positionen des Anlagevermögens nach der erweiterten Bruttomethode ergibt sich aus dem Anlagennachweis, der als Bestandteil dieses Anhangs als Anlage beigefügt ist.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt EUR 25.000,00.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden gebildet für interne und externe Jahresabschlusskosten (TEUR 7).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
	31.12.2020	bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.457	106	381	970
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	661	661	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.256	344	1.376	6.536
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.241	115	460	1.666
5. Sonstige Verbindlichkeiten	12	12	0	0
Summe	12.627	1.238	2.217	9.172

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen die Pachteinnahmen aus dem Gasverteilungsnetz (TEUR 340), dem Stromversorgungsnetz (TEUR 499) und dem Breitbandnetz (TEUR 233). Darüber hinaus wurden Umsatzerlöse aus dem Betrieb des Nahwärmenetzes (TEUR 194) und der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung (TEUR 460) sowie für den Aufbau und Betrieb einer Smart City-App im Stadtgebiet von Raunheim (TEUR 90) erzielt.

Personalaufwand

	2020
	TEUR
Löhne und Gehälter	141
Soziale Abgaben	34
Personalaufwand gesamt	175

Bei der Gesellschaft waren im Geschäftsjahr durchschnittlich sieben Mitarbeiter beschäftigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Netzwerk Untermain GmbH hat in 2014 zwei Darlehen in Höhe von insgesamt TEUR 12.300 bei den Stadtwerken Raunheim aufgenommen. Davon wurden bis zum 31. Dezember 2020 insgesamt TEUR 8.600 in Anspruch genommen. Unter Berücksichtigung von Tilgungsleistungen beträgt die Restschuld zum 31.12.2020 TEUR 8.256.

V. Ergänzende Angaben

Abschlussprüferhonorar

Das Honorar des Abschlussprüfers setzt sich wie folgt zusammen:

	EUR
a) Abschlussprüfungsleistungen	3.300,00
b) Andere Bestätigungsleistungen	0,00
c) Steuerberatungsleistungen	1.800,00
d) Sonstige Leistungen	0,00

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 285 Nr. 33 HGB eingetreten.

Organe

Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr hat eine Sitzung stattgefunden.

Geschäftsführer

Als Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Karsten Jost bestellt.

Die Vergütung für die Geschäftsführung beträgt im aktuellen Geschäftsjahr EUR 32.102,28.

Wesentliche Beteiligung

Die Gesellschaft ist an der Untermain Erneuerbare Energien GmbH, Raunheim, mit EUR 46.425,00 (50 % des gezeichneten Kapitals) beteiligt. Die Untermain Erneuerbare Energien GmbH erzielte im Berichtsjahr 2020 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 1. Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2020 ein Eigenkapital in Höhe von TEUR 5 aus.

Die Netzwerk Untermain GmbH weist zum 31. Dezember 2020 ein Eigenkapital in Höhe von TEUR 7.946 aus.

Verwendungsvorschlag zum Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 308.438,19 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Raunheim, 10. Dezember 2021



Karsten Jost
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2020

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen					Restbuchwerte		
	31.12.2019	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2020	31.12.2019	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2020	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.150,28	0,00	0,00	0,00	1.150,28	1.148,28	0,00	0,00	0,00	1.148,28	2,00	2,00
	<u>1.150,28</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.150,28</u>	<u>1.148,28</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.148,28</u>	<u>2,00</u>	<u>2,00</u>
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	186.546,16	0,00	0,00	0,00	186.546,16	6.042,31	616,00	0,00	0,00	6.658,31	179.887,85	180.503,85
2. Technische Anlagen und Maschinen	25.222.089,94	743.567,09	0,00	0,00	25.965.657,03	5.390.735,55	978.486,86	0,00	0,00	6.369.222,41	19.596.434,62	19.831.354,39
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.827,91	2.636,55	0,00	36.153,61	31.310,85	45.308,91	3.873,55	0,00	21.095,61	28.086,85	3.224,00	19.519,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	597.298,11	74.795,62	0,00	0,00	672.093,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	672.093,73	597.298,11
	<u>26.070.762,12</u>	<u>820.999,26</u>	<u>0,00</u>	<u>36.153,61</u>	<u>26.855.607,77</u>	<u>5.442.086,77</u>	<u>982.976,41</u>	<u>0,00</u>	<u>21.095,61</u>	<u>6.403.967,57</u>	<u>20.451.640,20</u>	<u>20.628.675,35</u>
III. Finanzanlagen												
1. Beteiligungen	71.019,95	0,00	0,00	0,00	71.019,95	24.594,95	0,00	0,00	0,00	24.594,95	46.425,00	46.425,00
	<u>71.019,95</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>71.019,95</u>	<u>24.594,95</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>24.594,95</u>	<u>46.425,00</u>	<u>46.425,00</u>
	<u>26.142.932,35</u>	<u>820.999,26</u>	<u>0,00</u>	<u>36.153,61</u>	<u>26.927.778,00</u>	<u>5.467.830,00</u>	<u>982.976,41</u>	<u>0,00</u>	<u>21.095,61</u>	<u>6.429.710,80</u>	<u>20.498.067,20</u>	<u>20.675.102,35</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Gliederung

- A. Allgemeines**
- B. Überblick über den Geschäftsverlauf**
- C. Darstellung der Lage der Gesellschaft**
- D. Chancen- und Risikobericht**
- E. Prognosebericht**

A. Allgemeines

Die Netzwerk Untermain GmbH verfolgt seit ihrer Gründung am 25.02.2011 gemäß Gesellschaftsvertrag den Zweck, die dauerhafte Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden, bürgernahen, preiswerten und umweltverträglichen Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge, insbesondere Energie, zu gewährleisten.

Als erster Schritt zur Erreichung dieser Ziele wurden die Kommunalisierung des Strom- und Gasleitungsnetzes sowie die Verpachtung dieser Netze an einen Netzbetreiber (Tochtergesellschaften der Stadtwerke Mainz AG) durchgeführt.

Im Jahr 2013 erfolgte der Kauf der Straßenbeleuchtung für das Stadtgebiet Raunheim und die Beauftragung des Überlandwerkes Groß-Gerau mit deren Betrieb.

Im Jahr 2014 wurden mit dem Beginn des Baus eines Glasfasernetzes im Stadtgebiet Raunheim und der Errichtung eines Nahwärmenetzes im Gewerbegebiet Airport Garden zwei weitere Betriebszweige geschaffen.

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der GmbH gelten § 6 und § 7 des Gesellschaftsvertrages und die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung und des Eigenbetriebsrechts sinngemäß.

Der Wirtschaftsplan setzt sich zusammen aus

- dem Erfolgsplan, bestehend aus den Einzelplänen für jeden Betriebszweig und dem konsolidierten Gesamtplan,
- dem Vermögensplan, bestehend aus den Einzelplänen für jeden Betriebszweig und dem konsolidierten Gesamtplan und
- dem Stellenplan.

Der Erfolgsplan und der Vermögensplan werden ergänzt durch einen fünfjährigen Finanzplan, der die Entwicklung der Ausgaben und Deckungsmittel des Gesamtvermögensplans der GmbH dokumentiert.

Die Branchenentwicklung im Bereich der Energieversorgungsunternehmen ist für die Netzwerk Untermain GmbH derzeit uninteressant, da die Pachteinnahmen über den Netzbetreiber unabhängig davon sind, welche Unternehmen im Raunheimer Stadtgebiet die Lieferung mit Strom vornehmen.

Sollte ein Strom- oder Gasversorger ausfallen, so wird er, da die Nachfrage nicht wegfällt, durch einen anderen ersetzt.

B. Überblick über den Geschäftsverlauf

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Netzwerk Untermain GmbH hat am 10.05.2011 das Gasnetz im Bereich der Stadt Raunheim erworben. Zum 01.01.2012 erfolgte der Erwerb des Stromnetzes und zum 01.01.2013 der des Straßenbeleuchtungsnetzes. Seit 2014 wurde mit dem Bau eines Glasfasernetzes im Stadtgebiet und mit dem Bau eines Nahwärmenetzes im Gewerbegebiet Airport Garden begonnen.

Von der Stadt Raunheim erhielt die Netzwerk Untermain GmbH die Konzessionen für das Strom- und Gasnetz. Diese wurden in Form von Dienstleistungskonzessionen an die Netzpächter weitergegeben.

In den Sparten Strom- und Gasnetz nimmt die Netzwerk Untermain somit hauptsächlich vermögensverwaltende Tätigkeiten wahr.

Für die Straßenbeleuchtung gilt das gleiche Prinzip in leicht abgewandelter Form, da für die Kosten der Straßenbeleuchtung die Stadt Raunheim aufkommen muss.

Die Einnahmen aus der Pacht für das Glasfasernetz und der Betrieb des Nahwärmenetzes Airport Garden sind an die Auslastung dieser Netze gebunden und daher als einzige Bereiche der Netzwerk Untermain GmbH mit einem wirtschaftlichen Risiko verbunden.

Die Netzwerk Untermain GmbH hält eine Beteiligung an der Untermain Erneuerbare Energien GmbH. Im November 2019 wurden zur besseren Entwicklung dieser Tochtergesellschaft die Anteile der Stadtwerke Rüsselsheim, die von einer ihrer Tochterunternehmen gehalten wurden, gekauft. Somit besitzt die Netzwerk Untermain GmbH aktuell 50% der Untermain Erneuerbare Energien GmbH.

II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Tätigkeiten der Netzwerk Untermain GmbH erfolgen im Rahmen der durch die Novellierung der Netzentgeltverordnung (NEV) erfolgten Liberalisierung des Strom- und Gasnetzbereichs. Die Netzpachten sind auf Grundlage dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen gesichert und richten sich nach den §§ 6 und 7 der Netzentgeltverordnung.

Die Straßenbeleuchtung ist eine öffentliche Aufgabe der Stadt Raunheim. Diese muss die Kosten hierfür vollständig tragen.

III. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr 2020 war im Wesentlichen geprägt vom Aufbau eines eigenen Produktbereichs im Bereich des Breitbandnetzes, der Übernahme des Betriebes des Netzes durch eigene Dienstleister und durch Verhandlungen mit weiteren potentiellen Anbietern. Der Betrieb funktioniert im Wesentlichen störungsfrei auf hohem Niveau und die eigenen Produkte können mit guter Qualität angeboten werden, so dass hier im Jahr 2022 in eine größere Vermarktung eingestiegen werden kann. Weiterhin konnten mehrere zusätzliche Betreiber als Mitnutzer für das Glasfasernetz gewonnen werden, sodass die Geschäftsführung davon ausgeht, dass das Bürgernetz bis 2023 kostendeckend betrieben werden kann.

Das Nahwärmenetz im Airport Garden ist aufgrund der erfreulichen Besiedlungsentwicklung und dem Abschluss entsprechender Lieferverträge bereits jetzt kostendeckend.

Im Bereich des Forschungsprojektes zur Hydrothermalen Carbonisierung wurde von Februar 2018 bis Januar 2019 erfolgreich das BImSchG Genehmigungsverfahren durchgeführt. Seit Juli 2019 wird gebaut. Die HTC-Maschine wurde grundüberholt und verbessert und wurde im III. Quartal 2020 am Betriebsstandort aufgestellt. Die Fertigstellung der Halle hat sich durch coronabedingte Lieferschwierigkeiten verzögert und wird Anfang 2022 abgeschlossen. Der Beginn des eigentlichen Forschungsprojektes ist daher für das II. Quartal 2022 vorgesehen.

C. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Darstellung der Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag lag die Bilanzsumme bei 20.997 T€. Es handelt sich um das zehnte Geschäftsjahr der Gesellschaft. Das Sachanlagevermögen ist vor allem durch die Erstan-schaffungen des Gasversorgungsnetzes (2011) und des Stromversorgungsnetzes (2012), den Kauf der Straßenbeleuchtung (2013) sowie den Bau des Glasfaser- und eines Nahwärmenetzes in Raunheim (2017) gekennzeichnet und beläuft sich auf insgesamt 20.452 T€

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Das Eigenkapital zeigt folgende Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand <u>31.12.2019</u> €	<u>Zuführung</u> €	<u>Entnahme</u> €	Stand <u>31.12.2020</u> €
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
Kapitalrücklagen	8.016.300,55	0,00	0,00	8.016.300,55
Gewinn-/ Verlustvortrag	<u>653.873,04</u>	<u>-441.106,44</u>	<u>0,00</u>	<u>212.766,60</u>
	8.695.173,59	-441.106,44	0,00	8.254.067,15
Jahresfehlbetrag	<u>-441.106,44</u>	<u>-308.438,19</u>	<u>441.106,44</u>	<u>-308.438,19</u>
Insgesamt	8.254.067,15	-749.544,63	441.106,44	7.945.628,96

Die Eigenkapitalquote beträgt 37,8 %.

Die Sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erwarteten Erfüllungsbetrages gebildet und beinhalten im Geschäftsjahr interne und externe Jahresabschlusskosten sowie Kosten für ausstehende Rechnungen.

II. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2020 erwirtschaftete die Netzwerk Untermain GmbH insgesamt einen Jahresfehlbetrag von 308.438,19,44 €. Darin enthalten sind jedoch Zinszahlungen in Höhe von 302 T€.

Umsatzerlöse/Sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.834 T€ bestanden aus der Pacht für das Gas- und Stromnetz sowie für das Nahwärme- und das Glasfasernetz. Darüber hinaus wurden Umsatzerlöse aus dem Betrieb und der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung erzielt. Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich im Wesentlichen aus Erträgen aus Auflösungen von Sonderposten zusammen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand für die Geschäftsführung und Buchhaltung belief sich auf 175.374,10 €.

III. Darstellung der Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von TEUR 200. Dies entspricht 0,9 % der Bilanzsumme.

D. Chancen- und Risikobericht

Die Pachtverträge der Netzwerk Untermain GmbH mit den Netzbetreibern haben eine Laufzeit von über zehn Jahren. Die Pachthöhe ist durch die gesetzlichen Bestimmungen der Netzentgeltverordnungen abgesichert.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau führt in der neuen Regulierungsperiode ab 2016 zu einer Absenkung der Eigenkapitalverzinsung und damit zu einem Absinken der Pacht.

Dieser Effekt wird durch die neue Regulierungsperiode ab 2021 weitergeführt. Die Ausschreibung des Betriebs von Gas- und Stromnetz sowie der Straßenbeleuchtung soll hier ab 2023 eine zusätzliche Absicherung des Niveaus bringen. Die Beteiligung des Betreibers an den Sparten Strom- und Gasnetz werden die Kostenstruktur verbessern und den betrieb langfristig sichern.

Der Betrieb eines Nahwärme- und eines Breitbandnetzes bieten der Gesellschaft die Möglichkeit, sich breiter aufzustellen. Der Erfolg dieser beiden Netze ist allerdings von der erreichten Auslastung abhängig.

Durch die Übernahme des Betriebes des Bürgernetzes durch die Netzwerk Untermain GmbH anstelle eines dritten Betreibers sind die Vermarktungschancen deutlich gestiegen und das Netz ist für weitere Anbieter deutlich interessanter geworden. Eine kostendeckende Vermarktung ist für 2023 geplant.

Schon jetzt zeigt dieser Bereich einen deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse. Allerdings können die Abschreibungen noch nicht erwirtschaftet werden. Das liegt ursächlich darin, dass der Hauptnutzer des Netzes (Pyr) seine Businessziele weit verfehlt hat.

E. Prognosebericht

Grundsätzlich kann für das Geschäftsjahr 2021 von einer leichten Ergebnisverbesserung ausgegangen werden. Ein ausgeglichenes Ergebnis ist jedoch nicht zu erwarten.

Die Geschäftsführung rechnet ab dem Jahr 2023 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Der Betrieb von Strom- und Gasnetz ist in 2021 neu ausgeschrieben worden, es wird damit gerechnet, das Ergebnis dieser Sparten zukünftig noch zu verbessern.

Der nunmehr realisierte Ausbau Raunheims mit einem modernen Breitbandnetz und die Errichtung eines Nahwärmenetzes auf dem Gewerbegebiet Airport Garden sind zwei Wachstumsfelder für die GmbH.

Bestandsgefährdende Risiken der zukünftigen Entwicklung bestehen nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht. Allerdings sind die neuen Geschäftsfelder im Vergleich zu den bisherigen Tätigkeiten erfolgsabhängig. Somit tritt die Netzwerk Untermain GmbH hier in den Marktwettbewerb ein und trägt das unternehmerische Risiko.

Auch der Ausbau Raunheims zu einer Smart-City-Modellstadt muss auf einer vernünftigen Basis gegenfinanziert werden. Dies stellt eine noch zu bewältigende Herausforderung für alle Beteiligten dar.

Raunheim, 10. Dezember 2021



Karsten Jost
Geschäftsführer



**Tätigkeitsabschlüsse
gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020**

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
Tätigkeitsabschluss "Verpachtung Gasnetz"
Bilanz zum 31. Dezember 2020

A K T I V A	EUR
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen	0,40
II. Sachanlagen	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.513,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.036.151,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	487,00
4. Anlagen im Bau	0,00
Summe Sachanlagen	3.038.151,00
III. Finanzanlagen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.285,00
Anlagevermögen gesamt	3.047.436,40
B. Umlaufvermögen	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.246,07
2. Forderungen gegenüber verb. Unternehmen	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	27.361,33
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	37.074,99
III. Kapitalausgleichsposten	1.872.883,52
Umlaufvermögen gesamt	1.969.565,91
	5.017.002,31

P A S S I V A	EUR
A. Eigenkapital	
I. Zugeordnetes Eigenkapital	3.641.982,00
II. Kapitalrücklagen	0,00
II. Gewinnvortrag	883.485,14
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	23.833,33
	4.549.300,47
B. Sonderposten	1.214,06
C. Rückstellungen	
1. Steuerrückstellungen	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.394,55
D. Verbindlichkeiten	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	328.448,86
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132.159,55
3. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.484,82
Summe Verbindlichkeiten	465.093,23
	5.017.002,31

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
Tätigkeitsabschluss "Verpachtung Gasnetz"
Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

		EUR
1.	Umsatzerlöse	339.753,46
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.471,94
3.	Materialaufwand	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1,62
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00
4.	Personalaufwand	
a)	Löhne und Gehälter	49.414,95
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.965,99
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	211.479,82
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.780,51
7.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.715,93
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00
10.	Ergebnis nach Steuern	23.866,58
11.	Sonstige Steuern	33,25
12.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	23.833,33

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
Tätigkeitsabschluss "Verpachtung Gasnetz"
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2020

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01.2020	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2020	01.01.2020	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	230,06	0,00	0,00	0,00	230,06	229,66	0,00	0,00	0,00	229,66	0,40	0,40
	<u>230,06</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>230,06</u>	<u>229,66</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>229,66</u>	<u>0,40</u>	<u>0,40</u>
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.864,86	0,00	0,00	0,00	4.864,86	3.171,86	180,00	0,00	0,00	3.351,86	1.693,00	1.513,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.744.556,77	134.562,95	0,00	0,00	4.879.119,72	1.632.879,61	210.089,11	0,00	0,00	1.842.968,72	3.111.677,16	3.036.151,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.298,59	527,31	0,00	7.230,72	5.595,18	8.565,99	359,51	0,00	3.817,32	5.108,18	3.732,60	487,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>4.761.720,22</u>	<u>135.090,26</u>	<u>0,00</u>	<u>7.230,72</u>	<u>4.889.579,76</u>	<u>1.644.617,46</u>	<u>210.628,62</u>	<u>0,00</u>	<u>3.817,32</u>	<u>1.851.428,76</u>	<u>3.117.102,76</u>	<u>3.038.151,00</u>
III. Finanzanlagen												
1. Beteiligungen	14.203,99	0,00			14.203,99	4.918,99				4.918,99	9.285,00	9.285,00
	<u>14.203,99</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>14.203,99</u>	<u>4.918,99</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>4.918,99</u>	<u>9.285,00</u>	<u>9.285,00</u>
	<u>4.776.154,27</u>	<u>135.090,26</u>	<u>0,00</u>	<u>7.230,72</u>	<u>4.904.013,81</u>	<u>1.649.766,11</u>	<u>210.628,62</u>	<u>0,00</u>	<u>3.817,32</u>	<u>1.856.577,41</u>	<u>3.126.388,16</u>	<u>3.047.436,40</u>

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
Tätigkeitsabschluss "Verpachtung Stromnetz"
Bilanz zum 31. Dezember 2020

A K T I V A	EUR
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen	0,40
II. Sachanlagen	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	178.374,85
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.621.218,62
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	487,00
4. Anlagen im Bau	0,00
Summe Sachanlagen	4.800.080,47
III. Finanzanlagen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.285,00
Anlagevermögen gesamt	4.809.365,87
B. Umlaufvermögen	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.246,07
2. Forderungen gegenüber verb. Unternehmen	30,05
3. Sonstige Vermögensgegenstände	58.063,33
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	54.422,54
III. Kapitalausgleichsposten	1.548.875,50
Umlaufvermögen gesamt	1.693.637,49
	6.503.003,36

P A S S I V A	EUR
A. Eigenkapital	
I. Zugeordnetes Eigenkapital	4.384.318,55
II. Kapitalrücklagen	0,00
II. Gewinnvortrag	1.205.718,89
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	68.768,44
	5.658.805,88
B. Sonderposten	1.195,17
C. Rückstellungen	
1. Steuerrückstellungen	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.394,55
D. Verbindlichkeiten	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	703.185,70
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132.159,55
3. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	6.262,51
Summe Verbindlichkeiten	841.607,76
	6.503.003,36

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
Tätigkeitsabschluss "Verpachtung Stromnetz"
Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	EUR
1. Umsatzerlöse	498.726,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.480,66
3. Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10,92
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	49.414,95
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.965,99
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	315.605,70
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.735,55
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.571,09
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00
10. Ergebnis nach Steuern	68.902,46
11. Sonstige Steuern	134,02
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	68.768,44

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020
Tätigkeitsabschluss "Verpachtung Stromnetz"
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2020

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01.2020	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2020	01.01.2020	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	230,06	0,00	0,00	0,00	230,06	229,66	0,00	0,00	0,00	229,66	0,40	0,40
	<u>230,06</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>230,06</u>	<u>229,66</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>229,66</u>	<u>0,40</u>	<u>0,40</u>
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	181.681,30	0,00	0,00	0,00	181.681,30	2.870,45	436,00	0,00	0,00	3.306,45	178.810,85	178.374,85
2. Technische Anlagen und Maschinen	6.928.934,00	297.038,38	0,00	0,00	7.225.972,38	2.289.922,77	314.830,99	0,00	0,00	2.604.753,76	4.639.011,23	4.621.218,62
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.298,59	527,31	0,00	7.230,72	5.595,18	8.565,99	359,51	0,00	3.817,32	5.108,18	3.732,60	487,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>7.122.913,89</u>	<u>297.565,69</u>	<u>0,00</u>	<u>7.230,72</u>	<u>7.413.248,86</u>	<u>2.301.359,21</u>	<u>315.626,50</u>	<u>0,00</u>	<u>3.817,32</u>	<u>2.613.168,39</u>	<u>4.821.554,68</u>	<u>4.800.080,47</u>
III. Finanzanlagen												
1. Beteiligungen	14.203,99	0,00			14.203,99	4.918,99				4.918,99	9.285,00	9.285,00
	<u>14.203,99</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>14.203,99</u>	<u>4.918,99</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>4.918,99</u>	<u>9.285,00</u>	<u>9.285,00</u>
	<u>7.137.347,94</u>	<u>297.565,69</u>	<u>0,00</u>	<u>7.230,72</u>	<u>7.427.682,91</u>	<u>2.306.507,86</u>	<u>315.626,50</u>	<u>0,00</u>	<u>3.817,32</u>	<u>2.618.317,04</u>	<u>4.830.840,08</u>	<u>4.809.365,87</u>

Besondere Angaben und Erläuterungen zu den Tätigkeitsabschlüssen gemäß § 6b EnWG

Die Netzwerk Untermain GmbH führt gemäß § 6b Abs. 3 EnWG im Rahmen ihrer Rechnungslegung getrennte Konten für Ihre Verpachtungstätigkeit in der Elektrizitäts- und Gasverteilung. Grundlage der Tätigkeitsabschlüsse nach § 6b Abs. 3 EnWG ist der nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2020.

Soweit eine direkte Zuordnung von Konten zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich war oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich gewesen wäre, wurde die Zuordnung durch Schlüsselung der Konten nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG vorgenommen.

Überblick über die Zuordnung wesentlicher Bilanzpositionen:

Wesentliche Bilanzpositionen	Zuordnungssystematik	
	Direkt (über Kostenstellen)	Schlüsselung
Sachanlagevermögen	x	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	x	x
Forderungen gegen verb. Unternehmen	x	x
Forderungen gegen Gesellschafter	x	
Sonstige Vermögensgegenstände	x	x
Liquide Mittel	x	x
Eigenkapital	x	x
Sonderposten Baukostenzuschüsse	x	
Rückstellungen	x	x
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	x	
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	x	x
Verbindlichkeiten verb. Unternehmen	x	x
Verbindlichkeiten Gesellschafter	x	
Sonstige Verbindlichkeiten	x	x

Im Hinblick auf die grundsätzlich angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird auf den Anhang zum Jahresabschluss der Netzwerk Untermain GmbH verwiesen. Sie finden auf den Tätigkeitsbereich entsprechend Anwendung.

Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 268 (4) Satz 1 HGB

Alle Forderungen hinsichtlich der Tätigkeit Strom- und Gasverteilung sind innerhalb eines Jahres fällig.

Kapitalausgleichsposten

Bilanzielle Ausgleichsposten oder ähnliche Positionen, die dem Ausgleich der Tätigkeitsbilanzen dienen, werden gemäß dem *Beschluss zur Festlegung von Vorgaben von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbstständigen Netzbetreibern* der Regulierungskammer Hessen bereits ab dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 in den dafür vorgesehenen Posten ausgewiesen.

Dieser sog. Kapitalausgleichsposten wird bei Entstehung eines Passivsaldo im Posten Eigenkapital als eigene Unterposition ausgewiesen. Bei Entstehung eines aktiven Kapitalausgleichspostens findet der Ausweis unter dem Posten Umlaufvermögen als eigene Unterposition statt.

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeit auf:

Tätigkeit *Verpachtung Stromnetz*

Posten in €	Gesamt 31.12.2020	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	703.186	50.029	179.323	473.834
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132.160	132.160	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen/Gesellschaftern	0	0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.263	6.263	0	0
Summe	841.608	188.451	179.323	473.834

Tätigkeit *Verpachtung Gasnetz*

Posten in €	Gesamt 31.12.2020	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	328.449	31.252	104.215	192.982
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132.160	132.160	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen/Gesellschaftern	0	0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	4.485	4.485	0	0
Summe	465.093	167.896	104.215	192.982

Haftungsverhältnisse gemäß § 268 (7) HGB

Die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen werden ausführlich im Anhang der Netzwerk Untermain GmbH beschrieben.

Raunheim, 10. Dezember 2021



Karsten Jost
Geschäftsführer

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten – insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten – relativ begrenzt.

a) Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2020 und 2019 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihre Veränderungen:

	2020	2019	Verände- rung
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	1.834	1.666	168
Sonstige betriebliche Erträge	26	21	5
Gesamtleistung	1.860	1.687	173
Materialaufwand	571	562	9
Personalaufwand	175	159	16
Abschreibungen	983	969	14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	138	133	5
Betriebsergebnis	-7	-136	129
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	302	305	-3
Finanzergebnis	-301	-305	4
Ergebnis nach Steuern	-308	-441	133
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-308	-441	133

Die **Umsatzerlöse** ergeben sich im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pachtverträgen für das Gasnetz (TEUR 340), das Stromnetz (TEUR 499), das Nahwärmenetz (TEUR 194) und das Breitbandnetz (TEUR 233). Des Weiteren werden Erstattungsleistungen durch die Stadt Raunheim für Instandhaltungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung (TEUR 460) ausgewiesen. Vertragliche Regelungen hierzu zwischen der Stadt Raunheim und der Gesellschaft bestehen bisher nicht.

Im Geschäftsjahr 2020 hat die Gesellschaft mit dem Aufbau und Betrieb einer Smart City-App für die Stadt Raunheim begonnen. Die Erstattungsleistungen beliefen sich im Berichtsjahr auf TEUR 90.

Die Zunahme der **Abschreibungen** resultiert vor allem aus den getätigten Investitionen im Jahr 2020.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalten im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten (TEUR 62, Vorjahr TEUR 26), Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Werbekampagnen der neuen Marke "main.speed" (TEUR 20, Vorjahr TEUR 45) und Verwaltungskosten aus der Inanspruchnahme der Stadtwerke Raunheim (TEUR 17, Vorjahr TEUR 18).

Die Ergebnisstruktur stellt sich in **Kennzahlen** wie folgt dar:

	<u>2020</u>	<u>2019</u>
	%	%
Umsatzrentabilität	-0,4	-8,2
$\frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsaufwand lt. G. u. V.} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$		
Materialaufwandsquote	30,7	33,3
$\frac{\text{Materialaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$		
Personalaufwandsquote	9,4	9,4
$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$		

b) Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2020 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2019 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. mittel- und kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung der Bilanzzahlen in TEUR für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2020 und 31. Dezember 2019:

	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktivseite					
Sachanlagen	20.452	97,4	20.629	98,1	-177
Finanzanlagen	46	0,2	46	0,2	0
Summe langfristiges Vermögen	20.498	97,6	20.675	98,3	-177
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	161	0,8	20	0,1	141
Forderungen gegen Gesellschafter	0	0,0	104	0,5	-104
Sonstige Vermögensgegenstände	134	0,6	189	0,9	-55
Flüssige Mittel	200	1,0	32	0,2	168
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,0	4	0,0	0
Summe kurzfristiges Vermögen	499	2,4	349	1,7	150
Summe Aktivseite (Gesamtvermögen)	20.997	100,0	21.024	100,0	-27
Passivseite					
Gezeichnetes Kapital	25	0,1	25	0,1	0
Kapitalrücklage	8.016	38,2	8.016	38,1	0
Gewinn-/Verlustvortrag	213	1,0	654	3,1	-441
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-308	-1,5	-441	-2,1	133
Eigenkapital = langfristiges Kapital	7.946	37,8	8.254	39,2	-308
Sonderposten	417	2,0	424	2,0	-7
Rückstellungen	7	0,0	7	0,0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.457	7,0	1.291	6,1	166
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	661	3,1	561	2,7	100
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.256	39,3	8.620	41,1	-364
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.241	10,7	1.852	8,8	389
Sonstige Verbindlichkeiten	12	0,1	15	0,1	-3
Summe mittel- und kurzfristiges Kapital	13.051	62,2	12.770	60,8	281
Summe Passivseite (Gesamtkapital)	20.997	100,0	21.024	100,0	-27

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um TEUR 27 auf TEUR 20.997 vermindert. Der Rückgang des **Anlagevermögens** gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die planmäßigen Abschreibungen die Investitionen überschritten haben.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen liegt bei rd. 98 % (Vorjahr rd. 98 %).

Die **Sachanlagen** ergeben sich im Wesentlichen aus dem Gas- und Stromversorgungsnetz, den Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Breitband sowie der Nahwärme im Gebiet der Stadt Raunheim.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben sich stichtagsbezogen um TEUR 141 auf TEUR 161 erhöht.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten im Wesentlichen Steuererstattungen.

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft ist insgesamt um TEUR 308 zurückgegangen. Der Rückgang resultiert aus dem im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag (TEUR 308).

Das **gezeichnete Kapital** in Höhe von TEUR 25 entspricht dem Gesellschaftsvertrag vom 25. Februar 2011.

Der **Sonderposten** beinhaltet einen Baukostenzuschuss für den Erwerb von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie einen Erschließungskostenanteil im Bereich Nahwärme der Stadt Raunheim. Dieser wird über die Nutzungsdauer der Anlagen ertragswirksam aufgelöst.

Für interne und externe Jahresabschlusskosten wurden entsprechende **Rückstellungen** gebildet.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** betreffen Darlehen gegenüber der Kreissparkasse Groß-Gerau.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** sind stichtagsbedingt um TEUR 100 auf TEUR 661 gestiegen.

Die mittel- und langfristigen **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen zwei bei den Stadtwerken Raunheim aufgenommene Darlehen zur Finanzierung des Ausbaus des Breitband- und Nahwärmenetzes. Insgesamt wurden bei den Stadtwerken Raunheim Darlehen in Höhe von TEUR 12.300 aufgenommen; davon wurden bis zum Berichtsjahr 2020 insgesamt TEUR 8.600 in Anspruch genommen. Die Restschuld per 31. Dezember 2020 beträgt unter Berücksichtigung von Tilgungsleistungen TEUR 8.256.

Die mittel- und kurzfristigen **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren aus der Gewährung von Darlehen für den Erwerb von Straßenbeleuchtungsanlagen im Gebiet der Stadt Raunheim.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich in **Kennzahlen** wie folgt dar:

	<u>31.12.2020</u>	<u>31.12.2019</u>
	%	%
Sachanlagenintensität	97,4	98,1
<u>Sachanlagen x 100</u> Gesamtkapital		
Eigenkapitalquote	37,8	39,2
<u>Eigenkapital x 100</u> Gesamtkapital		
Eigenkapitalrentabilität	-3,9	-5,3
<u>Ergebnis nach Ertragsteuern x 100</u> Eigenkapital		

c) Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von TEUR 200. Dies entspricht 1,0 % der Bilanzsumme.

Zu weiteren Erläuterungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3) und im Lagebericht (Anlage 4).

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Rechtliche Verhältnisse

Firma	Netzwerk Untermain GmbH
Gründung	Gründung am 25. Februar 2011 (UR-Nr. 123/2011 des Notars Dr. Thomas Knüpfer)
Sitz	65479 Raunheim
Handelsregister	Amtsgericht Darmstadt: HRB 89871
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 25. Februar 2011
Gegenstand des Unternehmens	Zweck der Gesellschaft ist die dauerhafte Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden, bürgernahen, preiswerten und umweltverträglichen Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge, insbesondere mit Energie.
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Gezeichnetes Kapital	EUR 25.000,00
Organe	Geschäftsführung Gesellschafterversammlung
Geschäftsführer	Herr Karsten Jost, Kirtorf Der Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer oder einem Prokuristen zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB allgemein befreit.

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Steuerliche Verhältnisse

Zuständiges Finanzamt	Darmstadt
Steuernummer	007 240 03864
Steuererklärungen	Die Steuererklärungen für das Veranlagungsjahr 2019 sind abgegeben.

Netzwerk Untermain GmbH
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Grundlage unserer Arbeiten ist der Prüfungsstandard IDW PS 720 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG). Dieser Prüfungsstandard ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzministerium, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen erarbeitet worden.

Die dort aufgeführten Fragen sind lückenlos zu beantworten. Soweit eine einzelne Frage für die geprüfte Einrichtung nicht einschlägig ist, ist dies zu begründen. Soweit sich die Beantwortung der Frage bereits aus der Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung ergibt, haben wir Verweisungen vorgenommen.

Der oben bezeichnete Fragenkatalog gliedert sich wie folgt:

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation
Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums
Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit
Vermögens- und Finanzlage
Ertragslage

Beantwortung des Fragenkatalogs:

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation
--

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und ihrer Tätigkeit ist eine Geschäftsordnung derzeit nicht erforderlich. Die Gesellschafterversammlung kann, unbeschadet ihres Rechts zur Erteilung von Weisungen, eine Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung erlassen, welche die Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten mehrerer Geschäftsführer gegeneinander abgrenzt.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Es hat eine Sitzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr stattgefunden.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Auskunftsgemäß übt die Geschäftsleitung keine entsprechende Aufsichtstätigkeit aus.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Angabe der Vergütung an die Geschäftsführung im Anhang wird gem. § 6 Abs. 3 des Geschäftsführerdienstvertrages angegeben. Die Vergütungen haben keine erfolgsbezogenen Komponenten bzw. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums
--

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die Gesellschaft führt im Berichtsjahr nur die Tätigkeit der Verpachtung des Gas- und Stromnetzes, des Breitbandnetzes, der Nahwärme sowie die Bewirtschaftung der Straßenbeleuchtung aus. Daher ist ein Organisationsplan, der Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten für die Mitarbeiter regelt, zurzeit nicht erforderlich.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Vgl. Antwort zu Frage 2a).

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Nein

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Die Auftragsvergaben richten sich nach der VOB und VOL. Soweit diese gesetzlichen Regelungen nicht anzuwenden sind, werden vor den jeweiligen Auftragsvergaben (Investitionen und laufende Unterhaltungsmaßnahmen) Angebote von mehreren Unternehmen eingeholt.

Über die Vergaben entscheidet gemäß Gesellschaftsvertrag der Geschäftsführer auf Weisung des Gesellschafters. Er darf über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehende Geschäfte erst nach Einwilligung der Gesellschafter tätigen. Geschäfte, denen die Gesellschafter bereits im Rahmen von Finanz- und Investitionsplänen zugestimmt haben, bedürfen keiner erneuten Zustimmung.

Uns lagen keine Anhaltspunkte vor, die darauf hinweisen, dass Anweisungen nicht eingehalten wurden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen besteht.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Die Gesellschaft erstellt nach § 6 des Gesellschaftsvertrages den vorgeschriebenen Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht sowie den Finanzplan, der in Anlehnung an die vorgeschriebenen Formblattvorschriften des EigBGes erstellt wird. Der Wirtschaftsplan und der Finanzplan haben uns vorgelegen. Sie entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Abweichungen von den Planwerten werden systematisch analysiert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den Anforderungen des Unternehmens.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Ja, die Überwachung erfolgt durch einen regelmäßigen Finanzstatus und eine laufende Überwachung des Kontokorrentkontos.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Entfällt

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Pachtentgelte werden vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt. Hieraus ergeben sich keine großen Außenstände, da diese zeitnah bei der Gesellschaft eingehen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Gesellschaft bedient sich des Controlling-Konzeptes des Eigenbetriebes Stadtwerke Raunheim. Es besteht ein systematisches Controlling mit Hilfe eines mit dem Rechnungswesen verknüpften Auswertungstools des Softwareanbieters DATEV. Die Koordination der Planungs-, Steuerungs- und Kontrollaufgaben wird durch dieses Controllinginstrument wahrgenommen und entspricht den Anforderungen des Unternehmens.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Ja

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein geschlossenes Risikofrüherkennungssystem besteht nicht.

Die Gesellschaft bedient sich des Controlling-Konzeptes des Eigenbetriebes Stadtwerke Raunheim.

Das eingeführte Controlling-Konzept ist von dem Softwareanbieter DATEV als integriertes System mit der Finanzbuchhaltung und der Kostenrechnung verknüpft und ermöglicht die zeitnahe Auswertung der erforderlichen Daten.

Damit ist es der Geschäftsführung möglich, durch geeignete Unternehmensentscheidungen Risiken gegenzusteuern.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Nach unserer Einschätzung sind die Überwachungs- und Steuerungsinstrumente bei konsequenter Anwendung und nachhaltigem Einsatz geeignet, die vorgesehenen Zwecke der strategischen Unternehmenssteuerung zu erfüllen.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Vgl. Antwort zu Frage 4a).

d) Werden Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Vgl. Antwort zu Frage 4a).

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Dieser Fragenkreis trifft auf die Gesellschaft nicht zu, da keine entsprechenden Geschäfte getätigt werden und auch in Zukunft nicht geplant sind, daher entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?

Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?

Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?

Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf

Erfassung der Geschäfte

Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse

Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung

Kontrolle der Geschäfte?

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eigenständiger Funktions- oder Aufgabenbereich besteht nicht.

b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

d) Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Es haben sich keine Anhaltspunkte für entsprechende Sachverhalte ergeben.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Solche Geschäftsvorfälle lagen im Berichtsjahr nicht vor.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Die Gesellschaft erstellt einen Wirtschaftsplan, der als Pflichtbestandteil einen Vermögensplan enthält. Dieser weist zusammen mit dem fünfjährigen Finanzplan die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen aus, die von der Gesellschafterversammlung festgelegt wurden.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Umsetzung der geplanten Investitionsmaßnahmen wird laufend überwacht und mögliche Abweichungen von Planwerten werden untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Die einzelnen Investitionsprojekte wurden planmäßig durchgeführt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegeln

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegeln (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Prüfungsdurchführung haben wir keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegeln festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegeln unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Für Aufträge, die nicht den Vergaberegeln unterliegen, werden grundsätzlich mehrere Vergleichsangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichterstattung der Geschäftsführung gibt einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Gesellschafterversammlung wurde angemessen und zeitnah informiert. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine ungewöhnlichen Geschäftsvorfälle, Fehldispositionen oder Ähnliches festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Entsprechende Berichtswünsche in Anlehnung an § 90 Abs. 3 AktG werden üblicherweise formlos im Rahmen der Sitzungen der Gesellschafterversammlung geäußert und mündlich von der Geschäftsführung beantwortet. Ausweislich der uns vorgelegten Protokolle gab es hier keine Besonderheiten.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine derartigen Feststellungen getroffen.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine solche Versicherung wurde für die Geschäftsführung abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Solche Interessenkonflikte wurden nicht gemeldet.

Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht im wesentlichen Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich dafür keine Hinweise.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Auffallend hohe oder niedrige Bestände konnten wir im Rahmen der Abschlussprüfung nicht feststellen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Erläuterungen zur Kapitalstruktur, zu Finanzierungsquellen und den dazu gehörigen Kennziffern geben wir in Anlage 6 dieses Prüfungsberichtes.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Ein Konzern liegt nicht vor.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine Fördermittel erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Nein

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Das Berichtsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag ab. Der Jahresfehlbetrag soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Ergebnisverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Wir verweisen auf Erläuterungen zur Ertragslage gemäß Anlage 6 dieses Prüfungsberichtes.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Nein

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Die Konzessionsabgaben werden gem. § 3 Abs. 3 des Pachtvertrages zwischen der Stadtwerke Mainz Netze GmbH (Pächter) und der Netzwerk Untermain GmbH (Verpächter) vom Pächter getragen. Der Pächter zahlt die Konzessionsabgabe direkt an die Stadt Raunheim.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Für verlustbringende Einzelgeschäfte haben sich keine Hinweise ergeben.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Wir verweisen auf Erläuterungen gemäß Anlage 4 dieses Prüfungsberichtes.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Vgl. Antwort zu Frage 16a).

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Netzwerk Untermain
Fachdienst	NWU

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.01.2022	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:

Beschluss des Wirtschaftsplans der Netzwerk Untermain GmbH 2022

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2022 gemäß der Anlage zu beschließen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Ausgangslage:

Die Netzwerk Untermain GmbH wurde 2011 gegründet, um die dauerhafte Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden, bürgernahen, preiswerten und umweltverträglichen Versorgung mit Leistungen der Daseinsfürsorge, insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft zu ermöglichen.

Nach dem Erwerb des Strom- und Gasnetzes erfolgte der Kauf der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Raunheim und die Beauftragung des Überlandwerkes Groß-Gerau mit deren Betrieb. 2017/2018 wurde die Straßenbeleuchtung der gewerblichen Entwicklungen des Eigenbetriebs Stadtentwicklung der Stadt Raunheim in den Betrieb der Netzwerk Untermain integriert.

In den folgenden Jahren wurden der Gesellschaft weitere Aufgaben zugeordnet, hierunter der Besitz, Erhalt und Ausbau des kommunalen Glasfaser-Breitband-Netzes, Aufbau und Betrieb von intelligenten Stadttechnologien (Smart City), der sukzessive Aufbau von Nahwärmeversorgungssystemen und die Förderung von ökologischen Zukunftsprojekten wie der hydrothermalen Carbonisierung.

Seit 2019 wurde durch die Netzwerk Untermain GmbH ein eigenes Internetdienstangebot aufgebaut und das Breitbandnetz für mehrere Dienstanbieter geöffnet.

Zum 31.12.2021 schied der bisherige Geschäftsführer Karsten Jost aus der Gesellschaft aus. Als neue Geschäftsführer wurden Joachim Brune und Jan Laubscheer bestellt.

Entwicklung der Ertragslage:

Die Bereiche Gas- und Stromleitungsnetz erwirtschaften wie jedes Jahr einen Gewinn (830 € bzw. 77.140 €). Die Einnahmen in diesen Betriebszweigen sind verbunden mit Vorgaben, welche auf Basis der Eigenkapitalverzinsung durch die Bundesnetzagentur jährlich festgesetzt werden. Diese Verzinsung verschlechterte sich zuletzt kontinuierlich, was zwar eine sinkende Gewinnspanne in beiden Betriebszweigen zur Folge hat, dennoch die Erwirtschaftung von Gewinnen grundsätzlich nicht gefährdet.

Das aufgebaute Nahwärmenetz kann seit 2019 kostendeckend betrieben werden. Durch die neue Ansiedlung eines Datacenters, ergibt sich das Potential einer Erweiterung des Nahwärmenetzes in die südlichen Stadtquartiere unter Einbeziehung der Nutzung der Wärmeleistung des Datacenters. Eine Studie zur Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit soll in 2022 erstellt werden.

Das Glasfasernetz bildet das zukünftige technische Rückgrat der Stadt Raunheim. Durch Nachinvestitionen in Brückentechnologien von konkurrierenden Netzbetreibern, wurde die Annahme des Netzwerkes insbesondere durch private Haushalte deutlich erschwert.

Die Netzwerk Untermain GmbH ist in diesem Betriebszweig auf möglichst viele wiederkehrende Anschluss- und Netznutzungseinnahmen angewiesen, um insbesondere die hohen bilanziellen Abschreibungen des Netzes wirtschaftlich aufzufangen. Seit dem Jahr 2021 zeichnet sich hier erfreulicherweise allmählich ein Trend ab, dass aufgrund der Leistungseinschränkungen der konkurrierenden Netze eine verstärkte Nachfrage nach dem Glasfasernetz der NWU festzustellen ist.

Die Produkte des eigenen Internetdienstangebotes „mainspeed“ werden insbesondere von gewerblichen Kunden gut angenommen. Allerdings muss darüber hinaus ein deutlicher Zuwachs auch an privaten Kunden erfolgen, um das Angebot und den Betrieb des Netzes mittelfristig profitabel zu machen. Ein Angebot an private Haushalte wird derzeit erstellt und eine passende Werbekampagne entwickelt.

Die Netzwerk Untermain GmbH berät die Stadt Raunheim bei dem Ausbau der intelligenten und vernetzten Stadttechnologien. Ebenso wird der Betrieb und die Investitionen über die Netzwerk Untermain GmbH sichergestellt. Soweit sich diese Technologien im Auf- und Ausbau befinden, erstattet die

Stadt Raunheim der Netzwerk Untermain diese Leistungen im Rahmen einer pauschalierten Verrechnung in Höhe von 100 t€ pro Leistungsjahr. Die Leistungsverrechnungen sind im Haushalt und im Wirtschaftsplan abgebildet.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung und den Betrieb der Straßenbeleuchtung werden vollständig von der Stadt erstattet, da es sich hier um eine städtische Pflichtaufgabe handelt. Daher ist eine Gewinnerzielung in diesem Bereich auch perspektivisch nicht vorgesehen.

In Umsetzung der ursprünglichen Gründungsabsicht wurde der Betrieb von Stromnetz, Gasnetz und Straßenbeleuchtung erstmals Ende 2021 am Markt ausgeschrieben.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Planes standen die Ergebnisse der Ausschreibung noch nicht abschließend fest. Es ist allerdings davon auszugehen, dass es keine, oder zumindest keine relevante Verbesserung der Ertragslage aus der Verpachtung der Netze geben wird, folglich die Einnahmen konstant gehalten werden können.

Strategische Entwicklung und Risiken:

Die Netzwerk Untermain GmbH ist aufgrund ihres kleinen Handelsvolumens, des überschaubaren Aufgabenbereichs und einem geringen Personalstand sehr schnell handlungsfähig und kann direkt auf neue Marktlagen reagieren.

Aus diesen Voraussetzungen ergeben sich allerdings auch Nachteile und Risiken. Einzelne Betriebszweige sind in ihren Personal- und Fremdaufwendungen nicht mit einem geringen Kundenvolumen skalierbar, bspw. ist es leicht nachvollziehbar, dass für einen Kunden des Internetdienstangebotes fast der gleiche Aufwand bereitgestellt werden muss wie für einhundert oder eintausend Kunden.

Derzeit wird dies durch Überlagerung von Aufgabengebieten auf wenig Personal kompensiert. Dennoch muss festgestellt werden, dass die Prozesse rund um Kundenakquise, Marketing oder Kundenbetreuung deutlich risikobehaftet sind. Kurzfristig wird die Geschäftsführung diesen Prozessrisiken mit der Einstellung von einer zusätzlichen Vollzeitstelle begegnen müssen, was die Aufwendung dieser derzeit noch defizitären Betriebszweige erhöht.

Gleiches gilt für Aufwendungen, welche zwingend in Marketingmaßnahmen im Bereich des Breitbandnetzes investiert werden müssen. Auch aus den derzeitigen Aufwendungen im Bereich des Strom- und Gasnetzes, der Nahwärmeversorgung und wieder des Breitbandnetzes für externe Beratungen, Rechts- und Verfahrenskosten, Wirtschaftsprüfung etc. zeigt sich, dass die Gesellschaft in ihrem Volumen für die übertragenen Aufgaben aktuell zu klein und damit zu ineffizient ist. Dies führt nicht unmittelbar zu einer wirtschaftlichen Schieflage der Gesellschaft, allerdings zu einer sich perspektivisch vermindern der Ertragslage und steigendem Aufwand.

Für das Jahr 2022 gehört es folglich zwingend zur Strategie der Geschäftsführung zu prüfen, ob sich die Effizienz durch Kooperationen oder Beteiligungen von größeren Unternehmen gleicher Handelsparten deutlich verbessern lassen würde. Es kann hierzu ein Vorschlag noch im Jahr 2022 erwartet werden.

Die neue Geschäftsführung hat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt und wie folgt der Gesellschafterversammlung vorgelegt:

Netzwerk Untermain GmbH

Beschluss des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2022

Die Gesellschafterversammlung der Netzwerk Untermain GmbH hat entsprechend § 6 des Gesellschaftsvertrags, auf Grundlage einer Empfehlung der Stadtverordnetenversammlung, folgenden nach den Grundsätzen des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes und unter Berücksichtigung des § 122 Abs. 4 Hessische Gemeindeordnung aufgestellten Wirtschaftsplan, in Ihrer Sitzung vom 03.02.2022 beschlossen.

§ 1 - Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2022 wird wie folgt beschlossen:

Der Erfolgsplan	mit einem Gesamtaufwand von	2.166.410 €
	und einem Gesamtertrag von	1.878.066 €
Der Vermögensplan	mit Gesamtausgaben von	5.309.710 €
	und Gesamteinnahmen von	5.309.710 €

§ 2 - Kreditaufnahmen

Kredite werden entsprechend des Vermögensplans in Höhe von 4.293.000 € veranschlagt.

§ 3 - Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 - Kassenkredite

Kassenkredite werden auf 150.000 € begrenzt.

§ 5 - Stellenübersicht

Es gilt die von der Gesellschafterversammlung beschlossene Stellenübersicht.

Raunheim, den 03.02.2022

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen	Wählen Sie ein Element aus.
Geschäftsjahr	2021
Betriebszweig	Betriebszweig
Konto Erfolgsplan	Konto Erfolgsplan
Maßnahme Vermögensplan	Maßnahme Vermögensplan
Überschreitung Planansatz	Betrag Euro
Deckungsvorschlag	Einsparung bei Maßnahme ...
Mittel im Rahmen des Wirtschaftsplans	Wählen Sie ein Element aus.

**Drucksache
2022-171**



Sonstige Hinweise:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Jühe
Bürgermeister

Joachim Brune
Geschäftsführer

Jan Laubscheer
Geschäftsführer

Anlage(n):

(1) 2022-171 NWU_Wi-Plan 2022_V_20220119-1633



Wirtschaftsplan 2022

Netzwerk Untermain GmbH

Netzwerk Untermain GmbH

Beschluss des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2022

Die Gesellschafterversammlung der Netzwerk Untermain GmbH hat entsprechend § 6 des Gesellschaftsvertrags, auf Grundlage einer Empfehlung der Stadtverordnetenversammlung, folgenden nach den Grundsätzen des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes und unter Berücksichtigung des § 122 Abs. 4 Hessische Gemeindeordnung aufgestellten Wirtschaftsplan, in ihrer Sitzung vom 03.02.2022 beschlossen.

§ 1 - Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2022 wird wie folgt beschlossen:

Der Erfolgsplan	mit einem Gesamtaufwand von	2.166.410 €
	und einem Gesamtertrag von	1.878.066 €
Der Vermögensplan	mit Gesamtausgaben von	5.309.710 €
	und Gesamteinnahmen von	5.309.710 €

§ 2 - Kreditaufnahmen

Kredite werden entsprechend dem Vermögensplan in Höhe von 4.293.000 € veranschlagt.

§ 3 - Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 - Kassenkredite

Kassenkredite werden auf 150.000 € begrenzt.

§ 5 - Stellenübersicht

Es gilt die von der Gesellschafterversammlung beschlossene Stellenübersicht.

Raunheim, 03.02.2022

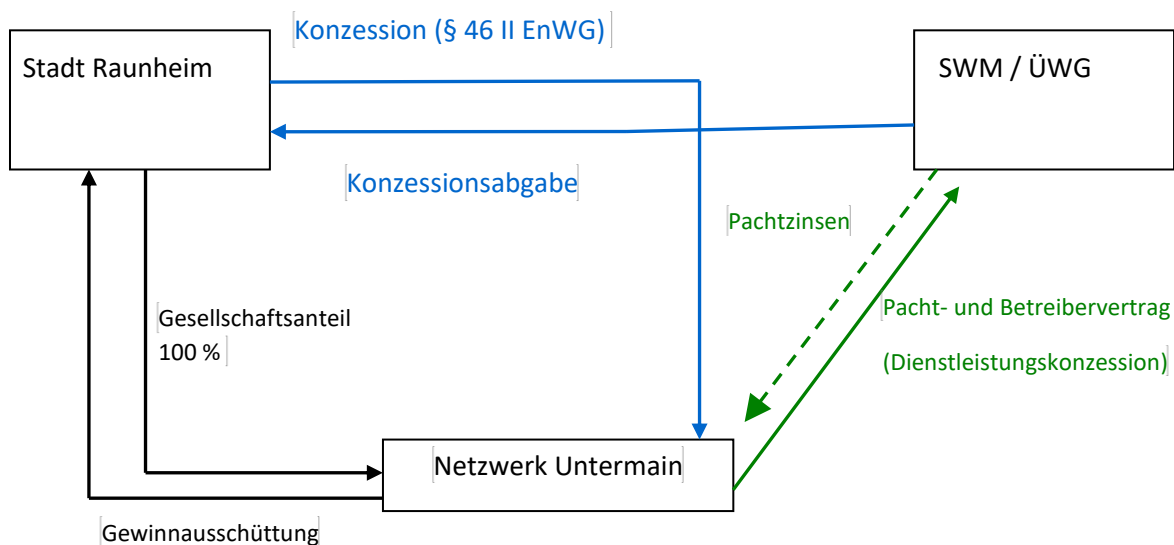
Vorbericht zum Wirtschaftsplan

Vorbericht zum Wirtschaftsplan

1. Einleitung

Gemäß Gesellschaftervertrag verfolgt die Netzwerk Untermain GmbH seit ihrer Gründung am 25.02.2011 den Zweck, die dauerhafte Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden, bürgernahen, preiswerten und umweltverträglichen Versorgung mit Leistungen der Daseinsfürsorge, insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft, zu ermöglichen.

Den ersten Schritt zur Erreichung dieser Ziele bildete der kommunale Erwerb des Strom- und Gasleitungsnetzes sowie die Verpachtung dieser Netze an einen Netzbetreiber (Stadtwerke Mainz Netze GmbH). Die gewählte Struktur wird nachfolgend näher dargestellt.



Zum 01.01.2013 erfolgte der Kauf der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Raunheim und die Beauftragung des Überlandwerkes Groß-Gerau mit deren Betrieb. 2017/2018 wurde die Straßenbeleuchtung der gewerblichen Entwicklungen des Eigenbetriebs Stadtentwicklung der Stadt Raunheim in den Betrieb der Netzwerk Untermain integriert.

In den folgenden Jahren wurden der Gesellschaft weitere Aufgaben zugeordnet, hierunter der Besitz, Erhalt und Ausbau des kommunalen Glasfaser-Netzes, Aufbau und Betrieb von intelligenten Stadttechnologien (Smart City) und die Förderung von ökologischen Zukunftsprojekten wie der hydrothermalen Carbonisierung.

Seit 2019 wurde durch die Netzwerk Untermain GmbH ein eigenes Internetdienstangebot aufgebaut und das Breitbandnetz für mehrere Dienstleister geöffnet.

2. Form des Wirtschaftsplanes

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der GmbH gelten gem. § 6 des Gesellschaftervertrags und § 122 Abs. 4 der Hessische Gemeindeordnung (HGO) sinngemäß die Bestimmungen des Eigenbetriebsrechts.

Der Wirtschaftsplan setzt sich zusammen aus

- dem Erfolgsplan, bestehend aus den Einzelplänen für jeden Betriebszweig und dem konsolidierten Gesamtplan,
- dem Vermögensplan, bestehend aus den Einzelplänen für jeden Betriebszweig und dem konsolidierten Gesamtplan,
- der Stellenübersicht.

Der Erfolgsplan und Vermögensplan werden ergänzt durch einen fünfjährigen Finanzplan, der die Entwicklung der Ausgaben und Deckungsmittel des Gesamtvermögensplans der GmbH dokumentiert. Der Finanzplan ist dem Wirtschaftsplan als Anlage beigefügt.

3. Wirtschaftsplan 2022

3.1. Erfolgsplan

Der Erfolgsplan berücksichtigt die zum gegenwärtigen Zeitpunkt voraussehbaren Erlöse und Aufwendungen.

Die Bereiche Gas- und Stromleitungsnetz erwirtschaften wie jedes Jahr einen Gewinn (830 € bzw. 77.140 €). Die Einnahmen in diesen Betriebszweigen sind verbunden mit Vorgaben, welche auf Basis der Eigenkapitalverzinsung durch die Bundesnetzagentur jährlich festgesetzt werden. Diese Verzinsung verschlechterte sich zuletzt kontinuierlich, was eine sinkende Gewinnspanne in beiden Betriebszweigen zur Folge hat.

Das aufgebaute Nahwärmenetz kann seit 2019 kostendeckend betrieben werden. Durch die neue Aufsiedlung eines Datacenters ergibt sich das Potential einer Erweiterung des Nahwärmenetzes in die südlichen Stadtquartiere unter Einbeziehung der Nutzung der Wärmeleistung des Datacenters. Eine Studie zur Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit soll in 2022 erstellt werden.

Das Glasfasernetz bildet das zukünftige technische Rückgrat der Stadt Raunheim. Durch Nachinvestitionen in Brückentechnologien von konkurrierenden Netzen wurde die Annahme des Netzwerkes, insbesondere durch private Haushalte, deutlich erschwert.

Die Netzwerk Untermain GmbH ist in diesem Betriebszweig auf möglichst viele wiederkehrende Anschluss- und Netznutzungseinnahmen angewiesen, um insbesondere die hohen bilanziellen Abschreibungen des Netzes wirtschaftlich aufzufangen. Seit dem Jahr 2021 zeichnet sich hier langsam ein Trend ab, dass, aufgrund der Leistungseinschränkungen der konkurrierenden Netze, eine verstärkte Nachfrage des Glasfasernetzes festzustellen ist.

Die Produkte des eigenen Internetdienstangebotes „mainspeed“ werden insbesondere von gewerblichen Kunden gut angenommen. Allerdings muss hier klar ein deutlicher Zuwachs auch an privaten Kunden erfolgen, um das Angebot und den Betrieb des Netzes mittelfristig profitabel zu machen. Ein Angebot an private Haushalte wird derzeit erstellt und eine passende Werbekampagne entwickelt.

Die Netzwerk Untermain GmbH berät die Stadt Raunheim bei dem Ausbau der intelligenten und vernetzten Stadttechnologien. Ebenso werden der Betrieb und die Investitionen über die Netzwerk Untermain GmbH sichergestellt. Soweit sich diese Technologien im Auf- und Ausbau befinden, erstattet die Stadt Raunheim der Netzwerk Untermain diese Leistungen im Rahmen einer pauschalierten Verrechnung in Höhe von 100 t€ pro Leistungsjahr. Die Leistungsverrechnungen sind im Haushalt und im Wirtschaftsplan abgebildet.

Die Kosten für die Straßenbeleuchtung werden vollständig von der Stadt erstattet, da es sich hier um eine städtische Pflichtaufgabe handelt. Daher ist eine Gewinnerzielung in diesem Bereich nicht vorgesehen.

In Umsetzung der ursprünglichen Gründungsabsicht wurde der Betrieb des Stromnetzes, des Gasnetzes und der Straßenbeleuchtung erstmals Ende 2021 am Markt ausgeschrieben.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Planes standen die Ergebnisse der Ausschreibung noch nicht abschließend fest. Es ist allerdings davon auszugehen, dass es keine oder zumindest keine relevante Verbesserung der Ertragslage aus der Verpachtung der Netze ergeben wird, folglich die Einnahmen konstant gehalten werden können.

3.2. Vermögensplan

Der Vermögensplan enthält alle voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben, die sich aus Anlagenänderungen und aus der Kreditwirtschaft des Eigenbetriebs ergeben.

Im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes des Kernhaushaltes der Stadt Raunheim im Zuge der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie wurde der Ausbau der intelligenten Stadttechnologien deutlich verlangsamt. Der Fokus wird derzeit insbesondere auf den Ausbau von modernen Mobilitätsformen gesetzt. Die Netzwerk Untermain begleitet auch diese Maßnahmen durch die Übernahme der notwendigen Investitionen und den Betrieb dieser Anlagen. Für die Investitionen in die Anschaffung von modernen Technologien ist eine Kreditneuaufnahme von bis zu 2.500 t€ angesetzt.

Für den finalen Ausbau der Heizzentrale auf Airport Garden sowie die Erstellung einer Ausbaustudie des Nahwärmenetzes in die Stadtquartiere südlich der Bahnlinie sollen insgesamt 350 t€ investiert werden.

Ausbau und Erhalt der Gas- bzw. Stromleitungsnetze werden von den Pächtern mit der Bundesnetzagentur abgestimmt. Die anfallenden Investitionen sind daher vorgegeben (Gasnetz 150.000 € und Stromnetz 293.000 €).

1.000 t€ werden vorgehalten für den Ausbau und die Verdichtung der durch die Netzwerk Untermain GmbH geführten Netze.

3.3. Stellenübersicht

Im Jahr 2022 verändert sich die Stellenübersicht durch einen Wechsel in der Geschäftsführung. Künftig teilen sich, auf Basis des Beschlusses der Gesellschafterversammlung, zwei Geschäftsführer (Herr Joachim Brune und Herr Jan Laubscheer) die Stelle als gleichberechtigte Geschäftsführer mit einem Stellenanteil zu je 0,5. Hinzu kommen drei Minijobs für die Bereiche Buchhaltung und Sekretariat sowie drei Stellen für den Bereich Projekt- und Aufgabensteuerung, Akquise und Kundenbetreuung in Vollzeit. Derzeit ist nur eine Stelle besetzt, die weiteren Stellen befinden sich in der Ausschreibung.

3.4. Finanzplan

Der Finanzplan gibt die geplante Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Netzwerk Untermain GmbH bis 2026 wieder.

Raunheim, 19.01.2022

Die Geschäftsführung

Joachim Brune Jan Laubscheer

Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2022

Netzwerk Untermain GmbH

Gasleitungsnetz

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1. Erlöse Verpachtung Gasnetz	320.000	320.630	339.754
2. Erlöse Verpachtung Stromnetz			
3. Erlöse Betrieb Breitband			
4. Erlöse Betrieb Nahwärme			
5. Benutzungsgebühren Stadt Raunheim - Straßenbeleuchtung			
6. Einnahmen aus Nebengeschäften			
7. Sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen			
8. Sonstige Erlöse	630		0
9. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse			
10. Summe Umsatzerlöse	320.630	320.630	339.754
11. Aktivierte Eigenleistungen			
12. Sonstige betriebliche Erträge	100		1.472
13. GESAMTERTRÄGE	320.730	320.630	341.226
14. Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15. Strom			
16. Verbrauchsmaterial			2
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17. Unterhaltung Straßenbeleuchtung			
18. Unterhaltung Fahrzeuge und BGA			
19. Betriebskostenpauschale			
20. sonstige Fremdleistungen	1.000	776	0
21. Summe Materialaufwand	1.000	776	2
Personalaufwand			
22. Löhne und Gehälter inkl. Leistungsentgelt gem. TVöD	35.000	33.518	49.415
23. Soziale Abgaben, Altersversorgung, Unterstützung	7.000	7.762	11.966
24. Summe Personalaufwand	42.000	41.280	61.381
25. Abschreibungen	220.000	220.000	211.480

Netzwerk Untermain GmbH

Gasleitungsnetz

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
26.	Verwaltungskostenbeitrag an die Stadt Raunheim	2.900	2.880	2.749
27.	Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtwerke Raunheim	0		5.945
28.	Rechts- und Beratungskosten	12.000	57.869	22.013
29.	Öffentlichkeitsarbeit			
30.	Verlust aus Abgang von Anlagegegenständen			
31.	Versicherungen, Beiträge, Abgaben	500	330	836
32.	Rundfunk-Gebühren	50	50	
33.	Telefon, Fax, Mailserver	200	130	254
34.	Porto			
35.	Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher, Gesetzestexte	0	6	0
36.	Reise- und Fortbildungskosten	150		546
37.	KfZ-Versicherung	0		143
38.	KfZ-Steuer			
39.	Bekanntmachungen	100	51	29
40.	Einzelwertberichtigungen			
41.	Konzessionsabgabe			
42.	Abschreibungen auf Forderungen			
43.	Arbeits- und Schutzkleidung			
44.	Buchführungs- u. Prüfungskosten	15.000		1.381
45.	Sonstige Aufwendungen	1.000	4.992	1.885
46.	Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	31.900	66.308	35.781
47.	GESAMTAUFWENDUNGEN	294.900	328.364	308.644
48.	Bezug von anderen Betriebszweigen			
49.	BETRIEBSERGEBNIS	25.830	-7.734	32.582
50.	Erträge aus Beteiligungen			
51.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge			
52.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	25.000	25.996	8.716
53.	ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	830	-33.731	23.866
Außerordentliche Erträge				
54.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag			
55.	Sonstige Steuern	0	0	33
56.	JAHRESGEWINN-/VERLUST	830	-33.731	23.833

Netzwerk Untermain GmbH

Stromleitungsnetz

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1. Erlöse Verpachtung Gasnetz			
2. Erlöse Verpachtung Stromnetz	500.000	510.000	498.726
3. Erlöse Betrieb Breitband			
4. Erlöse Betrieb Nahwärme			
5. Benutzungsgebühren Stadt Raunheim - Straßenbeleuchtung			
6. Einnahmen aus Nebengeschäften			
7. Sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen			
8. Sonstige Erlöse			
9. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse			
10. Summe Umsatzerlöse	500.000	510.000	498.726
11. Aktivierte Eigenleistungen			
12. Sonstige betriebliche Erträge	1.000		1.480
13. GESAMTERTRÄGE	501.000	510.000	500.206
14. Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15. Strom			
16. Verbrauchsmaterial	0	9	11
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17. Unterhaltung		18.833	
18. Unterhaltung Fahrzeuge und BGA			
19. Betriebskostenpauschale			
20. sonstige Fremdleistungen	0	776	0
21. Summe Materialaufwand	0	19.619	11
Personalaufwand			
22. Löhne und Gehälter inkl. Leistungsentgelt gem. TVöD	35.000	33.518	49.415
23. Soziale Abgaben, Altersversorgung, Unterstützung	7.000	7.762	11.966
24. Summe Personalaufwand	42.000	41.280	61.381
25. Abschreibungen	325.000	325.000	315.606

Netzwerk Untermain GmbH

Stromleitungsnetz

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
26.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadt Raunheim	2.900	2.880	2.749
27.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadtwerke Raunheim	0		5.945
28.	Rechts- und Beratungskosten	12.000	17.263	22.608
29.	Öffentlichkeitsarbeit	1.000		0
30.	Verlust aus Abgang von Anlagegegenständen			
31.	Versicherungen, Beiträge, Abgaben	1.200	330	1.196
32.	Rundfunk-Gebühren	410	410	
33.	Telefon, Fax, Mailserver	200	130	254
34.	Porto			
35.	Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher, Gesetzestexte	0	6	0
36.	Reise- und Fortbildungskosten	150		546
37.	KfZ-Versicherung	0		143
38.	KfZ-Steuer			
39.	Bekanntmachungen	0	51	29
40.	Einzelwertberichtigungen			
41.	Konzessionsabgabe			
42.	Abschreibungen auf Forderungen			
43.	Arbeits- und Schutzkleidung			
44.	Buchführungs- u. Prüfungskosten	15.000		1.381
45.	Sonstige Aufwendungen	2.000	4.992	1.885
46.	Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	34.860	26.062	36.736
47.	GESAMTAUFWENDUNGEN	401.860	411.961	413.734
48.	Bezug von anderen Betriebszeigen			
49.	BETRIEBSERGEBNIS	99.140	98.039	86.472
50.	Erträge aus Beteiligungen			
51.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge			
52.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	22.000	21.666	17.571
53.	ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	77.140	76.373	68.901
Außerordentliche Erträge				
54.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag			
55.	Sonstige Steuern	0	0	134
56.	JAHRESGEWINN-/VERLUST	77.140	76.373	68.767

Netzwerk Untermain GmbH

Straßenbeleuchtung

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1. Erlöse Verpachtung Gasnetz			
2. Erlöse Verpachtung Stromnetz			
3. Erlöse Betrieb Breitband			
4. Erlöse Betrieb Nahwärme			
5. Benutzungsgebühren Stadt Raunheim - Straßenbeleuchtung	499.840	468.740	469.339
6. Einnahmen aus Nebengeschäften			
7. Sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen			
8. Sonstige Erlöse			
9. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse			
10. Summe Umsatzerlöse	499.840	468.740	469.339
11. Aktivierte Eigenleistungen			
12. Sonstige betriebliche Erträge	0		10.596
13. GESAMTERTRÄGE	499.840	468.740	479.935
14. Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15. Strom	170.000	33.701	145.161
16. Verbrauchsmaterial		0	2
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17. Unterhaltung Straßenbeleuchtung	135.000	169.327	122.786
18. Unterhaltung Fahrzeuge und BGA			
19. Betriebskostenpauschale			
20. sonstige Fremdleistungen	0	222	0
21. Summe Materialaufwand	305.000	203.250	267.949
Personalaufwand			
22. Löhne und Gehälter inkl. Leistungsentgelt gem. TVöD	10.000	9.577	14.119
23. Soziale Abgaben, Altersversorgung, Unterstützung	2.000	2.218	3.419
24. Summe Personalaufwand	12.000	11.794	17.538
25. Abschreibungen	135.000	135.000	129.565

Netzwerk Untermain GmbH

Straßenbeleuchtung

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
26.	Verw altungskostenbeitrag an die Stadt Raunheim	800	823	785
27.	Verw altungskostenbeitrag an die Stadtw erke Raunheim	0		1.855
28.	Rechts- und Beratungskosten	1.000	25.153	17.005
29.	Öffentlichkeitsarbeit			
30.	Verlust aus Abgang von Anlagegegenständen			
31.	Versicherungen, Beiträge, Abgaben	240	-840	240
32.	Rundfunk-Gebühren		14	
33.	Telefon, Fax, Mailserver	100	37	72
34.	Porto			
35.	Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher, Gesetzestexte		2	
36.	Reise- und Fortbildungskosten	200		155
37.	KfZ-Versicherung			41
38.	KfZ-Steuer			
39.	Bekanntmachungen		14	29
40.	Einzelw ertberichtigungen			
41.	Konzessionsabgabe			
42.	Abschreibungen auf Forderungen			
43.	Arbeits- und Schutzkleidung			
44.	Buchführungs- u. Prüfungskosten	4.500		1.381
45.	Sonstige Aufw endungen	1.000	1.426	1.201
46.	Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	7.840	26.629	22.764
47.	GESAMTAUFWENDUNGEN	459.840	376.674	437.816
48.	Bezug von anderen Betriebszw eigen			
49.	BETRIEBSERGEBNIS	40.000	92.066	42.119
50.	Erträge aus Beteiligungen			
51.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge			
52.	Zinsen u. ä. Aufw endungen	40.000	40.000	36.191
53.	ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	0	52.066	5.928
Außerordentliche Erträge				
54.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag			
55.	Sonstige Steuern	0	0	33
56.	JAHRESGEWINN-/VERLUST	0	52.066	5.895

Netzwerk Untermain GmbH

Breitbandversorgung

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1.			
2.			
3.	370.000	321.085	322.530
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10. Summe Umsatzerlöse	370.000	321.085	322.530
11.			
12.	4.000		4.083
13. GESAMTERTRÄGE	374.000	321.085	326.613
14.			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15.	9.000	7.553	3.581
16.			
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17.		76.455	130.343
18.			
19.			
20.	140.000	5.341	38.659
21. Summe Materialaufwand	149.000	89.349	172.583
Personalaufwand			
22.	10.000	9.577	14.119
23.	2.000	2.218	3.419
24. Summe Personalaufwand	12.000	11.794	17.538
25. Abschreibungen	295.000	290.000	292.608

Netzwerk Untermain GmbH

Breitbandversorgung

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
26.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadt Raunheim	1.000	823	785
27.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadtwerke Raunheim	0	0	1.855
28.	Rechts- und Beratungskosten	1.000	51.228	362
29.	Öffentlichkeitsarbeit	30.000	330	19.545
30.	Verlust aus Abgang von Anlagegegenständen		0	
31.	Versicherungen, Beiträge, Abgaben	4.000	4.129	3.990
32.	Rundfunk-Gebühren		14	
33.	Telefon, Fax, Mailserver	300	515	283
34.	Porto		0	
35.	Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher, Gesetzestexte		2	92
36.	Reise- und Fortbildungskosten	150	0	485
37.	KfZ-Versicherung		0	41
38.	KfZ-Steuer		0	
39.	Bekanntmachungen		14	29
40.	Einzelwertberichtigungen		0	
41.	Konzessionsabgabe		0	
42.	Abschreibungen auf Forderungen		0	
43.	Arbeits- und Schutzkleidung		0	
44.	Buchführungs- u. Prüfungskosten	4.500	0	1.381
45.	Sonstige Aufwendungen	1.000	1.532	1.177
46.	Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	41.950	58.587	30.025
47.	GESAMTAUFWENDUNGEN	497.950	449.730	512.754
48.	Bezug von anderen Betriebszeigen			
49.	BETRIEBSERGEBNIS	-123.950	-128.646	-186.141
50.	Erträge aus Beteiligungen			
51.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	0	581	581
52.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	200.000	194.924	208.148
53.	ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-323.950	-322.989	-393.708
Außerordentliche Erträge				
54.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag			
55.	Sonstige Steuern	0	0	10
56.	JAHRESGEWINN-/VERLUST	-323.950	-322.989	-393.718

Netzwerk Untermain GmbH

Nahwärmenetz

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1. Erlöse Verpachtung Gasnetz			
2. Erlöse Verpachtung Stromnetz			
3. Erlöse Betrieb Breitband			
4. Erlöse Betrieb Nahw ärme	170.000	143.330	201.186
5. Benutzungsgebühren Stadt Raunheim - Straßenbeleuchtung			
6. Einnahmen aus Nebengeschäften			
7. Sonstige Verw altungs- u. Betriebseinnahmen			
8. Sonstige Erlöse			
9. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse			
10. Summe Umsatzerlöse	170.000	143.330	201.186
11. Aktivierte Eigenleistungen			
12. Sonstige betriebliche Erträge	10.000		8.212
13. GESAMTERTRÄGE	180.000	143.330	209.398
14. Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszw eige			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15. Strom	2.000	494	1.365
16. Verbrauchsmaterial	90.000	84.947	112.915
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17. Unterhaltung		62.815	15.595
18. Unterhaltung Fahrzeuge und BGA			
19. Betriebskostenpauschale			
20. sonstige Fremdleistungen	35.000	222	0
21. Summe Materialaufwand	127.000	148.477	129.875
Personalaufwand			
22. Löhne und Gehälter inkl. Leistungsentgelt gem. TVöD	10.000	9.577	14.118
23. Soziale Abgaben, Altersversorgung, Unterstützung	2.000	2.218	3.419
24. Summe Personalaufwand	12.000	11.794	17.537
25. Abschreibungen	40.000	40.000	32.009

Netzwerk Untermain GmbH

Nahwärmenetz

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
26.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadt Raunheim	1.000	823	785
27.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadtwerke Raunheim	0		1.855
28.	Rechts- und Beratungskosten	1.000	3.273	330
29.	Öffentlichkeitsarbeit	0		0
30.	Verlust aus Abgang von Anlagegegenständen			
31.	Versicherungen, Beiträge, Abgaben	6.000	8.400	6.047
32.	Rundfunk-Gebühren		14	
33.	Telefon, Fax, Mailserver	500	1.369	938
34.	Porto			
35.	Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher, Gesetzestexte		20	232
36.	Reise- und Fortbildungskosten	150		156
37.	KfZ-Versicherung			41
38.	KfZ-Steuer			
39.	Bekanntmachungen		14	29
40.	Einzelwertberichtigungen			
41.	Konzessionsabgabe			
42.	Abschreibungen auf Forderungen			
43.	Arbeits- und Schutzkleidung			
44.	Buchführungs- u. Prüfungskosten	4.500		1.381
45.	Sonstige Aufwendungen	1.000	1.426	1.177
46.	Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	14.150	15.339	12.971
47.	GESAMTAUFWENDUNGEN	193.150	215.611	192.392
48.	Bezug von anderen Betriebszweigen			
49.	BETRIEBSERGEBNIS	-13.150	-72.281	17.006
50.	Erträge aus Beteiligungen			
51.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge			
52.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	30.000	30.517	31.024
53.	ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-43.150	-102.798	-14.018
Außerordentliche Erträge				
54.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag			
55.	Sonstige Steuern	0	0	10
56.	JAHRESGEWINN-/VERLUST	-43.150	-102.798	-14.028

Netzwerk Untermain GmbH

Photovoltaik

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1. Erlöse Verpachtung Gasnetz			
2. Erlöse Verpachtung Stromnetz			
3. Erlöse Betrieb Breitband			
4. Erlöse Betrieb Nahwärme			
5. Benutzungsgebühren Stadt Raunheim - Straßenbeleuchtung			
6. Einnahmen aus Nebengeschäften	2.496	2.496	2.496
7. Sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen			
8. Sonstige Erlöse			
9. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse			
10. Summe Umsatzerlöse	2.496	2.496	2.496
11. Aktivierte Eigenleistungen			
12. Sonstige betriebliche Erträge			
13. GESAMTERTRÄGE	2.496	2.496	2.496
14. Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15. Strom			
16. Verbrauchsmaterial			
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17. Unterhaltung Straßenbeleuchtung			
18. Unterhaltung Fahrzeuge und BGA			
19. Betriebskostenpauschale			
20. sonstige Fremdleistungen			
21. Summe Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand			
22. Löhne und Gehälter inkl. Leistungsentgelt gem. TVöD			
23. Soziale Abgaben, Altersversorgung, Unterstützung			
24. Summe Personalaufwand	0	0	0
25. Abschreibungen	1.710	1.710	1.710

Netzwerk Untermain GmbH

Photovoltaik

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
26.			
27.			
28.			
29.			
30.			
31.			
32.			
33.			
34.			
35.			
36.			
37.			
38.			
39.			
40.			
41.			
42.			
43.			
44.			
45.		128	
46. Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	0	128	0
47. GESAMTAUFWENDUNGEN	1.710	1.838	1.710
48.			
49. BETRIEBSERGEBNIS	786	658	786
50.			
51.			
52.			
53. ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	786	658	786
Außerordentliche Erträge			
54.			
55.			
56. JAHRESGEWINN-/VERLUST	786	658	786

Netzwerk Untermain GmbH

GESAMT

Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €
Umsatzerlöse			
1. Erlöse Verpachtung Gasnetz	320.000	320.630	339.754
2. Erlöse Verpachtung Stromnetz	500.000	510.000	498.726
3. Erlöse Betrieb Breitband	370.000	321.085	322.530
4. Erlöse Betrieb Nahwärme	170.000	143.330	201.186
5. Benutzungsgebühren Stadt Raunheim - Straßenbeleuchtung	499.840	468.740	469.339
6. Einnahmen aus Nebengeschäften	2.496	2.496	2.496
7. Sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen	0	0	0
8. Sonstige Erlöse	630	0	0
9. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse	0	0	0
10. Summe Umsatzerlöse	1.862.966	1.766.281	1.834.031
11. Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
12. Sonstige betriebliche Erträge	15.100	0	25.843
13. GESAMTERTRÄGE	1.878.066	1.766.281	1.859.874
14. Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige	0	0	0
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe u. bez. Waren			
15. Strom	181.000	41.748	150.107
16. Verbrauchsmaterial	90.000	84.957	112.930
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
17. Unterhaltung	135.000	327.430	268.724
18. Unterhaltung Fahrzeuge und BGA	0	0	0
19. Betriebskostenpauschale	0	0	0
20. sonstige Fremdleistungen	176.000	7.338	38.659
21. Summe Materialaufwand	582.000	461.472	570.420
Personalaufwand			
22. Löhne und Gehälter inkl. Leistungsentgelt gem. TVöD	100.000	95.765	141.186
23. Soziale Abgaben, Altersversorgung, Unterstützung	20.000	22.177	34.189
24. Summe Personalaufwand	120.000	117.942	175.375
25. Abschreibungen	1.016.710	1.011.710	982.978

Netzwerk Untermain GmbH

GESAMT

Fortsetzung Erfolgsplan

	Plan 2022 €	Vorl. 2021 €	Ist 2020 €	
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
26.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadt Raunheim	8.600	8.229	7.853
27.	Verwaltungs-kostenbeitrag an die Stadtwerke Raunheim	0	0	17.455
28.	Rechts- und Beratungskosten	27.000	154.785	62.318
29.	Öffentlichkeitsarbeit	31.000	330	19.545
30.	Verlust aus Abgang von Anlagegegenständen	0	0	0
31.	Versicherungen, Beiträge, Abgaben	11.940	12.349	12.309
32.	Rundfunk-Gebühren	460	502	0
33.	Telefon, Fax, Mailserver	1.300	2.180	1.801
34.	Porto	0	0	0
35.	Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher, Gesetzestexte	0	36	324
36.	Reise- und Fortbildungskosten	800	0	1.888
37.	KfZ-Versicherung	0	0	409
38.	KfZ-Steuer	0	0	0
39.	Bekanntmachungen	100	145	145
40.	Einzelwertberichtigungen	0	0	0
41.	Konzessionsabgabe	0	0	0
42.	Abschreibungen auf Forderungen	0	0	0
43.	Arbeits- und Schutzkleidung	0	0	0
44.	Buchführungs- u. Prüfungskosten	43.500	0	6.905
45.	Sonstige Aufwendungen	6.000	14.497	7.325
46.	Summe Sonstige betriebl. Aufwendungen	130.700	193.053	138.277
47.	GESAMTAUFWENDUNGEN	1.849.410	1.784.178	1.867.050
48.	Bezug von anderen Betriebszweigen	0	0	0
49.	BETRIEBSERGEBNIS	28.656	-17.897	-7.176
50.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
51.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	0	581	581
52.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	317.000	313.104	301.650
53.	ERGEBNIS GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-288.344	-330.420	-308.245
Außerordentliche Erträge				
54.	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag	0	0	0
55.	Sonstige Steuern	0	0	220
56.	JAHRESGEWINN-/VERLUST	-288.344	-330.420	-308.465

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2022

Vermögensplan

Zahlen in EURO

	Ergebnis 2020	Vorläufig 2021	Plan 2022
--	------------------	-------------------	--------------

Deckungsmittel (Mittelherkunft)

1 Zuführungen zum Stammkapital

2 Zuführungen zu Rücklagen abzgl. Einnahmen

3 Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzgl. Einnahmen

4 Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzgl. Einnahmen

5 Jahresgewinn

6 Abschreibungen und Anlagenabgänge

982.978	1.011.710	1.016.710
---------	-----------	-----------

6 Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse

8 Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzgl. Einnahmen aus Pos. C der Passivseite

9 Rückflüsse aus gewährten Darlehen

10 Kredite

a) von der Gemeinde

500.000	300.000	200.000
---------	---------	---------

b) von Dritten

270.000	2.980.000	4.093.000
---------	-----------	-----------

11 Zu-/Abnahme sonstige Aktive/Passiva

70.710

Summe Einnahmen/Deckungsmittel des Vermögensplans	1.752.978	4.362.420	5.309.710
--	------------------	------------------	------------------

Ausgaben (Mittelverwendung)

1 Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

3.467.000	3.363.000
------------------	------------------

davon für Gasleitungsnetz

135.090	150.000	150.000
---------	---------	---------

davon für Stromleitungsnetz

297.566	317.000	293.000
---------	---------	---------

davon für Straßenbeleuchtung

195.132	300.000	200.000
---------	---------	---------

davon für Breitbandversorgungsnetz

117.888	2.500.000	2.620.000
---------	-----------	-----------

davon für Nahwärmenetz

75.323	200.000	100.000
--------	---------	---------

davon für Photovoltaikanlagen

2 Finanzanlagen

3 Tilgung von Krediten

552.057	565.000	600.000
---------	---------	---------

4 Jahresverlust

308.438	330.420	288.344
---------	---------	---------

5 Rückzahlung von Stammkapital

6 Zu-/Abnahme sonstige Aktive/Passiva

71.484	0	1.058.366
--------	---	-----------

Summe Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen	1.752.978	4.362.420	5.309.710
--	------------------	------------------	------------------

Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2022

Stellenübersicht der Netzwerk Untermain GmbH

1. Stellenübersicht

Bezeichnung der Stelle		Zahl der Stellen
Geschäftsführer 1	nebenamtliche Tätigkeit	0,5
Geschäftsführer 2	nebenamtliche Tätigkeit	0,5
Buchhaltung / Sekretariat / Bauplanung	Minijob (450 €)	0,45
Projektmanagement/ Vertrieb/Sekretariat	Vollzeit	3,0
Summe		4,45

Die Zahl der besetzten Stellen beläuft sich zum 01.01.2022 auf 2,30.

Anlagen zum Wirtschaftsplan 2022

Finanzplan für die Wirtschaftsjahre 2021 - 2025

Finanzplan						
Zahlen in Euro	Vorläufig 2021	Wi-Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Deckungsmittel (Mittelherkunft)						
1 Zuführungen zum Stammkapital						
2 Zuführungen zu Rücklagen abzgl. Einnahmen						
3 Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzgl. Einnahmen						
4 Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzgl. Einnahmen						
5 Jahresgewinn					0	100.000
6 Abschreibungen und Anlagenabgänge	1.011.710	1.016.710	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
6 Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse						
8 Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzgl. Einnahmen aus Pos. C der Passivseite						
9 Rückflüsse aus gewährten Darlehen						
10 Kredite						
a) von der Gemeinde	300.000	200.000	100.000	100.000	100.000	100.000
b) von Dritten	2.980.000	4.093.000	350.000	350.000	350.000	350.000
11 Zu-/Abnahme sonstige Aktive/Passiva	70.710					
Summe Einnahmen/Deckungsmittel des Vermögensplans	4.362.420	5.309.710	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.750.000
Ausgaben (Mittelverwendung)						
1 Sachanlagen und immaterielle Anlagevermögen	3.467.000	3.363.000	500.000	500.000	500.000	500.000
2 Finanzanlagen						
3 Tilgung von Krediten	565.000	600.000	675.000	700.000	725.000	750.000
4 Jahresverlust	330.420	288.344	200.000	100.000		
5 Rückzahlung von Stammkapital						
6 Zu-/Abnahme sonstige Aktive/Passiva	0	1.058.366	275.000	350.000	425.000	500.000
Summe Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen insges.	4.362.420	5.309.710	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.750.000

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Eigenbetrieb Stadtentwicklung
Fachdienst	SE

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.01.2022	zur Kenntnis
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	zur Kenntnis
Betriebskommission des Eigenbetriebs Stadtentwicklung	16.02.2022	zur Kenntnis

Betreff:

Unvermutete Kassenprüfung 2021 Eigenbetrieb Stadtentwicklung
gem. §131 HGO i. V .m. § 39 Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau
Hier: Bericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau

Beschlussvorschlag:

Der Bericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau zur unvermuteten Kassenprüfung 2021 des Eigenbetriebs Stadtentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Gemäß § 131 der Hessischen Gemeindeordnung in Verbindung mit dem § 39 der Gemeindekassenverordnung ist die Kasse des Eigenbetriebs Stadtentwicklung Raunheim durch den Fachbereich Revision des Kreises Groß-Gerau unvermutet zu prüfen.

Inhalte der Prüfung:

- die Belege des EB Stadtentwicklung 2021
- die Geschäftsprozesse des EB Stadtentwicklung
- Kontenabgleich für das Jahr 2021

Ergebnisse der Prüfung:

Die Übereinstimmung des Kontostandes mit der Buchhaltung wurde für das Jahr 2021 ohne Abweichung festgestellt.

Ebenfalls wurde festgestellt, dass die Bücher ordnungsgemäß geführt wurden und alle erforderlichen Belege vorhanden waren und diese nach Form und Inhalt den Vorgaben entsprechen.

Die Prüfungsergebnisse haben keinen Anlass zur Beanstandung gegeben.

Hinweise des Fachbereichs Revision wurden in den Vermerken zum Prüfbericht gesondert abgegeben und sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Drucksache 2022-170



Finanzielle Auswirkungen	Wählen Sie ein Element aus.
Geschäftsjahr	Geschäftsjahr
Betriebszweig	Betriebszweig
Konto Erfolgsplan	Konto Erfolgsplan
Maßnahme Vermögensplan	Maßnahme Vermögensplan
Überschreitung Planansatz	Betrag Euro
Deckungsvorschlag	Einsparung bei Maßnahme ...
Mittel im Rahmen des Wirtschaftsplans	Wählen Sie ein Element aus.
Sonstige Hinweise:	
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
EB SE

Anlage(n):

(1) 2022-170 EB SE Kassenprüfung 2021 Anlage 1

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau - Revision

Prüfungsbericht gemäß § 29 GemKVO

über die gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO in Verbindung mit § 27 GemKVO durchgeführte

<input checked="" type="checkbox"/> digitale	<input type="checkbox"/> regelmäßige	<input type="checkbox"/> Kassenbestandsaufnahme	<input checked="" type="checkbox"/> Kassenprüfung
bei der: Kasse des Eigenbetriebes Stadtentwicklung Raunheim			
Prüfungsdauer:	09.11. – 10.11.2021	<input type="checkbox"/> Mit Unterbrechungen	Revisorin: Frau Mastroilli-Hunger
Anwesende Kassenbedienstete:			

Inhalt des Prüfungsberichtes:

1. Kassenbestandsaufnahme (§ 28 Abs. 1 GemKVO)	2. Behandlung des Überschusses/Fehlbetrages	3. Prüfungsumfang gemäß § 28 Abs. 2 GemKVO
4. Prüfungsergebnis	5. Erklärungen der Kassenbediensteten	6. Anlagen

<p>1. Kassenbestandsaufnahme gemäß § 28 Abs. 1 GemKVO</p> <ul style="list-style-type: none"> Zu Beginn der Prüfung wurde eine Summen- und Saldenliste der Geld-/Bankkonten vom 01.01.2021 bis zum Prüfungstag ausgedruckt. Danach wurde der Kassenistbestand ermittelt und in einem Kassenbestandsausweis gemäß § 29 Abs. 2 der GemKVO dargestellt. Dieser ist diesem Bericht beigelegt. <p>Die Finanzbuchhaltung und die mit dem Zahlungsverkehr beauftragten Bediensteten erklärten, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> alle Ein- und Auszahlungen dokumentiert und nachgewiesen sind, alle vorhandenen Kassenmittel einschließlich der Geldanlagen im Kassenbestandsausweis berücksichtigt sind, im Kassenbestand nur Kassenmittel enthalten sind, die von der Kasse zu verwalten sind. <p>Der Revisor hat sich davon überzeugt, dass der im Kassenbestandsausweis dargestellte Kassenistbestand vorhanden war und der Kassensollbestand richtig ermittelt wurde.</p>


Kassensollbestand	2020	Euro
Anfangsbestand		-600.081,15
Einzahlungen nach der Saldenliste:		32.032.961,13
Auszahlungen nach der Saldenliste:		33.740.816,36
Kassensollbestand:		-2.307.936,38
Kassenistbestand (laut Kassenbestandsausweis):		-2.307.936,38
Die Gegenüberstellung des Kassensollbestandes und des Kassenistbestandes ergab Übereinstimmung.		0,00


2. Im Fall eines Kassenüberschusses/Kassenfehlbetrages findet § 22 Abs. 2 GemKVO Anwendung.

3. Prüfungsumfang der Prüfungen gemäß § 28 Abs. 2 GemKVO	
Im Rahmen der Prüfung wurde ferner stichprobenweise festgestellt, ob	
<input type="checkbox"/>	der Zahlungsverkehr ordnungsgemäß abgewickelt wird, insbesondere die Einzahlungen und Auszahlungen rechtzeitig und vollständig eingezogen worden sind,
<input checked="" type="checkbox"/>	die Bücher ordnungsgemäß geführt werden,
<input type="checkbox"/>	die erforderlichen Belege vorhanden sind und nach Form und Inhalt den Vorschriften entsprechen, der tägliche Bestand an Bargeld und auf den für den Zahlungsverkehr bei Kreditinstituten errichteten Konten den notwendigen Umfang nicht überschreitet,
<input type="checkbox"/>	die verwahrten Wertgegenstände und die anderen Gegenstände vorhanden sind,
<input type="checkbox"/>	im Übrigen die Kassengeschäfte ordnungsgemäß und wirtschaftlich erledigt werden.

4. Prüfungsergebnis	
Die Prüfung der Kassenvorgänge hat gemäß § 29 Abs. 3 GemKVO	
<input type="checkbox"/>	zu wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben.
<input checked="" type="checkbox"/>	zu Beanstandungen keinen Anlass gegeben.
<input type="checkbox"/>	Zu sonstigen Hinweisen, Bemerkungen oder über während der Prüfung ausgeräumte Feststellungen der Revision wurde für die Verwaltung ein Vermerk angefertigt.

Die im Prüfungsbericht über die vorangegangene Kassenprüfung enthaltenen Prüfungsbemerkungen sind	
<input checked="" type="checkbox"/>	erledigt.
<input type="checkbox"/>	noch nicht erledigt und wurden erneut beanstandet. Die Hinderungsgründe, die der Erledigung entgegenstanden, sind ebenfalls festgehalten.

5. Erklärungen der Kassenbediensteten gemäß § 29 Abs. 1 GemKVO		
<ul style="list-style-type: none"> Der Prüfbericht wurde der Finanzbuchhaltung bzw. der Stellvertretung zur Kenntnis gegeben. Dadurch wurde der Finanzbuchhaltung die Möglichkeit eingeräumt, zu der durchgeführten Prüfung und dem Prüfungsbericht etwaige Erklärungen abzugeben. 		
<input checked="" type="checkbox"/>	Die genannten Personen haben keine Erklärungen abgegeben.	
<input type="checkbox"/>	Die genannten Personen haben eine Erklärung abgegeben. Diese ist als Anlage diesem Prüfungsbericht beigefügt.	
Ort	Datum	Unterschrift Betriebsleiter
Raunheim	16.11.2021	

6. Anlagen		
<ul style="list-style-type: none"> Kassenbestandsausweis, Summen- und Saldenliste Prüfungsvermerk 		
Ort	Datum	Unterschrift Revisorin
Groß-Gerau		

Vermerk

**zur
Kassenprüfung
des Eigenbetriebes
Stadtentwicklung Raunheim
am 09.11.2021 und 10.11.2021**

I. Allgemeines

Im Januar 2009 wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim die Betriebssatzung zur Führung des Sondervermögens „Eigenbetrieb Stadtentwicklung“ beschlossen.

Die Wahrnehmung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen, Stadtumbau, sowie die Erschließung, Bewirtschaftung und Vermarktung von Grundstücken und Immobilien sind Zweck des Eigenbetriebes.

Das Sondervermögen dient insbesondere der - vom Haushalt der Stadt Raunheim gesonderten - Bewirtschaftung von bestimmten Projekten.

Das Sondervermögen der Stadt Raunheim wird unter Berücksichtigung des § 121 Abs. 2 S. 2 HGO entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und der Satzung verwaltet. Es ist Teil des Gemeindevermögens.

Die Bewirtschaftung des Sondervermögens verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

II. Belegprüfung

Im Rahmen der digitalen Kassenprüfung 2021 wurden keine Belege des Eigenbetriebes „Stadtentwicklung“ geprüft.

III. Kassenprüfung 2020

Der Inhalt der digitalen Kassenprüfung 2021 wurde von der Betriebskommission zur Kenntnis genommen.

III. Prüfungsfeststellung zur digitalen Kassenprüfung 2021

Die digitale Kassenprüfung 2021 führte zu keinen Beanstandungen.

Groß-Gerau, den 10.11.2021

Revisorin:


(Mastroilli-Hunger)

Anlage zur Niederschrift über die digitale Kassenprüfung 2021
am: 28.10.2021

Kassenbestandsausweis

zur Bestandsaufnahme der:
in:
aus Anlaß der:

Stadtkasse
Kasse des Eigenbetriebs Stadtentwicklung
digitalen Kassenprüfung 2021

I. Kassensollbestand:

Saldo
Einnahmen nach der Summen- und Saldenliste
Ausgaben nach der Summen- und Saldenliste
Saldo

2021
Euro
-600.081,15
32.032.961,13
33.740.816,36
-2.307.936,38

II. Kassenistbestand:

1. Bargeld	Euro	Euro
0 Banknoten zu	500,00	0,00
0 Banknoten zu	200,00	0,00
0 Banknoten zu	100,00	0,00
0 Banknoten zu	50,00	0,00
0 Banknoten zu	20,00	0,00
0 Banknoten zu	10,00	0,00
0 Banknoten zu	5,00	0,00
0 Münzen zu	2,00	0,00
0 Münzen zu	1,00	0,00
0 Münzen zu	0,50	0,00
0 Münzen zu	0,20	0,00
0 Münzen zu	0,10	0,00
0 Münzen zu	0,05	0,00
0 Münzen zu	0,02	0,00
0 Münzen zu	0,01	0,00
Rollengeld		0,00
Bargeld insgesamt		0,00

2. Ubrige Kassenmittel	Euro
Handvorschüsse	0,00
Bareinzahlungen	0,00
Ubrige Kassenmittel insgesamt	0,00

Übertrag - Summe 1 und 2	Euro	0,00
---------------------------------	-------------	-------------

Übertrag von Seite 1:

Euro
0,00

Noch II. Kassenistbestand

3. Guthaben - zu-/abzüglich der Schwebeposten		Euro
Bank	Kreissparkasse Groß-Gerau	Kontostand: -507.936,38
IBAN:	DE43 50085 2553 0004 0094 60	Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:	28.10.2021	Kontostand: -507.936,38
Bank	Kreissparkasse Groß-Gerau	Kontostand: -900.000,00
Konto-Nr.:	DE94 5085 2553 0004 0967 15	Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:	28.10.2021	Kontostand: -900.000,00
Bank	Kassenwirtschaft	Kontostand: -900.000,00
Konto-Nr.:		Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:		Kontostand: -900.000,00
Bank		Kontostand: 0,00
Konto-Nr.:		Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:		Kontostand: 0,00
Bank		Kontostand: 0,00
Konto-Nr.:		Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:		Kontostand: 0,00
Bank		Kontostand: 0,00
Konto-Nr.:		Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:		Kontostand: 0,00
Bank		Kontostand: 0,00
Konto-Nr.:		Minus-Schwebep. 0,00
Auszug-Nr.:		Plus-Schwebep. 0,00
Auszug vom:		Kontostand: 0,00
Guthaben insgesamt		-2.307.936,38
Kassenistbestand - Summe 1 bis 3		-2.307.936,38
4.1 Der Kassensollbestand nach Ziffer I beträgt:		-2.307.936,38
4.2 Der Kassenistbestand nach Ziffer II beträgt:		-2.307.936,38
Es ergibt sich somit:	Übereinstimmung	0,00
Erläuterung:		

III. Kassenbestandsverstärkung

Zur Verstärkung des Kassenbestandes war in Anspruch genommen:

0,00
0,00

IV. Bestätigung

Es wird bestätigt, dass in der vorgelegten Saldenliste und Finanzrechnung alle Geld-/Bankkonten aufgeführt sind, - alle Ein- und Auszahlungen in den Büchern eingetragen sind, - alle vorhandenen Kassenmittel im Kassenbestandsausweis berücksichtigt sind (Ausnahme Dauervorschüsse), - im Kassenbestand keine fremden Kassenmittel enthalten sind.

Raunheim, den 11.11.21
(Ort, Datum)

Leiter Eigenbetrieb

weitere Bedienstete

Prüferin
<Revision>

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Eigenbetrieb Stadtwerke
Fachdienst	SW

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.01.2022	zur Kenntnis
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	zur Kenntnis
Betriebskommission des Eigenbetriebs Stadtwerke	09.02.2022	zur Kenntnis

Betreff:

Unvermutete Kassenprüfung 2021 Eigenbetrieb Stadtwerke

gem. §131 HGO i. V .m. § 39 Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau

Hier: Bericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau

Beschlussvorschlag:

Der Bericht des Fachbereichs Revision des Kreises Groß-Gerau zur unvermuteten Kassenprüfung 2021 des Eigenbetriebs Stadtwerke wird zur Kenntnis genommen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Gemäß § 131 der Hessischen Gemeindeordnung in Verbindung mit dem § 39 der Gemeindekassenverordnung ist die Kasse des Eigenbetriebs Stadtwerke Raunheim durch den Fachbereich Revision des Kreises Groß-Gerau unvermutet zu prüfen.

Inhalte der Prüfung:

- die Belege des EB Stadtwerke 2021
- die Geschäftsprozesse des EB Stadtwerke
- Kontenabgleich für das Jahr 2021

Ergebnisse der Prüfung:

Die Übereinstimmung des Kontostandes mit der Buchhaltung wurde für das Jahr 2021 ohne Abweichung festgestellt.

Ebenfalls wurde festgestellt, dass die Bücher ordnungsgemäß geführt wurden und alle erforderlichen Belege vorhanden waren und diese nach Form und Inhalt den Vorgaben entsprechen.

Die Prüfungsergebnisse haben keinen Anlass zur Beanstandung gegeben.

Hinweise des Fachbereichs Revision wurden in den Vermerken zum Prüfbericht gesondert abgegeben und sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen	Wählen Sie ein Element aus.
Geschäftsjahr	Geschäftsjahr
Betriebszweig	Betriebszweig
Konto Erfolgsplan	Konto Erfolgsplan
Maßnahme Vermögensplan	Maßnahme Vermögensplan
Überschreitung Planansatz	Betrag Euro
Deckungsvorschlag	Einsparung bei Maßnahme ...
Mittel im Rahmen des Wirtschaftsplans	Wählen Sie ein Element aus.

**Drucksache
2022-172**



Sonstige Hinweise:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
EB SW

Anlage(n):

(1) 2022-172 SW Kassenprüfung 2021 Anlage 1

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau - Revision

Prüfungsbericht gemäß § 29 GemKVO

über die gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO in Verbindung mit § 27 GemKVO durchgeführte

<input checked="" type="checkbox"/> digitale	<input type="checkbox"/> regelmäßige	<input type="checkbox"/> Kassenbestandsaufnahme	<input checked="" type="checkbox"/> Kassenprüfung 2021
bei der: Kasse des Eigenbetriebes Stadtwerke Raunheim			
Prüfungsdauer:	09.12. – 10.12.2021	<input type="checkbox"/> Mit Unterbrechungen	Revisor: Frau Mastrorilli-Hunger
Anwesende Kassenbedienstete:		Frau Seibert, Herr Bader	

Inhalt des Prüfungsberichtes:

1. Kassenbestandsaufnahme (§ 28 Abs. 1 GemKVO)	2. Behandlung des Überschusses/Fehlbetrages	3. Prüfungsumfang gemäß § 28 Abs. 2 GemKVO
4. Prüfungsergebnis	5. Erklärungen der Kassenbediensteten	6. Anlagen

<p>1. Kassenbestandsaufnahme gemäß § 28 Abs. 1 GemKVO</p> <ul style="list-style-type: none"> Zu Beginn der Prüfung wurde eine Summen- und Saldenliste der Geld-/Bankkonten vom 01.01.2021 bis zum Prüfungstag ausgedruckt. Danach wurde der Kassenistbestand ermittelt und in einem Kassenbestandsausweis gemäß § 29 Abs. 2 der GemKVO dargestellt. Dieser ist diesem Bericht beigelegt. <p>Die Finanzbuchhaltung und die mit dem Zahlungsverkehr beauftragten Bediensteten erklärten, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> alle Ein- und Auszahlungen dokumentiert und nachgewiesen sind, alle vorhandenen Kassenmittel einschließlich der Geldanlagen im Kassenbestandsausweis berücksichtigt sind, im Kassenbestand nur Kassenmittel enthalten sind, die von der Kasse zu verwalten sind. <p>Der Revisor hat sich davon überzeugt, dass der im Kassenbestandsausweis dargestellte Kassenistbestand vorhanden war und der Kassensollbestand richtig ermittelt wurde.</p>

Kassensollbestand	2021	Euro
Saldovortrag		-335.466,81
Einzahlungen nach der Saldenliste:		7.412.401,80
Auszahlungen nach der Saldenliste:		-7.133.531,31
Kassensollbestand:		-56.596,32
Kassenistbestand (laut Kassenbestandsausweis):		-56.596,32
Die Gegenüberstellung des Kassensollbestandes und des Kassenistbestandes ergab Übereinstimmung.		0,00

2. Im Fall eines Kassenüberschusses/Kassenfehlbetrages findet § 22 Abs. 2 GemKVO Anwendung.
--

3. Prüfungsumfang der Prüfungen gemäß § 28 Abs. 2 GemKVO

Im Rahmen der Prüfung wurde ferner stichprobenweise festgestellt, ob	
	der Zahlungsverkehr ordnungsgemäß abgewickelt wird, insbesondere die Einzahlungen und Auszahlungen rechtzeitig und vollständig eingezogen worden sind,
<input checked="" type="checkbox"/>	die Bücher ordnungsgemäß geführt werden,
	die erforderlichen Belege vorhanden sind und nach Form und Inhalt den Vorschriften entsprechen,
	der tägliche Bestand an Bargeld und auf den für den Zahlungsverkehr bei Kreditinstituten errichteten Konten den notwendigen Umfang nicht überschreitet,
	die verwahrten Wertgegenstände und die anderen Gegenstände vorhanden sind,
	im Übrigen die Kassengeschäfte ordnungsgemäß und wirtschaftlich erledigt werden.

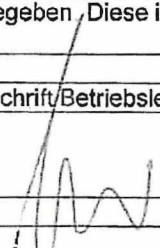
4. Prüfungsergebnis

Die Prüfung der Kassenvorgänge hat gemäß § 29 Abs. 3 GemKVO	
	zu wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben.
<input checked="" type="checkbox"/>	zu Beanstandungen keinen Anlass gegeben.
	Zu sonstigen Hinweisen, Bemerkungen oder über während der Prüfung ausgeräumte Feststellungen der Revision wurde für die Verwaltung ein Vermerk angefertigt.

Die im Prüfungsbericht über die vorangegangene Kassenprüfung enthaltenen Prüfungsbemerkungen sind	
<input checked="" type="checkbox"/>	erledigt.
	noch nicht erledigt und wurden erneut beanstandet. Die Hinderungsgründe, die der Erledigung entgegenstanden, sind ebenfalls festgehalten.


5. Erklärungen der Kassenbediensteten gemäß § 29 Abs. 1 GemKVO

<ul style="list-style-type: none"> Der Prüfbericht wurde der Finanzbuchhaltung bzw. der Stellvertretung zur Kenntnis gegeben. Dadurch wurde der Leitung sowie den Kassenbediensteten die Möglichkeit eingeräumt, zu der durchgeführten Prüfung und dem Prüfungsbericht etwaige Erklärungen abzugeben. 	
<input checked="" type="checkbox"/>	Die genannten Personen haben keine Erklärungen abgegeben.
	Die genannten Personen haben eine Erklärung abgegeben. Diese ist als Anlage diesem Prüfungsbericht beigefügt.

Ort	Datum	Unterschrift/Betriebsleiter / Finanzbuchhaltung
Raunheim	10.12.2021	 Leber

6. Anlagen

<ul style="list-style-type: none"> Kassenbestandsausweis, Summen- und Saldenliste Prüfungsvermerk 	
---	--

Ort	Datum	Unterschrift Revisorin
Groß-Gerau	17.12.21	

Digitale Kassenprüfung bei dem Eigenbetrieb Stadtwerke Raunheim in der Zeit vom 09.12. - 10.12.2021

I. Prüfungsumfang

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation (Infektionsgefahr durch das Corona-Virus SARS-CoV-2 und Maßnahmen zur Verhinderung beziehungsweise Verlangsamung der Ausbreitung des Virus) führten wir die für das Jahr 2021 noch anstehende Kassenprüfung in digitaler Form in Anlehnung an § 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO in Verbindung mit § 27 Absatz 1 GemKVO durch.

Die Prüfung wurde vor Ort von Seiten des Eigenbetriebes Stadtwerke Raunheim am 08.12.2021 durchgeführt. Die Unterlagen wurden der Revision des Kreises Groß-Gerau am 08.12.2021 in digitaler Form vorgelegt und am 09.12.2021 und 10.12.2021 geprüft.

II. Ermittlung des Kassensollbestandes

Der Kassensollbestand wurde anhand der Summen- und Saldenliste und der Konten für die Kreissparkasse Groß-Gerau, der Volksbank Rüsselsheim eG und der Barkasse ermittelt.

1. Kreissparkasse Groß-Gerau, Kto.-Nr. 4002762

Kontoauszug vom 07.12.2021

Bilanz Vortrag	Soll	Haben	Saldo neu
-380319,92 €	7.139.455,91€	6.958.268,51€	-199.132,52 €

2. Volksbank Rüsselsheim eG., Kto.-Nr. 2265800

Kontoauszug vom 03.12.2020

Bilanz Vortrag	Soll	Haben	Saldo neu
44.634,78 €	271.515,69 €	173.968,86 €	142.181,61 €

3. Kasse Verwaltung - Barkasse

Stand 08.12.2021

Bilanz Vortrag	Soll	Haben	Saldo neu
98,33 €	1.430,20 €	1.293,94 €	254,59 €

4. Kasse Hallenbad - Barkasse

Bilanz Vortrag	Soll	Haben	Saldo neu
120,00 €	0,00 €	0,00 €	120,00 €

Summe der Salden (Ziffer 1 - 7)

Vorträge	Soll gesamt	Haben gesamt	Saldo
-335.466,81 €	7.412.401,80 €	7.133.531,31 €	-56.596,32 €

III. Prüfung der Zahlstelle und der Handvorschüsse**1. Kasse Verwaltung**

Die Barkasse der Stadtwerke wurde am 08.12.2021 geprüft.

2. Hallenbad

Es ist immer in der Zeit, in der der Waldsee geschlossen ist, geöffnet.

Wegen der Corona-Pandemie ist das Hallenbad seit April 2021 nicht mehr für die Öffentlichkeit geöffnet.

Der Wechselgeldvorschuss beträgt 120,00 €.

Auf eine Prüfung der Zahlstelle Hallenbad vor Ort wurde verzichtet.

3. Waldsee

Der Kassendienst wird durch den Pächter des Badesees „Pinta Beach GmbH“ abgewickelt. Der Pächter behält die Eintrittsgelder und zahlt an die Stadtwerke Raunheim eine monatliche Pacht in Höhe von 2.000,00 € für jeden Betriebsmonat.

IV. Belegprüfung

Im Rahmen der digitalen Kassenprüfung 2021 wurden keine Belege geprüft.

V. Kassenprüfung 2020

Der Inhalt der digitalen Kassenprüfungen 2020 wurde von der Betriebskommission in der Sitzung am 28.06.2021 zur Kenntnis genommen.

VI. Allgemeine Hinweise

Der vorgelegte Kassenbestandsausweis wurde von der Revision korrigiert und an die Finanzverwaltung weitergeleitet.

VII. Prüfungsfeststellung zur digitalen Kassenprüfung 2021

Die digitale Kassenprüfung 2021 führte zu keinen Beanstandungen.

Groß-Gerau, den 10.12.2021

Prüferin:


(Mastrorilli-Hunger)

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Eigenbetrieb Stadtwerke
Fachdienst	SW

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.01.2022	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend
Betriebskommission des Eigenbetriebs Stadtwerke	09.02.2022	vorberatend

Betreff:

Aktualisierung der finanziellen Grundlagen des Eigenbetriebs Stadtwerke

Umsetzung der Neukalkulation der Wassergebühren - Festlegung einer Konzessionsabgabe

Beschlussvorschlag:

Die Vereinbarung zur Zahlung einer Konzessionsabgabe auf Wassergeldeinnahmen wird beschlossen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Die gesetzlichen Grundlagen über kommunale Abgaben verlangen für Strukturen, wie sie in Raunheim bestehen (Stadt, Eigenbetrieb Stadtwerke), die Erhebung von Konzessionsabgaben für Leistungen der Daseinsfürsorge, wie die Wasserversorgung, sofern diese über Eigenbetrieb organisiert sind. In der Vergangenheit wurde diese Vorgabe nicht umgesetzt. Entsprechenden Hinweisen von Prüfern folgend, ist dies nun zu realisieren.

Im Rahmen der Neukalkulation der Wassergebühren wurde die Regelung zur Erhebung einer Konzessionsabgabe bereits berücksichtigt und in die Wirtschafts- bzw. Haushaltsplanung aufgenommen.

Um die dafür erforderliche sichere Rechtsgrundlage zu schaffen, ist eine schriftliche Vereinbarung zwischen der Stadt und den Stadtwerken zu erreichen.

Die nach den rechtlichen Bestimmungen zulässige Konzessionsabgabe beläuft sich auf 10 % der Wassergeldeinnahmen sowie 1,5 % für Großabnehmer über 6.000 m³ im Gebührenhaushalt des Eigenbetriebs. Voraussetzung für die Zahlung der Konzessionsabgabe ist, dass die Wasserversorgung den Mindestgewinn von 1,5 % des Buchwertes des Anlagevermögens am Jahresanfang ausweist. Die Aufwendungen und Einnahmen wurden bei der Aufstellung des Haushaltes 2022 bzw. des Wirtschaftsplanes 2022 des EB SW bereits berücksichtigt.

Die Vereinbarung wird wie folgt empfohlen:

Vereinbarung

zwischen der Stadt Raunheim und den Stadtwerken Raunheim

wird folgender Vertrag über die Zahlung von Konzessionsabgabe geschlossen:

Die Stadtwerke zahlen an die Stadt für die Wasserversorgung eine Konzessionsabgabe in der jeweils preisrechtlichen und steuerrechtlich maximalen Höhe. Zurzeit gelten die Höchstsätze gemäß § 2 der Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben (KAE) vom 4.3.1941 in der Fassung vom 7.3.1975.

Die Konzessionsabgabe wird jeweils aus der gesetzlichen Bemessungsgrundlage eines Kalenderjahres errechnet und ist am 30.06. des folgenden Jahres fällig. Die Stadtwerke leisten Vorauszahlungen zum 01.07. und 01.12. eines jeden Jahres, und zwar jeweils in Höhe der Hälfte der Vorjahresabgabe.

Diese Vereinbarung tritt mit Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in Kraft. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre.

Finanzielle Auswirkungen:

Drucksache 2022-173



Finanzielle Auswirkungen	Wählen Sie ein Element aus.
Geschäftsjahr	Geschäftsjahr
Betriebszweig	Betriebszweig
Konto Erfolgsplan	Konto Erfolgsplan
Maßnahme Vermögensplan	Maßnahme Vermögensplan
Überschreitung Planansatz	Betrag Euro
Deckungsvorschlag	Einsparung bei Maßnahme ...
Mittel im Rahmen des Wirtschaftsplans	Wählen Sie ein Element aus.
Sonstige Hinweise:	
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
EB SW

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich III
Fachdienst	FD III.2

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.01.2022	vorberatend
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	31.01.2022	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:

Bebauungsplan 61.23.42 „Am gemeinen Damm“

hier: Antrag zur erneuten Änderung des Regionalplans / Regionalen Flächennutzungsplans

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderung des Regionalplans / Regionalen Flächennutzungsplans beim zuständigen Planungsträger zu beantragen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

-

Ausgangssituation

Die Städte Rüsselsheim, Raunheim und Kelsterbach vereinbarten die gemeinsame Erbringung von zentralen Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger u. a. in den Bereichen Grünpflege, Straßenreinigung, Abfallentsorgung, Bauhofdienstleistungen etc.

Hierfür wurde die Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts gewählt, weil diese unter den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten als zulässig und wirtschaftlicher als eine Zweckverbandskonstruktion festgestellt wurde.

Wesentliches Motiv für den Zusammenschluss war die wirtschaftlichere Erbringung von Leistungen, um sowohl die städtischen Haushalte als auch die Gebührenzahler perspektivisch entlasten zu können. Gemeinsames Verständnis der drei Städte war zudem, dass eine deutlich verbesserte Wirtschaftlichkeit im Wesentlichen nur dadurch erreicht werden könne, dass eine optimierte betriebliche Verfasstheit an einem neu zu errichtenden zentralen Standort unter Anwendung optimierter betrieblicher Prozesse realisiert wird. In diesem Zusammenhang erklärte sich die Stadt Raunheim bereit, für eine Realisierung eines gemeinsam getragenen zentralen Standortes auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes umfänglich Grundstücksankäufe zu tätigen, um hinreichend Fläche für die neuen Betriebsanlagen erreichen zu können. Vorgesehen war, dass zunächst Raunheim und Rüsselsheim in die neue AöR eintreten und die Stadt Kelsterbach, nach sorgfältiger Ermittlung des eigenen Leistungs- und Kostenspektrums, später hinzustoßen sollte.

Bereits nach Inbetriebnahme des Städteservices Raunheim / Rüsselsheim AöR am 01.01.2016 veränderten sich nach den Kommunalwahlen im März 2016 die politischen Positionierungen zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Bau- und Betriebshofdienstleistungen. So ließ der Magistrat der Stadt Rüsselsheim die rechtlichen Möglichkeiten zur Rückabwicklung der AöR prüfen, und die Errichtung des vereinbarten gemeinsamen Standortes auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes wurde von der neuen Mehrheit im Stadtparlament verworfen.

Damit ließen sich die planerisch bereits vorbereiteten optimierten Arbeitsprozesse und damit die verbundenen wirtschaftliche Vorteile nicht mehr realisieren. In der Konsequenz betrieb die Stadt Kelsterbach nicht weiter, sich der dafür ursprünglich vorbereiteten interkommunalen Bau- und Betriebshofkonstruktion anzuschließen. Zwar unternahm die Stadt Raunheim immer wieder Anläufe, in der Stadt Rüsselsheim eine Entscheidung zugunsten eines gemeinsamen Standortes auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes zu erreichen, scheiterte aber an den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim beschlossen, dass nach einem Scheitern des Projektes *zentraler Standort Bau- und Betriebshof auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes* ein Ausstieg aus der Städteservice Raunheim / Rüsselsheim AöR initiiert werden soll.

Dieser Absicht haben sich mittlerweile die aus Rüsselsheim entsandten Verwaltungsratsmitglieder der AöR angeschlossen, allerdings mit der Begründung, eine drohende Verteuerung von kommunalen Dienstleistungen durch eine Umsatzsteuerpflicht abwenden zu wollen. Durch Beschluss des Verwaltungsrates ist nunmehr ein Prozess mit dem Ziel eingeleitet worden, eine Auflösung der AöR unter Beachtung der wirtschaftlichen Interessen der beiden Städte planerisch vorzubereiten.

Nachdem also nunmehr klar ist, dass auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes sowie den von der Stadt Raunheim ergänzend erworbenen Flächen kein Bau- und Betriebshofareal mehr entstehen wird, ist zur Abwendung eines wirtschaftlichen Schadens und zum Zwecke eines sorgsamsten Umgangs mit Flächenbedarfen für gewerbliche Zwecke eine alternative Nutzung zu planen und vorzubereiten. Folglich hat die Stadt Raunheim für den Prozess der Auflösung der AöR geltend gemacht, dass wesentliche Teile, des für den Bau des zentralen Bau- und Betriebshofes vorgesehenen Geländes im Bereich des Abwasserzweckverbandes an die Stadt Raunheim eigentumsmäßig zu übertragen ist. Die Preisbildung soll sich an den unter Kommunen üblichen Verfahren orientieren (z. B. Bodenrichtwerte, Gutachterausschuss).

Nach der ursprünglichen Vereinbarung der Städte galt für die Stadt Raunheim seinerzeit der Auftrag, für den zentralen Bau- und Betriebshof auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes Baurecht zu schaffen. Gemäß dem Selbstverständnis der Stadt, bei interkommunalen Vereinbarungen stets ein verlässlicher Partner zu sein, wurden die dafür erforderlichen planerischen Leistungen sofort auf den Weg gebracht. Hierzu gehörten u. a. die Vorbereitungen sowie Durchführung der Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes sowie die Aufstellung eines verbindlichen Bauleitplanes.



Abb. 1: Luftbildausschnitt

Mit der Neudarstellung der notwendigen Fläche als Gemeinbedarfsfläche wurde ein wesentlicher Schritt schließlich auch abgeschlossen. Ein Beschluss der STV über den auch erarbeiteten Entwurf des Bebauungsplans als Satzung ist dann aus den aufgezeigten Gründen, nämlich der ablehnenden Haltung der Stadt Rüsselsheim, nicht mehr erfolgt.

Weiteres Vorgehen:

Da die Stadt Raunheim in relevantem Umfang in die Vorbereitung der Fläche für einen interkommunalen Bau- und Betriebshof investiert hat (Grundstücksankäufe, Planungsleistungen, Verfahrensaufwand etc.), sollte das von ihr nicht selbst verschuldete Scheitern der Städteservice Raunheim / Rüsselsheim AöR nicht zu einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden führen. Dieser kann dadurch abgewendet werden, dass die auf dem Abwasserzweckverbandsgelände vorhandene Fläche, die für den Bau- und Betriebshof vorgesehen war, nunmehr in das vollständige Eigentum der Stadt Raunheim gelangt und sodann als gewerblich nutzbare Fläche Einnahmen aus Grundstücksverkaufserlösen und Gewerbesteuer ermöglicht. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die bauleitplanerischen Voraussetzungen anzupassen.

Antrag auf Änderung des Regionalplans / Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP)

Gemäß § 1 Absatz 4 sowie § 8 des Baugesetzbuches sind Bebauungspläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen und aus dem Flächennutzungsplan (hier: RegFNP) zu entwickeln. Der Plangeltungsbereich befindet sich, wie zu erkennen ist, angrenzend an Flächen für „Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung“ (s. gelbe Darstellung) des RegFNP.



Abb. 2: Ausschnitt Flächennutzungsplan

Die rote Fläche in Form eines liegenden offenen U beschreibt die Gemeinbedarfsfläche mit Zweckbestimmung „Bau- und Betriebshof“. Da ein künftiger Bebauungsplan allein eine solche Bebauung absichern könnte ist der Regionale Flächennutzungsplan abermals zu ändern. Ein ent-

sprechender Antrag ist beim Planungsträger (Regionalverband und Regierungspräsidium) zu stellen.

Nach der Lage der Fläche kommt für eine künftige Nutzung allein eine gewerbliche (in Richtung der nordöstlich gelegenen landwirtschaftlichen Flächen) in Frage. Wohnbauliche Nutzungen scheiden aus Gründen der Siedlungsbeschränkung grundsätzlich aus. Die südöstlichen Flächen (entlang der Mainzer Straße) werden wieder auf die Darstellung Fläche für „Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung“ zurückgeführt.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Nein	
Haushaltsjahr		2022	
Kostenstelle		0961200	
Sachkonto		612000	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Ja	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
Fachbereich III

Gomille
Fachdienst III.2

Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 02.12.2020

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.2
Antragsteller	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	14.12.2020	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	15.12.2020	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	17.12.2020	beschließend
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	17.05.2021	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	18.05.2021	vorberatend
Ausländerbeirat	06.07.2021	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	zur Kenntnis
Ausländerbeirat	08.03.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	17.03.2022	zur Kenntnis
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	30.05.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	02.06.2022	beschließend
Ausländerbeirat	12.07.2022	zur Kenntnis

Betreff:
SPD-Antrag;
Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

Anlage(n):

- (1) 2020-898 SPD-Antrag Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof
- (2) 2020-898_Zeitliche Erweiterung der Beisetzung und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

■ WIR BEWEGEN RAUNHEIM 2.0!

2020/898

SPD Fraktion Raunheim • Herberich – Am Stadtzentrum 5 C • 65479 Raunheim

Herr
Stadtverordnetenvorsteher
Angelo Pellilli
Am Stadtzentrum 1
65479 Raunheim

1. Vorsitzender:
Michael Gluch

Stellvertreter:
Steffen Gabriel
David Rendel

Kontakt:
dorothee.herberich@gmx.de
06142/44118

Datum: 28.11.2020

Prüfantrag:

Zeitliche Erweiterung der Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten auch am Wochenende auf dem Raunheimer Friedhof ermöglicht werden können.
2. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Beisetzungen und Trauerfeierlichkeiten finden auf dem Raunheimer Friedhof in der Regel von Montag bis Freitagvormittag statt.

Immer häufiger nimmt die SPD-Fraktion allerdings wahr, dass seitens der Hinterbliebenen auch der Wunsch besteht, an Freitagnachmittagen oder sogar an Samstagen Beisetzungen und Trauerfeiern ermöglicht zu bekommen.

Gerade dann, wenn ein relevanter Teil des familiären Umfeldes außerhalb Raunheims, ggf. sogar in anderen Bundesländern oder im Ausland lebt, werden Termine für Trauerfeiern am Wochenende häufiger nachgefragt.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollte es trauernden Familien ermöglicht werden, Trauerfeiern und Beisetzungen auch an Freitagnachmittagen und Samstagen durchführen zu können.

Sicherlich ist aufgrund tariflicher Vorgaben davon auszugehen, dass das seitens der Friedhofsverwaltung bzw. der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR einzusetzende Personal nicht zu den gleichen Konditionen wie an den übrigen Tagen der Woche zur Verfügung stehen kann. Dies wird aber über einen entsprechenden finanziellen oder zeitlichen Ausgleich zu bewerkstelligen sein.



■ WIR BEWEGEN RAUNHEIM 2.0!

Hierzu ist der Magistrat aufgefordert, mit der Friedhofsverwaltung sowie der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR in Gespräche einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Antragstellung

Michael Gluch
Fraktionsvorsitzender

Mohammed Ghazi



Beantwortung von Mitteilungen, Anfragen und Anträgen aus den städtischen Gremien

Drucksache: 2020-898 A

Fachdienst/Eigenbetrieb: SW

Datum: 19.05.2022

Betreff:

Zeitliche Erweiterung der Beisetzung und Trauerfeierlichkeiten auf dem Raunheimer Friedhof

Beantwortung:

Die Verwaltung hat im Auftrag des Magistrates geprüft, ob es eine Möglichkeit gibt, auch an Freitagnachmittagen sowie an Samstagen Beisetzungen auf dem Raunheimer Friedhof zu ermöglichen.

Hierzu wurden zunächst die umliegenden Bestatter angesprochen, welche notwendigen Dienstleistungen extern eingekauft werden könnten. Leider zeigte es sich, dass hier kein Interesse besteht, weil die Vorhaltung der personellen Ressourcen nicht wirtschaftlich abgebildet werden könne. Denkbar seien entsprechende Angebote nur dann, wenn dieses über Personal der Stadt bzw. der AöR realisiert werden könne.

Nachdem also Lösungen privatwirtschaftlicher Art nicht realistisch erschienen, erfolgte eine Anfrage bei der Raunheim/Rüsselsheim AöR, ob im Rahmen der bestehenden Regelungen und dem aktuellen Personal solche Leistungen erbracht werden können.

In der Antwort auf die Anfrage wurde einerseits auf die begrenzten personellen Kapazitäten verwiesen, andererseits wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass sich Regelungen außerhalb der üblichen Arbeitszeiten der AöR (also an Freitagnachmittagen und Samstagen) nicht mit den Positionierungen des Personalrates vertragen würden.

Der Vorstand stellte aber in Aussicht, dass sich bei entsprechender Personalerhöhung, diese Leistungen womöglich perspektivisch erbringen ließen.

Da diese Ergebnisse sehr unzufriedenstellend ausfielen, hat sich Verwaltung entschlossen, zunächst eine pragmatische und zugleich wirtschaftliche sowie bedarfsgerechte Lösung zu konzipieren, welche bei entsprechender Nachfrage verstetigt und ausgebaut werden kann.

Derzeit finden überwiegend Urnenbeisetzungen auf dem Raunheimer Friedhof statt. Der personelle Aufwand für das Öffnen und Schließen des Urnengrabes ist überschaubar, für das Tragen der Urne zum Ort der Beisetzung wird eine Person benötigt, welche auch die Trauerhalle bereitstellt und nach der Beisetzung den Grabschmuck aus der Halle an das Urnengrab verbringt.

Der überwiegende Anteil der Beisetzungen in Erdgräbern wird von Mitgliedern unserer muslimischen Gemeinden gewünscht. Hier ist ein Grab auszuheben und das Erdmaterial bereitzustellen. Diese Tätigkeit kann bereits zu den Regelarbeitszeiten vorbereitet werden. Die Träger des Leichnams werden in der Regel aus der zugehörigen Gemeinde oder aus der Familie der verstorbenen Person gestellt. Das Grab wird ebenfalls durch die Mitglieder der Gemeinde und Familie nach der Beisetzung mit der bereitgestellten Erde vollständig verschlossen. Die Tätigkeiten des einzusetzenden Personals beschränken sich daher auf die Bereitstellung der Trauerhalle, die Kontrolle des ordnungsgemäßen Verschlusses des Grabes sowie dem Verbringen des Grabschmuckes an den Ort der Beisetzung.

Unter Einbeziehung des bislang auch bereits zuständigen Mitarbeiter Herr Kaiser und einer weiteren Hilfskraft (geringfügig beschäftigt) sieht die Verwaltung die Möglichkeit, folgendes Angebot zur Beisetzung am Wochenende umzusetzen:

- An Freitagnachmittagen und Samstagvormittagen ist jeweils eine Erd- sowie eine Urnenbestattung möglich.
- Bei Bestattungen im Erdgrab muss das Grab durch die Leistung eines externen Bestatters oder Friedhofsgärtners, der Gemeinde oder der Familienmitglieder vollständig mit der bereitgestellten Erde verschlossen werden. Ebenso sind vier (Sarg-)Träger zu stellen.

Die Beisetzungen am Wochenende verursachen einen erhöhten finanziellen Aufwand. Im Zuge der Anpassungen der Gebührenordnung des Raunheimer Friedhofes wird dieses Angebot dann entsprechend eigenständig bewertet und in die Gebührenordnung integriert.

Thomas Jühe
Bürgermeister

Laubscheer, Jan
Leitung EBSW

Antrag FA/2021-128



Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 30.11.2021

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.b
Antragsteller	B 90/Die Grünen

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	13.12.2021	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	14.12.2021	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	16.12.2021	beschließend
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	31.01.2022	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	zur Kenntnis

Betreff:
B90/Die Grünen Antrag;
Erstellung einer Prioritätenliste bei der Straßensanierung

Anlage(n):

(1) Fraktionsantrag



Inge Bruttger
Fraktionsvorsitzende
des Ortsverbandes Raunheim
von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Limesstraße 37
65479 Raunheim

inge@bruttger.de

Inge Bruttger, 65479 Raunheim, Limesstraße 37

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
David Rendel
Am Stadtzentrum 1

65479 Raunheim

Raunheim, den 26.11.2021

Antrag:

Erstellung einer Prioritätenliste bei der Straßensanierung und Prüfung, welche Sanierungen verschoben werden können.

Begründung:

Zur notwendigen Konsolidierung der kommenden Haushalte sollten die Sanierungen auf mehrere Jahre verschoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Bruttger

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 14.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich III
Fachdienst	FD III.1

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	18.01.2022	vorberatend
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	31.01.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:

Prioritätenliste für Straßensanierungsmaßnahmen

Beschlussvorschlag:

Die aktuelle Prioritätenliste für Straßensanierungsmaßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Allgemeines

Die ca. 150 Straßen der Stadt Raunheim besitzen eine Gesamtlänge von ca. 40 km. Insbesondere in den Jahren zwischen 1960 und 1970 wurden mit der Erschließung und Entwicklung großer Wohngebietsflächen (Ringstraßensiedlung, Wohngebiet „Südlich der Bahn“) zahlreiche Wohn-, Erschließungs- und Sammelstraßen gebaut. Mit dem Wohngebiet „An der Lache“, den Gewerbegebieten Airport Garden und Airgate One, den Anschlüssen West und Ost, der Durchbindung der Karlstraße sowie dem auf Raunheimer Gemarkung befindlichen Teil des Mönchhofgeländes kam in jüngerer Vergangenheit ein umfangreiches, aber auch nach aktuellen Baustandards erstelltes Straßennetz hinzu.

Der Fachdienst Infrastruktur ist im Rahmen der zu organisierenden baulichen Unterhaltung stets bemüht, Schadensbilder zeitnah zu registrieren und darauf aufbauend fachlich geeignete und zugleich wirtschaftliche Maßnahmen zur Abwehr größerer Schäden zu initiieren. Folglich ist es in den vergangenen Jahrzehnten durchweg gut gelungen, Straßenbeläge weit über die anzunehmende Altersgrenze hinweg funktionsfähig zu halten.

Trotz dieses Systems der Vorsorge- und Sofortmaßnahmen ergeben sich im Laufe der Zeit unabwendbar Sanierungsbedarfe. Das allgemeine Verkehrsaufkommen belastet nachvollziehbar die zahlreiche Stadtstraßen, die je nach vorhandener Stärke des frostsicheren Aufbaues, der Dicke und Qualität der Tragschichten sowie die Beschaffenheit ihrer Deckschichten unterschiedlich stark auf diese Einwirkungen reagieren. Dementsprechend ergeben sich nachhaltige Schäden insbesondere bei Stadtstraßen, die älter als 30 Jahre sind.

Die Folge sind Schadensbilder, die jedem Autofahrer bekannt sind: Schlaglöcher, Unebenheiten durch Setzungen, Asphaltausbrüche, Risse und Pfützenbildung. Gemäß nachstehendem Schaubild setzt hier die Unterhaltungspflicht der Stadt ein, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, die Leistungsfähigkeit der Straßen sicherzustellen und dem Substanzverlust des Straßennetzes entgegenzuwirken.

Betriebliche Unterhaltung (Kontrolle und Wartung)		z.B. Straßenentwässerung, Markierung, Verkehrsbeschilderung
Bauliche Erhaltung	Bauliche Unterhaltung	z.B. akute Kleinreparaturen
	Instandsetzung	z.B. Fräsen/Neueinbau der Deckschicht
	Erneuerung	z.B. Aufbruch und Neueinbau des Oberbaus
Um- und Ausbau		z.B. Querschnittsänderungen
Erweiterung		z.B. Anbau von Fahrstreifen
Neubau		z.B. Bau neuer Anschlussstellen

Schaubild: Prinzip der Unterhaltung von Stadtstraßen

Aufgabenstellung

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021 wird die Verwaltung beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung die aktuelle Prioritätenliste für die Sanierung von Straßen und Gehwegen zur Kenntnis zu geben.

Ziel dieses Auftrags ist es, eine aktuelle Übersicht über die Anzahl der sanierungsbedürftigen Straßen, den zukünftigen Sanierungsaufwand und die geplanten Sanierungszeiträume zu erhalten.

Grundlagenermittlung

Nach Auswertung der Protokolle jährlich durchgeführter Begehungen aller Stadtstraßen ergibt sich eine Übersicht über deren baulichen Zustand. Die vorhandenen Schadensbilder werden bewertet und die Verkehrsbelastung der Straßenzüge kategorisiert. Hierbei werden Straßenzüge mit sehr starker, starker und schwacher Verkehrsbelastung unterschieden. Anschließend werden Sanierungsabschnitte definiert, die zum einen auf technischen Erwägungen (Wie lange hält die Straße noch?) und zum anderen auf finanziellen Rahmenbedingungen (Wie viele Quadratmeter Straßenoberfläche können mit einem definierten Jahresbudget saniert werden?) beruhen.

Kostenermittlung und Sanierungsstandards

Aus zahlreichen Straßensanierungsmaßnahmen der zurückliegenden Jahre liegen die Abrechnungskosten vor. Anhand von Mittelwertbildungen und der Annahme von Zuschlagsfaktoren können hiermit überschlägliche Kostenermittlungen für zukünftige Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Im Folgenden wird für eine einfache Deckensanierung (Abfräsen der alten Deckschicht und Aufzug einer neuen Deckschicht) von einem Einheitspreis in Höhe von 40,- EUR/m² ausgegangen. Parallel auszuführende Arbeiten, wie z.B. das Erneuern von Entwässerungsrinnen und Bordsteinen, werden mit weiteren 20,- EUR/m² bewertet. Somit errechnet sich ein Ansatz von 60,- EUR/m² für die Sanierung von Fahrbahnen im Vorzugsverfahren „Deckenüberzug“.

Mit einer angenommenen durchschnittlichen Mittelbereitstellung von 300.000,- EUR/Jahr können somit jährlich ca. 5.000 m² Fahrbahnflächen im Überzugsverfahren instandgesetzt werden. Bei einer Gesamtfahrbahnlänge aller Straßen von ca. 40.000 m und einer durchschnittlichen Fahrbahnbreite von 6,00 m errechnet sich eine Fahrbahngesamtfläche von ca. 240.000 m². Bei einer jährlichen Sanierungsquote von ca. 5.000 m² können somit rechnerisch alle Stadtstraßen in ca. 50 Jahren einmal mit einer neuen Decke überzogen werden.

Das Überzugsverfahren fällt gemäß o.a. Schaubild (grün hinterlegt) unter Instandsetzungsarbeiten, die in ihrer Dauerhaftigkeit nicht an das Erneuerungsverfahren (Aufbruch und Neueinbau des Unter- und Oberbaus einer Straße) heranreichen. Allerdings sind diese Erneuerungsverfahren um ein Mehrfaches teurer als Instandsetzungsarbeiten. Daher wird aus Kostengründen bereits seit Jahren nicht mehr über eine grundhafte Sanierung aufbauschwacher Straßen nachgedacht, sondern nahezu ausschließlich das Deckenüberzugsverfahren angewendet, das sich in Raunheim auch durchweg bewährt hat.

Prioritätenliste

A. Straßenzüge mit sehr starker Verkehrsbelastung

Maßnahme	Straße	Abschnitt	Fläche in m ²	Kosten brutto in EUR	Sanierungs-jahr (geplant)
1	Mainzer Straße/Einmündung Bonner Straße	Von Ampelanlage bis Stadtgrenze	1.000	60.000	2024

2	Schnelser Weg	Gesamt	5.300	318.000	2024
3	Ludwig-Buxbaum-Allee	Gesamt	3.100	186.000	2025
4	Seinestraße	Gesamt	2.500	150.000	2030
5	Mönchhofallee	Abschnittsweise	3.600	216.000	2030
6	Tejostraße	Gesamt	1.800	108.000	2035
7	Werrastraße	Gesamt	1.800	108.000	2035
8	Kelsterbacher Straße	Abschnittsweise	3.600	216.000	2035
9	Anschlüsse Ost und West	Kreisverkehre und Rampen	5.000	300.000	2036

B. Straßenzüge mit starker Verkehrsbelastung

Maßnahme	Straße	Abschnitt	Fläche in m ²	Kosten brutto in EUR	Sanierungs-jahr (geplant)
10	Industriestraße	Gesamt	1.800	108.000	2023
11	Anton-Flettner-Straße	Von Mainzer Straße bis Autowaschanlage	2.500	150.000	2023
12	Mathildenstraße	Gesamt	1.600	96.000	2025
13	Frankfurter Straße	Hochhaus bis Unterführung Frankfurter Straße	2.600	156.000	2026
14	Bahnhofstraße	Abschnittsweise	1.000	60.000	2026
15	Gottfried-Keller-Straße	Gesamt	3.200	192.000	2027
16	Wilhelm-Leuschner-Straße	Gesamt	1.900	114.000	2028

C. Straßenzüge mit schwacher Verkehrsbelastung

Maßnahme	Straße	Abschnitt	Fläche in m ²	Kosten brutto in EUR	Sanierungs-jahr (geplant)
17	Karl-Lieb-knecht-Straße	Zwischen Mathilden- und Katharinenstraße	1.700	102.000	2026
18	Waldstraße	Gesamt	800	48.000	2026
19	Wilhelm-Raabe-Straße	Gesamt	1.100	66.000	2027
20	Thomas-Mann-Straße	Gesamt	1.500	90.000	2028
21	Stresemannplatz	Gesamt	1.500	90.000	2028
22	Hermannstraße	Gesamt	1.000	60.000	2028
23	Schleusenstraße	Gesamt	700	42.000	2029
23	Hafenstraße	Gesamt	700	42.000	2029
24	Wirtschaftsweg an Gesamtschule	Gesamt	1.000	100.000	2029

26	Wirtschaftsweg Asylbewerber- unterkunft	Gesamt	1.000	100.000	2029
27	Römerstraße	Gesamt	2.300	138.000	2031
28	Uhlandstraße	Gesamt	2.800	168.000	2031
29	Dr.-Hermann- Ehlers-Straße	Gesamt	1.200	72.000	2032
30	Dr.-Kurt-Schu- macher-Straße	Gesamt	1.100	66.000	2032
31	Ernst-Reuter- Straße	Gesamt	1.500	90.000	2032
32	August-Bebel- Straße	Gesamt	2.000	120.000	2032
33	Klopstock- straße	Gesamt	2.000 und Gehwege	200.000	2033
34	Wilhelm-Busch- Straße	Gesamt	1.500	90.000	2033
35	Lessingstraße	Gesamt	1.700	102.000	2034
36	Heinrich-Heine- Straße	Gesamt	800	48.000	2034
37	Hermann- Hesse-Straße	Gesamt	800	48.000	2034
38	Hebbelplatz	Gesamt	800	48.000	2034
39	Gerhart-Haupt- mann-Straße	Gesamt	800	48.000	2034
40	Ernst-Wiechert- Straße	Gesamt	800	48.000	2034
41	Büchnerplatz	Gesamt	800	48.000	2034
42	Theodor- Storm-Straße	Gesamt	900	54.000	2034
42 Straßen			ca. 76.000	ca. 4.700.000	15 Jahre

Schlussbemerkung

Das Straßennetz der Stadt Raunheim stellt einen erheblichen Vermögenswert dar, der einer geplanten und effektiven baulichen Erhaltung bedarf. Straßen stellen Schlagadern für die Entwicklung und Versorgung von Siedlungsräumen dar. Wird, wie bislang, mit dem Vorsorge- und Sofortmaßnahmen-system überwacht und pflegerisch auf das Straßennetz ein-gewirkt, kann dessen Substanzverlust über die erwartbare Lebensdauer hinaus erfolgreich entgegengesteuert werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen haben Magistrat und Stadtverordnetenver-sammlung diese Abhängigkeiten erkannt und deshalb die Verwaltung das gut funktionie-rende System der Vorsorge- und Sofortmaßnahmen in den zurückliegenden Jahren konse-quent anwenden lassen.

Wenn trotz dieses Systems umfänglichere Sanierungsmaßnahmen erforderlich werden, soll-ten diese in einer Prioritätenliste erfasst und im Hinblick auf Ort, Umfang und voraussichtli-che Sanierungszeiträume strukturiert sein.

Unter der Annahme, dass sich anstehende Straßensanierungsmaßnahmen nicht durch ein-fachere Reparaturen zeitlich schieben lassen, ergäbe sich, dass insgesamt ca. 4,7 Mio. EUR in den kommenden 15 Jahren aufgewendet werden müssten.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Wählen Sie ein Element aus.	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
Fachbereich III

Brune
Fachdienst Infrastruktur

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 30.11.2021

Fachbereich/Eigenbetrieb	Bürgermeister
Fachdienst	BGM

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Ausländerbeirat	07.12.2021	zur Kenntnis
Magistrat	09.12.2021	vorberatend
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	13.12.2021	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	16.12.2021	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	17.03.2022	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	27.04.2022	beschließend

Übergeordnete Themen

Themenziele

Betreff:

Einrichtung von Kommissionen, hier;

Festlegung der Zusammensetzung und Struktur einer **Kommission** zur Pflege und Weiterentwicklung von **Städtepartnerschaften** sowie dem internationalen **Städtenetzwerk** (KomSiS)

Beschlussvorschlag:

1. Die Strukturen aus bestehenden Städtepartnerschaften der Stadt Raunheim, Städtepartnerschaften im Rahmen von „Drei gewinnt“ sowie dem internationalen Städtenetzwerk (Anlagen 1 und 2) werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beteiligt sich an der Einrichtung der Kommission KomSiS und entsendet gemäß Vorschlag zur Zusammensetzung dieser Kommission insgesamt fünf Stadtverordnete.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Die Hessische Gemeindeordnung sieht in § 72 die Bildung von Kommissionen „zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftsbereiche sowie zur Erledigung vorübergehender Aufträge“ vor.

Die Stadt Raunheim hat von dieser Möglichkeit in der Vergangenheit durch Bildung der „Städtepartnerschaftskommission“ sowie der Kommission „KOMFOR“ (Kommission zur Integrationsförderung) Gebrauch gemacht.

In beiden Fällen erfolgte die Besetzung abweichend von den Regelungen, die die HGO vorsieht. So wurden beispielsweise die Vertreter der Städtepartnerschaftsvereine für die bisherige Städtepartnerschaftskommission nicht persönlich gewählt, sondern seitens der Vereine ausgewählt und entsandt.

Auch der Strukturvorschlag für die Besetzung der neu einzurichtenden Kommission zur Pflege und Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften sowie dem internationalen Städtenetzwerk (KomSiS) folgt dieser Tradition.

Allerdings beinhaltet der Strukturvorschlag eine Vorgabe für die entsendenden Institutionen. Aufgrund der personellen Überalterung der Akteursstruktur und der zwingenden Aufgabenstellung, junge Menschen für die Fortführung der Städtepartnerschaftsidee zu begeistern und in die Verantwortung zu bringen, ist erstmals eine Altersgrenze vorgesehen.

Ähnlich wie bei geschlechterbezogenen Quotenregelungen für die Besetzung politischer Ämter soll dadurch die notwendige Verjüngung und der Generationenwechsel zügig erreicht werden.

Eine weitere Neuerung stellt die Einbeziehung von insgesamt zwei Personen aus Kelsterbach und Rüsselsheim dar (aus jeder Stadt jeweils eine Person). Damit wird auf die gemeinsam erreichten Städtenetzwerke reagiert, die im Kontext der „Drei-gewinnt-Strategie“ aufgebaut wurden.

Zusammensetzung Städtepartnerschaftskommission

1. Fraktionen: je 1 Vertreter/in pro Fraktion
2. 1 Vertreter/in aus der Reihe fraktionsloser Stadtverordneter (Ermittlung ggf. durch Losverfahren)
3. Stadtverordnetenvorsteher/in
4. 1 Vertreter/in vom Freundeskreis Le Teil
5. 1 Vertreter/in vom Freundeskreis Trofarello
6. 1 Vertreter/in vom Freundeskreis „Internationales Städtenetzwerk“
7. 1 Vertreter/in von TUN e.V.
8. 1 Vertreter/in aus Kelsterbach und Rüsselsheim, die mit Städtepartnerschaftsangelegenheiten befasst sind

9. 1 Vertreter/in der Stadtverwaltung Raunheim
10. Je 1 Vertreter/in der Raunheimer Schulen (1 Grundschulen, 1 Anne-Frank-Schule)
11. 2 Vertreter/innen des Magistrats (1 x Bürgermeister + 1 weiteres Magistratsmitglied)

= 17 Teilnehmer

Hinweis:

Kommissionen sollen eine beratende Funktion für den Magistrat wahrnehmen. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt in der laufenden Legislaturperiode wird die Erreichung der Zukunftsfähigkeit der bestehenden Städtepartnerschaften sein. Hierbei wird es wesentlich darauf ankommen, die Verantwortung für die zukünftige Gestaltung und Pflege der Beziehungen in die Hände der nachfolgenden Generation zu legen.

Aus diesem Grunde sollte die Lebenswelt der nachfolgenden Generation in Politik und städtepartnerschaftsinteressierter Stadtgesellschaft konsequent Einfluss auf die Entscheidungen zu einer zukunftsorientierten Städtepartnerschaftspolitik nehmen können.

Zur Gewährleistung dieses Anspruches ist die Struktur der Städtepartnerschaftskommission entsprechend anzupassen.

Die entsendenden Vereine, Städte und Initiativen sind folglich gehalten, Personen zu benennen, die unter 60 Jahre alt sind. Die Fraktionen bzw. die fraktionslosen Stadtverordneten sollten Mitglieder entsenden, die unter 50 Jahre alt sind.

Vorschlag zur thematischen Gliederung des ersten Treffens der KomSiS

Treffen: Einladung für 20. Januar, 18.00 Uhr

Agenda

1. Vorstellen der Kommissionsmitglieder
2. Kurzer Blick auf die Geschichte der Städtepartnerschaften in Raunheim, Kelsterbach und Rüsselsheim
3. Die Idee eines internationalen Städtenetzwerkes
- Erläuterung der Vorlage und der bisherigen Aktivitäten

- Sonderaufgabenbereich „China-Drei gewinnt“
- 4. Rekapitulieren und Klären bisheriger und zukünftiger Zielsetzungen der Städtepartnerschaften bzw. internationalen Netzwerkstrukturen:
 - Städtepartnerschaften im Wandel: Welche gegenwartsbezogene Ausrichtung haben Völkerverständigung, Aussöhnung, geordnete Globalisierung und internationale Friedenspolitik?
 - Städtepartner profitieren wirtschaftlich vom internationalen Städtenetzwerk: Das „Landgut-Projekt“
 - Verankerung des Interesses an Städtepartnerschaften in der jüngeren Generation
- 5. Vorbereitung von Treffen für die Nach-Coronazeit
- 6. Beratung des weiteren Vorgehens/Themen für das nächste Treffen

Es wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, der Entsendung von Stadtverordneten in die oben beschriebene Kommission zuzustimmen und diese zu benennen.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Wählen Sie ein Element aus.	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

**Drucksache
2021-133**



Jühe
Bürgermeister

Mohr
Fachbereichsleitung IV

Anlage(n):

- (1) Initiierung eines internationalen Städtenetzwerkes (Anlage 1)
- (2) Startinitiative gemeinsame Wirtschaftsplattform "Drei gewinnt"/Internationales Städte-
netzwerk (Anlage 2)

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum:

Fachbereich/Eigenbetrieb	
Fachdienst	BGM

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	07.05.2019	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	14.05.2019	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	16.05.2019	beschließend

Betreff:

**Startinitiative gemeinsame Wirtschaftsplattform „Drei gewinnt“/Internationales Städte-
netzwerk**

Beschlussvorschlag:

1. Der Sachstandsbericht zur Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftsplattform für die im internationalen Städtenetzwerk verbundenen Städte wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung der Startinitiative für eine gemeinsame Wirtschaftsplattform „Landgut-Städtezertifikat GmbH“ werden dem Eigenbetrieb Stadtentwicklung übertragen.
3. Der Stadtverordnetenversammlung ist jährlich über Aktivitäten und Erfolge der „Landgut-Städtezertifikat GmbH“ zu berichten.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:
(Gründung Städtenetzwerk Drucksache benennen)

Die Stadt Raunheim hat in den letzten Jahren aus Gründen der nachhaltigen Stärkung ihrer Finanzkraft aber auch aus Verantwortung für eine erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung eine Internationalisierung ihrer Wirtschafts- und Partnerschaftspolitik betrieben. In diesem Zusammenhang sind bislang zwei Hauptlinien entstanden.

Internationalisierung der kommunalen Wirtschaftspolitik

Die erste Hauptlinie umfasst die Zusammenarbeit mit den Städten Kelsterbach und Rüsselsheim im Kontext der Kooperationskonstruktion „Drei gewinnt“. Hierbei geht es um die aktive Gestaltung von Wirtschaftsbeziehungen zu chinesischen Unternehmen mit dem Ziel, durch Kooperationen und Unternehmensansiedlungen win-win-Situationen für die Partner zu schaffen und nachhaltig höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer generieren zu können. Nach Festlegung von klaren Regeln zur Aufteilung von Kosten und Erträgen wurde zwischen den drei Städten ein Zweckverband „Fernost“ gegründet, der die erreichten Vereinbarungen rechtlich sichert.

Über die Marke „Drei gewinnt“ konnten mittlerweile bedeutsame Erfolge erreicht werden. Diese sind u. a. darin zu erkennen, dass es „Drei gewinnt“ in China zu einer erfreulichen Bekanntheit gebracht hat. Eine Vielzahl an Anfragen und Kooperationsofferten dokumentieren das hohe Interesse, das Unternehmen aber auch Kommunen aus China daran haben, die Leistungen und die Erfahrungen von „Drei gewinnt“ kennenzulernen und von diesen entsprechend profitieren zu können.

Besonders relevant im Hinblick auf die Zielsetzungen der drei Städte sind aber Unternehmensansiedlungen aus China, die in vergleichsweise kurzer Zeit am Drei-gewinnt-Standort realisiert werden konnten. Mit Blick auf das hohe Entwicklungspotential sind hier vor allem die Ansiedlungen der chinesischen Automobilkonzerne Chery und Geely zu nennen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe kleinerer Unternehmen aus China, die sich mittlerweile in Raunheim, Rüsselsheim und Kelsterbach niedergelassen haben. In der Woche vom 09. – 14. Juni werden die Bürgermeister von Kelsterbach und Raunheim abermals nach China reisen, um für weitere Ansiedlungen durch Kontaktaufbau und Netzwerkpfege die Grundlagen zu schaffen.

Es kann festgestellt werden, dass die Chinaaktivitäten von „Drei gewinnt“ äußerst erfolgreich gestartet sind und daher mit hohem Engagement weiter ausgebaut werden sollten.

Internationale Städteverbände zur zielgerechten Steuerung globaler Wirtschaftsaktivitäten

Die zweite Hauptlinie der verstärkten Bemühungen der Stadt Raunheim um Internationalisierung von wirtschaftlichen und politischen Aufgabenstellungen besteht darin, kommunale Verbände auf internationaler Ebene zu schaffen. Die Zielsetzung dieser Verbände soll nicht ausschließlich darin bestehen, die Völkerfreundschaft zu fördern und in diesem Zusammenhang für Zusammenarbeit auf kultureller und sozialer Ebene zu sorgen. Wichtig ist in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung vor allem, dass die Städte unmittelbare wirtschaftliche Vorteile durch Städtefreundschaften und die damit verbundene Kooperation generieren können.

Im dargestellten Zusammenhang ist die Stadt Raunheim in unterschiedlichen Strukturen in internationale kommunale Netzwerkstrukturen eingebunden. Diese sind:

Internationales Städtenetzwerk (initiiert von Raunheim)	Deutsch-chinesisches Städtenetzwerk (initiiert von „Drei gewinnt“)	Deutsch-chinesische Industriestädteallianz (initiiert von Foshan/China)
Le Teil, Frankreich	Chengdu-Pixian (jetzt Chengdu-Pidu), China	Chinesische Städte: Foshan, Taizhou, Bao'an (Shenzhen), Liuzhou, Maoming, Nansha (Guangzhou), Deyang, Nanning, Jieyang, Jiaozuo, Nanchang, Ma'anshan, Zhuzhuo, Jiangmen, Guiyang, Zhaoqing, Panjin, Shantou, Weihai, Xiaoshan (Hangzhou), Lanzhou). Deutsche Städte: Städtenetzwerk „3 gewinnt“ (Rüsselsheim/Raunheim/ Kelsterbach), Aachen, Ingolstadt, Wuppertal, Bottrop, Chemnitz, Hamburg, Köln, Mainz, Nürnberg, Region Fulda (Stadt und Landkreis), Solingen, Region Schwarzwald (Lahr/Freiburg), Kaiserslautern, Ludwigshafen, Göttingen, Hildesheim, Rhein-Kreis, Neuss
Trofarello, Italien	Chengdu-Daji, China	
Hakusan, Japan	Hangzhou-Jianggan, China	
Chengdu-Pixian (jetzt Chengdu-Pidu), China	Foshan, China	
Pakruojis, Litauen	Kelsterbach, Deutschland	
Lubny, Ukraine	Rüsselsheim, Deutschland	
Osjorsk, Russland	Raunheim, Deutschland	

Diese Netzwerkstrukturen sollen gemäß Aufgabenstellung so organisiert sein, dass sie den Partnern relevante wirtschaftliche und damit finanzielle Vorteile bringen. Allen Akteuren ist dabei bewusst, dass dies in der Phase des Aufbaus zunächst mit einem jeweils eigenen finanziellen Aufwand verbunden sein muss, um ein wirksam und nachhaltig funktionierendes wirtschaftliches Kooperationssystem auf die Beine zu stellen. Über die Netzwerkstrukturen mit chinesischen Partnerkommunen konnten insbesondere die Ansiedlungen chinesischer Automobilkonzerne am „Drei-gewinnt-Standort“ erleichtert realisiert werden. Im Gegenzug wird beim Besuch der Bürgermeister aus Kelsterbach und Raunheim in China im Juni versucht, Expansionsszenarien für deutsche Automarken in den verbundenen chinesischen Städten zu entwickeln und nachfolgend zu realisieren.

Derzeit finden wirtschaftliche Beteiligungen der über Städtepartnerschaften oder Städtefreundschaften verbundenen Kommunen nur situativ und zufällig statt.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Drucksache 2015-870 betreffend die Initiierung eines internationalen Städtenetzwerkes erhielt der Magistrat im Jahr 2015 den Auftrag, insbesondere die wirtschaftliche Kooperation zwischen den verschwisterten und befreundeten Städten auf- und auszubauen.

Mittlerweile liegt hierzu nach Beratungen mit den Verantwortungsträgern in den Rathäusern der Netzwerkkommunen Le Teil, Trofarello, Hakusan, Lubny, Pakruojis und Chengdu-Pidu die konkrete Idee für eine Wirtschaftsplattform vor.

Ziel dieser Idee ist, vorrangig den hohen Bedarf der stetig wachsenden chinesischen Mittelschicht an Qualitätswaren als Marktplattform zu nutzen. Sowohl die dortige Mittel- als auch die Oberschicht formulieren hohe Ansprüche insbesondere an die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Nahrungsmitteln, Pflegemitteln, Textilien etc. Zugleich gelten gute Produkte aus Europa, vorzugsweise aus Deutschland als Statussymbole, die sowohl gerne selbst genutzt als auch gerne verschenkt werden.

Üblicherweise gelten staatliche Stellen, wie sie in Deutschland traditionell verankert sind, als Garanten für die Qualität und Werthaltigkeit von Waren.

Auf den dargestellten Voraussetzungen baut die Idee auf, über die Dachmarke „Landgut“ Qualitätswaren aus den Partnerstädten und den sie umgebenden Regionen im Direktverkauf und über Internetplattformen nach China zu exportieren.

„Landgut“ als Dachmarke qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel, Pflegemittel/Kosmetika, Textilien, Geschenkartikel und Gebrauchsgüter unter kommunaler Kontrolle

(Die nachfolgende Beschreibung der internationalen Geschäftsstruktur unter der Dachmarke „Landgut“ ist der inhaltlichen Abstimmung zwischen einzelnen internationalen Städtepartnern entnommen):

Zu keiner Zeit hatten die Menschen die Möglichkeit, zwischen einer so gigantischen Menge von Produkten auswählen zu können, wie es sie derzeit auf den nationalen, internationalen und digitalen Märkten gibt. Auf der Suche nach Kleidung, Drogerieartikeln, Kosmetika, Küchengeräten, Werkzeugen, Haushaltsgegenständen und all den anderen Dingen, die in unserem modernen Leben eine Rolle spielen, stoßen wir überall auf eine unüberschaubare Auswahl an Waren, die zumeist billig hergestellt sind.

Ob in Einkaufsmärkten, Basaren oder im Internet: überall sind wir leider mit Massenartikeln konfrontiert, denen es an Charakter, Qualität, guter Verarbeitung, Schadstofffreiheit und Einzigartigkeit mangelt. Das liegt vor allem an den Herstellern und Anbietern dieser Waren, für die Verantwortung und dauerhafte Kundenzufriedenheit weit weniger wichtiger sind als das schnell verdiente Geld.

Wir wissen, dass es mittlerweile in allen Ländern anspruchsvolle und verantwortungsorientierte Menschen gibt, die ganz bewusst qualitativ hochwertige, nachhaltig und Ressourcen schonend hergestellte Waren einkaufen wollen. Für diese Menschen gibt es jetzt unter „Landgut – gute Waren unter kommunaler Kontrolle“ ein Angebot mit staatlicher Aufgabenstellung.

Unsere Philosophie

Kunden weltweit sehnen sich nach Orientierung und Sicherheit, wenn es um die Qualität von Produkten geht. Wer vorrangig auf Umsatz und Gewinn schaut, hat den dauerhaften Wert von Waren zumeist nicht im Blick. In wirklich guten Händen können Waren, auf deren Qualität wir vertrauen wollen, also nur dann sein, wenn nicht Gewinnmaximierung das wesentliche Ziel des unternehmerischen Handelns ist.

In Deutschland spielt Qualität traditionell eine große Rolle. Ebenso bekannt ist, dass hier staatliche Stellen konsequent prüfen und zertifizieren. Wenn dann auch noch gute Waren unter kommunalem Dach geprüft, sorgsam ausgewählt und qualitätsgesichert verkauft werden, lässt sich das größtmögliche Maß an Sicherheit für Kunden in der ganzen Welt erreichen.

Die unter „Landgut“ vertriebenen Qualitätswaren unterliegen dieser Kontrolle. Ein internationaler Verbund von Städten bietet hierfür die Plattform.

Der „Landgut – Städtezertifikat“ GmbH geht es vorrangig darum, anspruchsvollen Kunden in der ganzen Welt den sicheren Einkauf gesundheitlich unbedenklicher, qualitativ hochwertiger, einzigartiger sowie werthaltiger Produkte zu ermöglichen.

Unser Vorgehen

In allen Ländern gibt es Hersteller, die aufgrund eigener hoher Ansprüche gute Waren produzieren. Leider fällt es den Kunden zumeist schwer, solche Hersteller ausfindig zu machen und sie von denjenigen zu unterscheiden, die nur das schnelle Geld machen wollen.

Die „Landgut – Städtezertifikat“ GmbH übernimmt für anspruchsvolle Kunden in der ganzen Welt die Arbeit der Auswahl und Prüfung verantwortungsorientierter Hersteller.

Zugleich ermöglichen wir den Herstellern guter Produkte, nach entsprechender Qualitätsprüfung, diese auf unserer Plattform „Landgut – Gute Waren mit Städtezertifikat“ vermarkten zu können. Dabei wird die Qualität regelmäßig geprüft, denn die Sicherheit für unsere Kunden ist unser höchstes Ziel.

Unsere Partner

Die „Landgut – Städtezertifikat“ GmbH operiert unter kommunalem Dach. Daher verfolgen wir vorrangig nicht-kommerzielle Ziele. Neben der Sicherstellung eines Qualitätsangebotes für die Kunden in aller Welt liegen uns auch entwicklungspolitische Ziele und Aufgabenstellungen der Völkerverständigung am Herzen.

Wir kooperieren deshalb mit Städten in der ganzen Welt, die für ihre örtliche Wirtschaft Unterstützung suchen. In einem internationalen Städteverbund melden uns unsere Partnerstädte und Partnerregionen vor Ort hergestellte Qualitätswaren, die unseren hohen Anforderungen entsprechen können. Diese werden von uns sorgfältig geprüft und nach erfolgreichem Verlauf des Prüfverfahrens über unsere „Landgut“-Plattform weltweit angeboten.

Mit dieser Strategie können wir die örtliche Wirtschaft in vielen Teilen der Welt gezielt stärken und damit auch die Lebensgrundlage der dort lebenden und arbeitenden Menschen verbessern.

--

Konkret kann die dargestellte Plattform dazu beitragen, dass z. B. Le Teil (Frankreich) hochwertige Lavendelprodukte (Seifen, Öle und sonstige Körperpflegemittel aber auch Wein) erfolgreich nach China vermarkten kann. Für Lubny wäre eine Absatzmöglichkeit für die dort hergestellten Heilpflanzen geschaffen (wobei zugleich chinesische Investoren für den Aufbau einer vor Ort verarbeitenden Industrie gesucht werden), Trofarello wäre nicht weiter darauf begrenzt, seine Kirschenprodukte auf dem europäischen Markt zu platzieren.

„Drei gewinnt“/Raunheim wäre in diesem kommunalen Netzwerk der koordinierende Mittelpunkt und hier hätte auch die „Landgut-Städtezertifikat GmbH“ dauerhaft ihren Sitz.

Für eine Einbeziehung der Stadt Kelsterbach mit der Partnerstadt Baugé/Frankreich sind bereits die Voraussetzungen geschaffen. Es ist vereinbart, dass nach Beschlussfassung der Stadt Raunheim auch der Magistrat der Stadt Kelsterbach über eine Beteiligung beraten will.

Für die Startinitiative braucht dieses System internationaler kommunaler Wirtschaftskooperation unterstützende Hilfestellung. Im Hinblick auf die Bereitstellung von Personal gibt es bereits Einigungen. Notwendig ist aber aus Sicht der verbundenen kommunalen Vertreter ein Start unter erleichterten Bedingungen, wie sie für Start-ups üblicherweise gewährt werden. Hierzu zählen vorrangig bewältigbare Mietkonditionen in den ersten drei Jahren.

Vorgeschlagen wird, dass die Ausarbeitung konkreter Unterstützungsleistungen für das Projekt an den Eigenbetrieb Stadtentwicklung übertragen wird.

Ein Bericht über Aktivitäten und Erfolge der „Landgut-Städtezertifikat GmbH“ ist der Stadtverordnetenversammlung jährlich vorzulegen.

Es wird empfohlen, dem vorgeschlagenen Vorgehen Zustimmung zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Wählen Sie ein Element aus.	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

Jühe
Bürgermeister

Laubscheer
Fachbereichs-
/Eigenbetriebsleitung

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Datum: 08.07.2015

Fachbereich/Eigenbetrieb	Bürgermeister
Fachdienst	BGM

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	13.07.2015	vorberatend
Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss	20.07.2015	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	21.07.2015	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	23.07.2015	beschließend

Betreff:

Initiierung eines internationalen Städtenetzwerkes

Beschlussvorschlag:

1. Die Idee zur Gründung eines internationalen Städtenetzwerkes wird unter Maßgabe der in der Begründung dargestellten Rahmenbedingungen begrüßt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, zunächst mit den Städten Le Teil (Frankreich), Trofarello (Italien), Hakusan/Shiramine (Japan), Pakruojis (Litauen), Osjorsk (Kaliningrader Gebiet/Russland), Chengdu-Pixian (China), Nantwich (Großbritannien) sowie Kelsterbach und Rüsselsheim in Gespräche zur Gründung eines internationalen Städtenetzwerkes einzutreten und hierzu eine Konkretisierung zu erarbeiten.

Sachdarstellung:

Bisherige Vorgänge:

Gründe für die Initiierung eines internationalen Städtenetzwerkes

In den letzten Jahren schreitet der Prozess der Globalisierung mit immer größerer Geschwindigkeit voran. Da wo in früheren Jahrzehnten ideologische Grenzen zugleich politische Demarkationslinien abbildeten, finden sich heute weitgehende Reisefreiheiten, (teil-)offene Märkte und politische Kooperationen.

Leider lässt sich aber noch nicht in gleicher Weise feststellen, dass auch auf kommunaler Ebene, dort wo Völkerverständigung seinen wichtigsten Boden finden kann, organisiert Zusammenarbeit stattfindet.

Die Idee eines internationalen Städtenetzwerkes knüpft an diesem Defizit an. Länder und sogar Kontinent übergreifend sollen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, der persönlichen Begegnung geschaffen werden, die der Völkerverständigung dienlich sind. Zugleich soll es der Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen der im Netzwerk verbundenen Städte ermöglicht werden, ihre Ausbildung oder Geschäftstätigkeit zu internationalisieren.

Art und Funktionsweise des internationalen Städtenetzwerkes

Das bestehende Instrument der Städtepartnerschaften ist bereits hilfreich, um Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenzuführen und Freundschaften zwischen Völkern zu ermöglichen. Die formellen Voraussetzungen für Städtepartnerschaften werden aber oft als zu bindend empfunden. Zugleich bereiten insbesondere räumlich weit auseinanderliegenden Städten die hohen Reisekosten Probleme, somit sind regelmäßige Treffen mit größeren Delegationen, wie sie das Städtepartnerschaftsmodell vorsehen, kaum zu realisieren.

Die Idee eines internationalen Städtenetzwerkes setzt daher niedrigschwellig an. Nicht die formalisierte Städtepartnerschaft steht im Vordergrund der Zusammenarbeit, sondern die einfache gegenseitige Hilfestellung vom jeweiligen Standort aus.

Wünschen z. B. junge Menschen ein Praktikum zum Ausbau der Sprachkenntnisse in einer der Städte des internationalen Netzwerkes, so kann diesen über die Netzwerkpartner durch Vermittlung eines Praktikumsplatzes und ggf. eines Visums bzw. einer Aufenthaltsgenehmigung geholfen werden.

Ähnliches gilt bei vorhandenem Interesse von Wirtschaftsunternehmen an der Internationalisierung ihrer Geschäftstätigkeit. Auch in solchen Fällen können die Netzwerkpartner jeweils gegenseitig dabei helfen, Kontakte zu Wirtschafts- oder Handelskammern herzustellen und vielleicht sogar Geschäftspartner zu vermitteln.

Auch der Erfahrungsaustausch bei der Bewältigung gleicher oder ähnlicher kommunaler Aufgabenstellungen kann für die Partner organisiert werden.

Grenzen/Rahmenbedingungen

Die Mitwirkung in dem internationalen Städtenetzwerk soll die Partner ausdrücklich nicht verpflichten. Maßgeblich ist das, was ein Partner leisten will und kann.

Wichtig ist vor allem die Bereitschaft, sich als Partner in einem internationalen Netzwerk von Kommunen anzubieten. Dabei können sich in vielfältiger Weise Kooperationsformen herausbilden, die zum Zeitpunkt der Gründung weder vorhersehbar noch planbar sind. Das Netzwerk eröffnet verbesserte Weiterentwicklungschancen sowohl für die Städte selbst, als auch für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Ausdrücklich vermieden werden soll ein deutlich erweiterter Verwaltungsaufwand und/oder zusätzliche Kosten im Kontext der Arbeit im Städtenetzwerk.

Die Zusammenarbeit mit chinesischen Kommunen hat bereits gezeigt, dass die Übermittlung von Informationen sowie die Identifikation gemeinsamer Handlungsfelder ohne hohen Aufwand möglich und sinnvoll sind.

Erste Ansprechpartner und mögliche Erweiterungsebenen

Eine internationale Netzwerkstruktur sollte sinnvollerweise über die Partner erfolgen, zu denen bereits Kontakte und eine hinreichend belastbare Vertrauensbasis bestehen.

Die Kerngruppe sollte aus der Raunheimer Perspektive daher aus den Partnerstädten Le Teil, Trofarello und Raunheim bestehen.

Beim letzten Treffen von Vertretern der drei Städte anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren in 2014 in Raunheim wurde das Konzept eines internationalen Städtenetzwerkes vom Unterzeichner vorgestellt.

Die offiziellen Vertreter der Städte Trofarello und Le Teil sowie des gleichfalls vertretenen Nantwichts begrüßten ausdrücklich die Idee und stimmten dahingehend zu, weltweit Partner für ein solches Vorhaben gewinnen zu wollen. Dabei wurde die Idee geäußert, die jeweiligen Partnerstädte der anzusprechenden Kommunen in einem zweiten Schritt gleichfalls in das Städtenetzwerk mit einbeziehen zu wollen.

Beabsichtigtes Vorgehen

Zwischen den offiziellen Vertretern Le Teils, Trofarellos, Nantwichts und Raunheims wurde beim erwähnten Treffen in Raunheim vereinbart, dass entsprechende Vorlagen zur Beschlussfassung in die jeweiligen Parlamente eingebracht werden sollen. Die Vorlage für Raunheim soll im Falle eines positiven Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung den anderen Partnern zur Orientierung bei der Erstellung einer eigenen Beschlussvorlage dienen.

Weiterhin wurde vereinbart, dass anlässlich des internationalen Treffens bei der Raunheimer Kerb die Idee eines internationalen Städtenetzwerkes eine weitere Konkretisierung erfahren soll. Es wurde festgelegt, dass Raunheim hierzu einen hinreichend konkreten Vorschlag erarbeiten wird.

Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang, ob Fördermitteln für die Umsetzung der internationalen Netzwerkidee generierbar sind.

Bevor jedoch eine weitere Konkretisierung der Idee eines internationalen Städtenetzwerkes erfolgen kann, wird der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim die Angelegenheit zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen		Nein	
Haushaltsjahr		Haushaltsjahr	
Kostenstelle		Kostenstelle	
Sachkonto		Sachkonto	
Investitionsnummer		Investitionsnummer	
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle

**Drucksache
2015-870**

			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung		Wählen Sie ein Element aus.	
Sonstige Hinweise:			
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			

Jühe
Bürgermeister

Zusammensetzung Städtepartnerschaftskommission KomSIS

1. Fraktionen: je 1 Vertreter/in pro Fraktion
 - a. SPD: [Toheed Khan](#) U35
 - b. CDU: [Michelle Kurkulakis](#) U35
 - c. GRÜNE: [Martina Williams](#)
 - d. FDP: [Liv Latsch](#) U35

2. 1 Vertreter/in aus der Reihe fraktionsloser Stadtverordneter (Ermittlung ggf. durch Losverfahren): [Kamran Warraich](#) U35
3. Stadtverordnetenvorsteher/in: [David Rendel](#) U35
4. 1 Vertreter/in vom Freundeskreis Le Teil:
5. 1 Vertreter/in vom Freundeskreis Trofarello: [Dana Rebecca Schiller](#) U35
6. 1 Vertreter/in vom Freundeskreis „Internationales Städtenetzwerk“: [Svitlana Rizzo](#)
7. 1 Vertreter/in von TUN e.V.: [David Martin Gil](#) U35
8. 1 Vertreter/in aus Kelsterbach und Rüsselsheim, die mit Städtepartnerschaftsangelegenheiten befasst sind: [Helga Oehne Kelsterbach](#), [Jens Grode Rüsselsheim](#)
9. 1 Vertreter/in der Stadtverwaltung Raunheim: [Kerstin Mohr](#)
10. Je 1 Vertreter/in der Raunheimer Schulen (1 Grundschulen, 1 Anne-Frank-Schule): [Katrin Saner](#), [Schulleiterin Neue Grundschule Patrizia Munser](#), [S Anne-Frank-Schule](#)
11. 2 Vertreter/innen des Magistrats (1 x Bürgermeister + 1 weiteres Magistratsmitglied) [Bürgermeister Thomas Jühe](#), [Cesare Dima](#)
12. Ausländerbeirat: [Irem Yildirimoglu](#) U35
13. Vereinsring: [Nils Merten](#) U35

Von bislang 18 TN wären 10 deutlich unter 35 Jahre

Antrag FA/2022-175



Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.b
Antragsteller	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:
Ergänzungsantrag zur Drucksache 2021-133 Einrichtung von Kommissionen hier: Festlegung der Zusammensetzung und Struktur einer Jungen Kommission zur Pflege und Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften, sowie dem Internationalen Städtenetzwerk (JKomSIS)

Anlage(n):

(1) FA 2022-175 CDU Ergänzungsantrag Städtepartnerschaftskommission

CDU-Fraktion – Am Schifferstück 37 65479 Raunheim

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn David Rendel

Fraktionsvorsitzender:

Stefan Teppich
Am Schifferstück 37
65479 Raunheim
P - Telefon: 06142-408259
Mobil: 0174-3022211
E-Mail stefan.teppich@allianz.de
st.teppich@gmail.com

Raunheim, den 18.01.2022

Betreff: Ergänzungsantrag zu Drucksache 2021-133 **Einrichtung von Kommissionen, hier:**

(neu/ergänzend) Festlegung der Zusammensetzung und Struktur einer **Jungen Kommission** zur Pflege und Weiterentwicklung von **Städtepartnerschaften**, sowie dem **Internationalen Städtenetzwerk (JKomSIS)**

Sehr geehrter Herr Rendel,

die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Ergänzung zur Drucksache 2021-133 beschließen:

Zusätzlich zur Einrichtung der KomSIS wird eine JKomSIS geschaffen.

Diese besteht aus 7 Vertretern junger Raunheimer*innen im Alter bis 30 Jahren. Die Vertreter sind aus den Vereinen, Gruppierungen und Verbänden vor Ort zu benennen, die aktiv über entsprechende Gliederungen verfügen.

Zusammensetzung JKomSIS

- 3 Vertreter*innen aus dem Vereinsring – aus Vereinen mit Jugendabteilungen
- 2 Vertreter*innen aus den religiösen Jugendgruppen der Stadt
- 1 Vertreter*in* aus der Stadtverordnetenversammlung
- 1 Vertreter*in der Schülerschaft der Anne-Frank-Schule

Die JKomSIS tagt gemeinsam oder auch unabhängig von der KomSIS

Begründung:

Wie der Bürgermeister in der letzten Stadtverordnetenversammlung mündlich ausführte, wünscht er bezüglich des Themas „Städtepartnerschaften“ die Beratung durch junge Menschen. Daher ist die Einrichtung einer JKomSIS die ideale Ergänzung für seinen Wunsch.

Ähnlich wie in Vereinen und Verbänden (z.B.: Jugend DRK, Jusos, Junge Union, Wirtschaftsjuvenoren in der IHK) ermöglicht die Ergänzung der KomSIS durch die



JKomSIS einen speziellen Blick und Fokus auf die Wünsche und Belange jungen Menschen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Teppich

Vorsitzender der CDU Fraktion

Antrag FA/2022-176



Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 21.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.b
Antragsteller	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:
Änderungsantrag zur Drucksache 2021-133 bei Annahme des Ergänzungsantrags 2022-175 zur Drucksache 2021-133

Anlage(n):

(1) FA 2022-176 CDU Änderungsantrag Städtepartnerschaftskommission

CDU-Fraktion – Am Schifferstück 37 65479 Raunheim

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn David Rendel

Fraktionsvorsitzender:

Stefan Teppich
Am Schifferstück 37
65479 Raunheim
P - Telefon: 06142-408259
Mobil: 0174-3022211
E-Mail stefan.teppich@allianz.de
st.teppich@gmail.com

Raunheim, den 18.01.2022

Betreff: Änderungsantrag zu Drucksache 2021-133

Sehr geehrter Herr Rendel,

die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Ergänzung zur Drucksache 2021-133 beschließen:

Bei Annahme von:

Ergänzungsantrag

Einrichtung von Kommissionen, hier:

(neu/ergänzend) Festlegung der Zusammensetzung und Struktur einer **Jungen Kommission** zur Pflege und Weiterentwicklung von **Städtepartnerschaften**, sowie dem **Internationalen Städtenetzwerk (JKomSIS)**

Ist in der bisherigen Vorlage 2021-133 alle Hinweise auf die Altersbegrenzung der Mitglieder auf das 50. bzw. 60 Lebensjahr und die Begründungen dafür zu streichen.

Begründung:

Durch die Einführung der JKomSIS sind die Altersbegrenzungen obsolet

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Teppich

Vorsitzender der CDU Fraktion

Antrag FA/2022-169



Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 18.01.2022

Fachbereich/Eigenbetrieb	Fachbereich I
Fachdienst	FT I.1.b
Antragsteller	B 90/Die Grünen

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	03.02.2022	beschließend

Betreff:
B90/Die Grünen-Antrag
Rechtliche Grundlagen einer Registrierung aller Katzen in Raunheimer Haushalten durch die Stadt Raunheim

Anlage(n):

(1) Fraktionsantrag



Inge Bruttger
Fraktionsvorsitzende
des Ortsverbandes Raunheim
von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Limesstraße 37
65479 Raunheim

2022-169

inge@bruttger.de

Inge Bruttger, 65479 Raunheim, Limesstraße 37

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
David Rendel
Am Stadtzentrum 1

65479 Raunheim

Raunheim, den 17.01.2022

Prüfantrag:

Rechtliche Grundlagen einer Registrierung aller Katzen in Raunheimer Haushalten durch die Stadt Raunheim

Begründung:

Nach der erfolgten Verabschiedung der Katzenschutzverordnung am 05. November 2020 wurde festgestellt, dass sich in Raunheim mehr wilde und unkastrierte Katzen befinden als ursprünglich angenommen. Deshalb sollen die städtischen Zuschüsse für die Versorgung dieser Tiere erhöht werden. Da die unkastrierten Freigänger unter den Hauskatzen die Problematik verschärfen, soll deren Kastration auch durch diese Zuschüsse kostenfrei realisiert werden können.

Für belastbare Daten ist es unseres Erachtens notwendig, den derzeitigen Bestand von Katzen in Raunheimer Haushalten genauer zu ermitteln. Deshalb halten wir eine verpflichtende Registrierung für dringend erforderlich. Diese sollte mit einer Registrierungsgebühr von einmalig 100,00 € verbunden werden. Diese Gebühr wird komplett an die Tierhilfe Raunheim weitergeleitet. In dieser Gebühr ist die Möglichkeit der Übernahme der Kastration durch die Tierhilfe enthalten.

Alle Katzen müssen darüber hinaus gechippt und bei einem der bekannten Tierregister (z. B. Tasso, FINDEFIX) registriert werden.

Weiterhin halten wir es im Sinne des Tierschutzes für sinnvoll, die Aufnahme von Tieren aus Tierheimen besonders zu fördern. Deshalb sollte die Schutzgebühr für Tiere aus dem Tierheim von der Registrierungsgebühr abgezogen werden können.

Nach einer entsprechenden Übergangsfrist gelten alle Tiere, die nicht registriert sind, als halterlos und können entsprechend der Vermittlung zugeführt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die rechtlichen Grundlagen für eine kostenpflichtige Registrierung aller Katzen in Raunheimer Haushalten sind.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Bruttger